

Rechtspopulismus

eine Herausforderung
für Demokratie und Soziale Arbeit?

Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit
Band 2

Bisher erschienene Bände der Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit:

Band 1: Diversität im Kinderschutz gestalten. Texte zur Sommerhochschule 2019.
Herausgegeben von Sabine Wagenblass & Christian Spatscheck. Hochschule Bremen.

Zitierweise:

Lynen von Berg, Heinz (Hrsg.) 2021: Rechtspopulismus – eine Herausforderung für Demokratie und Soziale Arbeit? Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit. Band 2. Hochschule Bremen.

Gliederung

	Vorwort der Herausgeberin zu der Reihe <i>Annette Harth</i>	Seite 7
	Einleitung & Überblick des Herausgebers Band 2 <i>Heinz Lynen von Berg</i>	Seite 7
Teil 1	Rechtspopulismus – eine kritische Betrachtung moralisierender Bearbeitungsweisen <i>Heinz Lynen von Berg</i>	Seite 11
Teil 2	Soziale Arbeit und Rechtspopulismus – Analysen von Konzepten zur Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus	
	Theoretische Rahmung von Konzepten und Handlungsansätzen der Sozialen Arbeit zur Bearbeitung von Rechtspopulismus. Einführung in einen Seminarzusammenhang <i>Heinz Lynen von Berg</i>	Seite 30
	Das Bewältigungsparadigma von Lothar Böhnisch als theoretischer Bezug in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus <i>Julia Cordes</i>	Seite 36
	Die Kita als Zankapfel. Hartmut Rosas Resonanztheorie als Orientierung für eine frühkindliche Demokratiebildung <i>Daniel Telkmann</i>	Seite 44
	Argumentationsstrategien gegen Rechtspopulismus. Eine Analyse zur Anwendbarkeit in der Sozialen Arbeit <i>Eike Bösing</i>	Seite 49
	Möglichkeiten, Herausforderungen und Paradoxien in der Thematisierung von Rechtspopulismus im Case Management der Kinder- und Jugendhilfe <i>Ramona Horling</i>	Seite 60

Vorwort & Einführung

Vorwort der Herausgeberin der Reihe

Prof. Dr. Annette Harth
Herausgeberin der Schriftenreihe „Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit“
Professorin für Soziale Arbeit im Sozialen Raum.
→ annette.harth@hs-bremen.de

Die „Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit“ werden durch die drei Studiengänge der Sozialen Arbeit an der Hochschule Bremen herausgegeben (B.A., B.A. Dual und M.A. Praxisforschung und Innovation in der Sozialen Arbeit). Hier werden Ergebnisse aus laufenden Forschungen und theoretischen Diskussionen vorgestellt, die ein breites thematisches Spektrum umfassen. Die Art der Beiträge ist so divers wie die Themen. Sie reichen von Vorab-Veröffentlichungen von Fachbeiträgen über Arbeitspapiere und ausgewählte besonders gelungene Qualifikationsarbeiten bis hin zu Dokumentationen von Fachveranstaltungen.

Die Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit richten sich an Fachkräfte aus Wissenschaft und Praxis Sozialer Arbeit, aber auch an Interessierte in Politik und Gesellschaft.

Die Schriftenreihe erscheint seit dem Frühling 2020 unregelmäßig und mehrfach jährlich online und ist zu erreichen unter <https://www.hs-bremen.de/Bremer-Schriften-zur-Sozialen-Arbeit>

Einleitung & Überblick des Herausgebers Band 2

Prof. Dr. Heinz Lynen von Berg
Dr. phil., Professor für Sozialwissenschaften in der Sozialen Arbeit an der Hochschule Bremen; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und deren Bearbeitung, zudem Lehre zur Sozialpolitik und zu den soziologischen Grundlagen der Sozialen Arbeit.
→ heinz.lynen-von-berg@hs-bremen.de

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und dem Rechtspopulismus ist nicht erst seit dem in den letzten Jahren zu verzeichnenden Hype zu diesem Themenkomplex ein Gegenstand der Lehre und Forschung des Studiengangs Soziale Arbeit an der HS Bremen. So werden seit Jahren regelmäßig im sechsten Semester des BA Studiengangs Seminare zu den Bearbeitungsstrategien des Rechtsextremismus bzw. zum Rechtspopulismus ebenso angeboten, wie im fünften Semester zweitägige Workshops zu diesem Themenbereich. In dem Wintersemester 2019/20 konnte erstmals auch im Masterstudiengang im Rahmen eines Wahlmoduls ein Seminar zum Thema „Innovative Konzepte in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulis-

mus“ durchgeführt werden. Zentraler Gegenstand dieser Veranstaltung waren studentische Recherchen und Analysen zu Konzepten und Handlungsansätzen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Aus diesem Seminarkontext sind nun vier Analysen und evaluierende Beschreibungen von Konzepten und Ansätzen der Sozialen Arbeit und politischer Bildung durch Studierende hervorgegangen. Diese vier Beiträge bilden zusammen mit einer einleitenden Rahmung einen in sich abgeschlossenen Diskussionszusammenhang, der im zweiten Teil dieses Bandes veröffentlicht ist.

Innovative Lehre bedarf aber auch der Verankerung in der Forschung und des ständigen Austausches mit der Praxis. So wurden im Studiengang Soziale Arbeit mehrere Projekte zur Praxisforschung hinsichtlich verschiedener Formen des politischen wie auch religiösen Extremismus¹ durchgeführt. Ferner konnte für studentische Recherchen und Forschungsprojekte 2015 das Archiv „Rechtsextremismus, Salafismus und radikalisierte Gewalt“ eingerichtet und über die Jahre ausgebaut werden. Die Forschungstätigkeiten des Herausgebers zum Thema Rechtsextremismus wurden in den letzten Jahren auf die Erforschung des Rechtspopulismus und dessen Bearbeitung ausgedehnt. Durch ein Forschungsprojekt zum Thema „Linien in der Rechtspopulismusforschung – Ursachenzuschreibungen und Erklärungsansätze für das Erstarken des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland“² konnten nicht nur wichtiges Grundlagenwissen und innovative Anregungen für die Lehre generiert werden (Lynen von Berg 2019), sondern die Basis für ein fakultätsübergreifendes Praxisforschungsprojekt und eine daraus resultierende Vortragsreihe zum Thema „Rechtspopulismus und Krise des Politischen“ geschaffen werden.³

Der Beitrag im ersten Teil dieses Bandes versucht die Ergebnisse und wissenschaftlichen Debatten aus diesen beiden Forschungsprojekten zu bündeln und für die Auseinandersetzung in der Sozialen Arbeit und politischen Bildung nutzbar zu machen. Ein elementares Ziel ist es dabei, politik- und sozialwissenschaftliche Forschung und Theorie mit den Praxisanforderungen der Sozialen Arbeit in Verbindung zu bringen und zu einer (selbst-)kritischen Haltung der Studierenden anzuregen.

So gibt dieser Band sowohl einen Einblick zum Rechtspopulismus und dessen Bearbeitung aus einer sozial- und politikwissenschaftlichen Perspektive als auch aus verschiedenen Perspektiven von Master-Studierenden der Sozialen Arbeit und ihren Praxiserfahrungen. Beide Teile des Bandes sind aber so konzipiert, dass sie jeweils für sich einen eigenständigen Diskussionszusammenhang darstellen, auch wenn immer wieder inhaltliche Verweise festzustellen sind. Deshalb kann der*die Leser*in selbst entscheiden, ob er*sie zunächst den ersten Teil liest oder mit dem zweiten Teil beginnt.⁴

¹ Im Rahmen der Förderung durch das Cluster „Lebensqualität“ der Hochschule Bremen wurde vom 01.09.2016 bis zum 31.08.2018 das Praxisforschungsprojekt „Neue Heimat Salafismus?“ durchgeführt. Gegenstand waren Hinwendungsprozesse von Jugendlichen zu einem fundamentalistisch interpretierten Islam und deren Bearbeitung (Dannemann/Lynen von Berg 2020).

² Durch eine Lehrermäßigung konnte dieses Forschungsprojekt im SoSe 2018 durchgeführt werden.

³ Das Forschungsprojekt „Postdemokratische Tendenzen und Rechtspopulismus – Problemanalyse und Folgen für Theorie und Praxis“ konnte gemeinsam mit Beate Zimpelmann vom Internationalen Studiengang Politikmanagement an der HS Bremen im Rahmen der Förderung des Clusters „Lebensqualität“ vom 01.09.2018 bis 31.12.2020 realisiert werden. Die daraus resultierende Vortragsreihe „Rechtspopulismus und Krise des Politischen“ wurde zudem in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen organisiert und erstreckte sich über mehrere Semester (SoSe 2019 und WS 2019/20). Aufgrund der Coronapandemie konnte diese Vorlesungsreihe im SoSe 2020 nicht fortgeführt werden (<https://heinz-lynen-von-berg.com/veranstaltungen>).

⁴ Das Manuskript dieses zweiten Bandes der „Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit“ wurde bereits im Spätsommer 2020 abgeschlossen, konnte aber aufgrund der Coronapandemie erst im März 2021 verlegt werden.

Literatur

Dannemann, Mehlike/Lynen von Berg, Heinz (2020): Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit in der Prävention eines religiös begründeten Extremismus. Ein Erfahrungsbericht des Modellprojekts JAMIL. In: deutsche Jugend 68. Jg., 11/2020, S. 482-491.

Lynen von Berg, Heinz (2019): Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus. In: Leviathan 47. Jg., 1/2019, S. 7-27.

Teil 1

Rechtspopulismus – eine kritische Betrachtung moralisierender Bearbeitungsweisen

Heinz Lynen von Berg

Ausgangspunkt dieses Beitrags⁵ sind grundsätzliche theoretische Überlegungen zur Rahmung des Rechtspopulismus als Symptom einer Krise der Demokratie und sozialstruktureller Verwerfungen sowie eines dynamisierten kulturellen Wandels. Als ein demokratietheoretischer Bezug dient der Ansatz der Postdemokratie von Colin Crouch (2017), der Ansatzpunkte zur Analyse und Rahmung des Rechtspopulismus bietet. Crouch zeigt mit seiner ausgreifenden Analyse, dass die Institutionen der repräsentativen Demokratie mit ihrer demokratischen Kontrollfunktion an Bedeutung zugunsten von Expert*innen verloren haben und durch intransparente Verhandlungen zwischen Regierungen und wirtschaftlichen Eliten neoliberale Reformen durchgesetzt wurden (Held/Jörke 2020: 267). Diese generelle Krisendiagnose der liberalen Demokratie wird nun von anderen Theoretiker*innen in unterschiedlichen Facetten aufgegriffen (u.a. Mouffe 2017; 2018) und in Verbindung mit sozioökonomischen Ursachenanalysen bzw. kulturellen Wandlungsprozessen als Ursachenkonstellation für die Entstehung und Ausbreitung des Rechtspopulismus thematisiert. Die Zunahme des Rechtspopulismus lässt sich nach Theoretiker*innen der Postdemokratie wie Crouch und Chantal Mouffe „als eine Reaktion auf eine zunehmend postdemokratische Konstellation deuten“ (Jörke/Selk 2015: 486).

In dem Beitrag sollen die in der Postdemokratiedebatte markierten strukturellen Defizite der (repräsentativen) Demokratie als Ansatzpunkte aufgegriffen, jedoch in ihrer Verabsolutierung in Frage gestellt werden. Vielmehr geht es darum, die Ambivalenzen, Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche, die auch in der Kritik an den Ansätzen der Postdemokratie thematisiert werden (Held/Jörke 2020; Merkel 2016), aufzugreifen und einen in diesem Kontext bisher vernachlässigten Aspekt stärker zu beleuchten: die moralisierenden Bearbeitungsstrategien des Rechtspopulismus. Es stellt sich die Frage, ob nicht gerade die moralisierende Bearbeitung des Rechtspopulismus in Politik und Öffentlichkeit eine Aushöhlung demokratischer Prinzipien zur Folge hat, weil dadurch der Konflikt als essentieller Bestandteil der demokratischen Auseinandersetzung zugunsten einer vermeintlich richtigen politischen bzw. moralischen Haltung ausgeblendet wird. Dieses grundsätzliche Problem, was auch gegenwärtig im Kontext von Meinungsfreiheit, Freiheit der Wissenschaft und Kunst diskutiert wird (u.a. Freyn 2020; Kermani 2020; Leggewie 2020; Lotter 2020; Merkel 2019; Mounk 2020; Welzer 2019),⁶ kann in diesem Beitrag nur punktuell an Beispielen kulturell artikulierter Konflikte zwischen einem rechtspopulistischen und linksliberalen Lager veranschaulicht werden, wofür im Text der in der Öffentlichkeit plakativ verwendete Begriff „Kulturkampf“ in kritischer Distanz aufgegriffen wird.⁷ Der Beitrag folgt der Beobachtung von Dirk Jörke und Veith Selk (2015: 485), dass die Moralisierung ein dominantes Muster in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus ist. Unter Moralisierung wird ein Stil der Auseinandersetzung verstanden, „der ein Phänomen ausschließlich auf als moralisch problematisch wahrgenommene Aspekte reduziert beziehungsweise diese besonders hervorhebt“ (Jörke/Selk 2015: 485).

⁵ Dieser Aufsatz basiert auf einem Vortrag zum Thema „Rechtspopulismus in der Postdemokratie – ‚Kulturkampf‘ zwischen moralischer Provokation von rechts und hilfloser moralischer Empörung von links“, der im Rahmen der Ringvorlesung „100 Jahre Soziale Frauenschule in Bremen – Themen der Sozialen Arbeit heute“ am 21.05.2019 an der Hochschule Bremen gehalten wurde.

⁶ So wurde beispielsweise der frühere AfD-Vorsitzende Bernd Lucke mehrmals daran gehindert, seine Vorlesung an der Universität Hamburg durchzuführen. Er wurde dabei als „Nazischwein“ beschimpft, körperlich bedrängt und am Reden gehindert“ („ZEIT-ONLINE“ vom 23.10.2019). Svenja Flaßpöhler berichtet in einem Interview in taz FUTURZWEI wie ihren nicht konformen Debattenbeiträgen im Kontext feministischer Debatten, zum Beispiel zur gendergerechten Sprache, in einer Veranstaltung des Literarischen Colloquiums Berlin aggressiv begegnet und ihr die Berechtigung abgesprochen wurde, sich so zu äußern: „Hören Sie endlich auf, Sie beleidigen uns!“ (Svenja Flaßpöhler im Interview mit Peter Unfried und Harald Welzer, in: taz FUTURZWEI 9/2019, S. 14-23).

⁷ Der „Kulturkampf von rechts“ wird in der Rechtsextremismus- bzw. Rechtspopulismusforschung eingehend untersucht (u.a. Kellersohn/Kastrup 2016). Der Begriff des Kulturkampfes ist in Deutschland mit dem Konflikt zwischen Preußen unter Reichskanzler Otto von Bismarck und der katholischen Kirche in den 1870er Jahren verbunden. Er wird aktuell in rechtsgerichteten Kreisen u.a. in der Thematisierung der „kulturellen Identität“, der „Leitkultur“ verwendet und ist ein wichtiger Bestandteil im Konzept des Ethnopluralismus der Neuen Rechten (u.a. Bruns et al. 2016: 82ff.). Eine kontroverse Diskussion löste auch das Buch von Samuel P. Huntington (1996) „Kampf der Kulturen“ aus.

Der Anspruch des Beitrages ist es aber nicht, den wissenschaftlichen Diskussionsstand zur Bearbeitung des Rechtspopulismus insbesondere im Hinblick auf das Problem der Moralisierung umfassend darzustellen (u.a. Jörke/Selk 2015; Lynen von Berg 2019), sondern anhand eines Fallbeispiels, das keinen methodischen Anspruch auf Repräsentativität hat, sollen symptomatische Reaktionsmechanismen im Umgang mit dem Rechtspopulismus diskutiert werden. Aus diesem Grund wird auch den Reaktionen auf den Rechtspopulismus großer Raum gewidmet, um so die Ambivalenzen und Implikationen eines moralisierenden Umgangs mit dem Phänomen zu beleuchten. Der Fokus liegt deshalb auf der Analyse eines Ausschnitts der öffentlichen Debatte zur Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus; daran soll eine Entpolitisierung des demokratischen Konflikt austrags als ein stärker zu beachtender Aspekt postdemokratischer Tendenzen diskutiert werden. Der Beitrag versteht sich als work in progress und die z.T. zugespitzt formulierten Beobachtungen sollen als Anregung zu einer Diskussion verstanden werden.

Zunächst erfolgt eine Beschreibung des Rechtspopulismusbegriffs sowie die Darstellung markanter Ursachen. Anschließend werden die wichtigsten Punkte des Konzepts der Postdemokratie beleuchtet. Die polarisierenden und kulturell artikulierten Auseinandersetzungen zwischen einem hier pointiert dargestellten rechten und linken bzw. linksliberalen Lager, die es in dieser Typisierung in der politischen Praxis so nicht gibt,⁸ wird an Beispielen konflikttheoretisch analysiert. Abschließend sollen die Ergebnisse dieser Analyse theoretisch eingeordnet und demokratietheoretische Schlussfolgerungen gezogen werden.

1 Konzepte und Definitionen des Rechtspopulismus

In der Politikwissenschaft gibt es sehr unterschiedliche konzeptionelle Vorstellungen zum Rechtspopulismus. Auch deshalb ist die begriffliche Definition des Rechtspopulismus in der Politikwissenschaft umstritten, was zudem mit der Schwierigkeit von vagen, amorphen Begriffsbildungen zu tun hat (Sartori 1970: 1034). Eine Überdehnung solcher Begriffe und deren inflationärer Gebrauch ist eine Folge von unscharfen und zudem politisch aufgeladenen Begriffen (von Beyme 2018: 10f; Paris 2018). In der öffentlichen Auseinandersetzung wird er oft als Kampfbegriff gebraucht, um politische Gegner zu stigmatisieren (Dahrendorf 2003: 156),⁹ wobei Rechtspopulismus und Rechtsextremismus häufig synonym verwendet werden. Die Verwendung des Begriffs Rechtspopulismus ist aber nur sinnvoll, wenn dieser sich vom Begriff des Rechtsextremismus kategorial unterscheiden lässt.

In der Rechtsextremismusforschung wurden anerkannte Kriterien entwickelt, um die unterschiedlichen Dimensionen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu beschreiben (u.a. Stöss 1994: 26ff.). Michael Minkenberg (2018) spricht deshalb auf ideologischer Ebene von einer rechtsextremen Parteienfamilie. Cas Mudde (2004: 543) beobachtet hingegen beim Rechtspopulismus eine dünne Ideologie. Der Rechtspopulismus verfügt nicht wie andere Großideologien (Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus) über ein eigenständiges und systematisierendes Gedankengebäude, sondern greift Ideologeme insbesondere des Rechtsextremismus auf und spitzt Themen in einer populistischen Form zu.

„Es gibt keine konsistente Ideologie mit unverwechselbaren Elementen, die ein kohärentes Ganzes bilden, sondern nur ein aus wenigen Kernelementen bestehendes Narrativ. Populismus, so Peter Wiles, sei ein Syndrom, keine Doktrin. Da aber in der Öffentlichkeit bündige Minimaldefinitionen gefragt sind, wird die Polarisierung und Moralisierung von Politik als kleinster gemeinsamer Nenner des Phänomens bestimmt.“
(Priester 2017: o. S.)

⁸ Wenn im Text von einem „linken“ oder „linksliberalen Lager“ die Rede ist, so ist damit nach Winfried Thaa die „kulturelle Linke“ in Unterscheidung zur „sozialen Linken“ gemeint (Thaa 2018: 38f). Auch wäre empirisch noch weiter zu spezifizieren, was genau dieses linksliberale Lager umfasst. Von Wolfgang Merkel (2019), Winfried Thaa (2018) u.a. wird aber diese Zuschreibung „linksliberales Lager“ verwendet, um gesellschaftliche Konflikte zwischen den verschiedenen „Lagern“, die jeweils wiederum in sich heterogen sind, pointiert zu beschreiben.

⁹ „Es ist daher Vorsicht am Platze bei der Verwendung der Begriffe. Der Populismus-Vorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente.“ (Dahrendorf 2003: 156)

Die AfD als ein maßgeblicher Akteur im rechtspopulistischen Lager ist ursprünglich als eine EU- und Euro-kritische Partei (2013) u.a. von Professor*innen gegründet worden und hat sich im Kontext der Flüchtlingszuwanderung zu einer Anti-Zuwanderungs- und islamfeindlichen Partei radikalisiert.¹⁰ Bei der Diskussion aktueller Themen wie Dieselfahrverbote, Klimawandel, Coronakrise etc. vertritt die AfD gezielt Positionen, die diametral zu denen der etablierten Parteien stehen.

Als Kernbestandteil des Rechtspopulismus werden drei zentrale Merkmale in der Literatur diskutiert (u.a. Jörke/Selk 2017: 51ff.; Müller 2016; Populismusbarometer 2018: 25).

- Elitenkritik bzw. die „Anti-Establishment-Dimension“,
- die „Antipluralismus-Dimension“ und
- die „Pro-Volkssouveränität-Dimension“ (Populismusbarometer 2018: 25).

Bei der Anti-Establishment-Dimension wird eine dichotome und homogenisierende Feindkonstruktion vorgenommen. Auf der einen Seite die abgehobenen und korrupten Eliten und auf der anderen Seite das „wahre Volk“, das nur von den Rechtspopulist*innen repräsentiert werden kann. In der Antipluralismus-Dimension kommt sowohl die Ablehnung kultureller Differenzen zum Ausdruck als auch die Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft. Mit der Pro-Volkssouveränität-Dimension wird die „Forderung einer direkten und unmittelbaren Herrschaft des Volkes (,the people‘), der sogenannten ‚Volkssouveränität‘“, artikuliert (Populismusbarometer 2018: 25).

Trotz der Schwierigkeiten, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der politischen Praxis klar abzugrenzen, lässt sich theoretisch-heuristisch eine kategoriale Unterscheidung vornehmen. Für den Rechtsextremismus ist sowohl auf ideologischer als auch auf politisch-praktischer Ebene die Systemüberwindung das zentrale Ziel. Die demokratische Ordnung soll durch ein autoritäres System, einen „Führer-Staat“, ersetzt werden; Gewalt ist dabei ein legitimes Mittel. Rechtsextreme Parteien streben deshalb als „Anti-System-Parteien“ die Beseitigung der offenen Gesellschaft, des liberalen Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie an. Rechtspopulistische Parteien (Anti-Establishment-Parteien) „richten sich gegen das etablierte Parteiensystem, gegen Korruption, gegen intransparente Absprachen im Herrschaftsapparat und gegen Berufspolitiker bzw. die politische Klasse“ (Kohlstruck 2008: 224).

Im Unterschied zum Rechtsextremismus existiert der (Rechts-)Populismus „nur in der Demokratie, denn der Populismus entsteht, wenn eine kritische Masse von Bürgern den Eindruck gewinnt, dass die Versprechen der Demokratie nicht oder nur unzureichend erfüllt werden“ (Jörke/Selk 2017: 93). Karin Priester betrachtet den Rechtspopulismus deshalb „als Reaktion auf politische Verkrustungen“; der Rechtspopulismus ist ihr zufolge „durchaus ein nützliches Korrektiv“ (Priester 2016: 218), ein Symptom für strukturelle Defizite der parlamentarischen Demokratie (Lynen von Berg 2019: 8ff.).

Ferner kann der Rechtspopulismus wie jede Form von Populismus als eine Form der politischen Kommunikation, als ein Politikstil, gesehen werden. Dieser Politikstil zeichnet sich besonders durch folgende Merkmale aus:

- Reduktion komplexer Inhalte auf einfache Lösungen bzw. die Konstruktion von Schwarz-Weiß-Dichotomien und Sündenböcken.
- Sämtliche Themen werden polarisierend zugespitzt und zur Konstruktion sich feindlich gegenüberstehender Lager genutzt.
- Die kalkulierte Provokation und die damit intendierte Verschiebung des Sagbaren bzw. die Enttabuisierung von normativen Grenzziehungen in der politischen Kultur.¹¹

¹⁰ Diese Radikalisierung hat sich zu einer polarisierenden Lagerbildung innerhalb der Partei zwischen einem dezidiert rechtsextremistischen Lager, für das Vertreter des „Flügels“ wie Björn Höcke und Andreas Kalbitz stehen, und einem eher national-konservativen Lager ausgeweitet. Durch den Parteiausschluss von Kalbitz aufgrund seiner verschwiegenen Mitgliedschaft in der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) durch den AfD-Bundesvorstand ist dieser Richtungsstreit weiter eskaliert und droht die Partei zu spalten (Seils 2020; Süddeutsche Zeitung vom 17.08.2020 und 22./23.08.2020).

¹¹ Björn Höckes Dresdener Rede am 17.01.2017 mit der Formulierung von dem „Denkmal der Schande“ wird dabei immer wieder als Beispiel der Verschiebung des Sagbaren angeführt. Diesem Versuch, den Diskurs zur Bewältigung der NS-Vergangenheit nach rechts zu verschieben, wurde jedoch unisono von den demokratisch orientierten Eliten vehement und klar widersprochen (Tagesspiegel vom 19.01.2017; „ZEIT-ONLINE“ vom 18.02.2017).

2 Das Konzept der Postdemokratie und Rechtspopulismus

Die bereits 2008 von Crouch prognostizierte Postdemokratie basiert auf einem normativen Verständnis des Politischen. So geht Crouch, wie auch andere Demokratietheoretiker*innen, von einer idealistisch normativen Setzung aus, wenn er betont:

„Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt. Dieses Ideal basiert auf anspruchsvollen Vorannahmen: Es setzt voraus, daß sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht passiv auf Meinungsumfragen antwortet; daß diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.“ (Crouch 2017: 8f)

In den Debatten zur Postdemokratie werden folgende Verfallsdiagnosen konstatiert:

- 1) Politisch-ideologische Kontroversen verlieren an Bedeutung. Die etablierten (Volks-)Parteien bewegen sich alle auf die Mitte zu und unterscheiden sich programmatisch kaum noch.
- 2) Der für die politische Auseinandersetzung charakteristische Aspekt der Gegnerschaft weicht zugunsten einer Konsensorientierung auf.
- 3) Der medialen Inszenierung der Politik kommt eine immer größere Bedeutung zu (Agendasetting durch Spindoctors und Public Relation-Unternehmen).
- 4) Durch den Aufstieg von Expert*innen verlieren Parteieliten und erst recht Parteimitglieder an Bedeutung.
- 5) Das Parlament verliert an Einfluss. Entscheidungen werden durch die Exekutive und Aushandlungsprozesse im vorparlamentarischen Raum vorstrukturiert (Einfluss von Lobby- und ökonomischen Interessensgruppen; politische Entscheidungen werden durch (Experten-)Kommissionen vorstrukturiert).
- 6) Erhebliche Teile der Bevölkerung werden nicht mehr von den ehemals großen Volksparteien im politischen Raum repräsentiert (Repräsentationslücke). Soziale Ungleichheit bildet sich in politischer Ungleichheit ab (Schäfer 2015).

Crouch charakterisiert die Postdemokratie pointiert so:

„Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und Regierungen immer weiter in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluß privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.“ (Crouch 2017: 13)

Von Wolfgang Merkel (u.a. 2016) und anderen Demokratietheoretiker*innen werden gegen diese Verabsolutierung postdemokratischer Tendenzen Bedenken angemeldet. Crouch idealisiere die Vergangenheit und suggeriere, dass die 1940er und 1950er Jahre demokratischer gewesen seien, als dies heute der Fall sei.¹² Klaus von Beyme schlägt sogar vor, den Begriff „Postdemokratie“ durch „Neodemokratie“ zu ersetzen, um dem suggerierten Niedergang der Demokratie positive Tendenzen entgegen zu setzen.

„(...) mit dem Begriff ‚Neodemokratie‘ [wird; LvB] angedeutet, dass die Demokratie durch neuere Veränderungen nicht untergeht und dass der Populismus neue unkonventionelle und spontane Formen von Partizipation entwickelt, die verhindern, dass Rechtspopulismus in Rechtsextremismus umschlägt“ (von Beyme 2018: 12).

¹² „Postdemokratische Theoretiker wie Rancière, Wolin und Crouch benötigen die Idee eines ‚demokratischen Moments‘ oder eines goldenen Zeitalters der Demokratie, sonst können sie das postdemokratische Zeitalter nicht deklarieren. Insbesondere Crouch stilisiert einen solchen demokratischen Moment in den 1940er und 1950er Jahren, indem er selektiv auf die Fähigkeit blickt, wie sich die Gesellschaften in wirtschaftlich mächtigen Interessengruppen, insbesondere den Gewerkschaften, artikulieren konnten; wie nationale Regierungen noch Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik bestimmten und nicht von globalen Anlage- und Investitionsmärkten vor sich hergetrieben wurden. Selbst wenn vieles an dieser Teil Diagnose stimmen mag, bleibt sie doch einseitig und partikulär im Hinblick auf die Demokratie als Gesamtsystem.“ (Merkel 2016: 8)

Unbestritten ist – und da trifft sich Crouchs Analyse mit anderen politikwissenschaftlichen Erklärungsansätzen –, dass wir es gegenwärtig mit gravierenden strukturellen Veränderungen politischer Systeme, mit strukturellen Defiziten der repräsentativen Demokratie zu tun haben (Jörke/Selk 2017: 91ff.; Ketterer/Becker 2019; Merkel 2016). Die Neomarxistin Chantal Mouffe (2018) beispielsweise führt das Erstarken des Rechtspopulismus auf den Neoliberalismus zurück, dem gerade sozialdemokratische Parteien zum Durchbruch verholfen haben (auch Fraser 2017). Dabei gibt es auf der einen Seite Gruppen und Milieus, die zu den Gewinner*innen neoliberaler Optimierungs- und Durchsetzungsstrategien gehören und auf der anderen Seite die Verlierer*innen (Koppetsch 2019: 85ff.;¹³ Merkel 2018: 301ff.).

Etlche Autor*innen heben hervor, dass der Rechtspopulismus nur im Kontext der Folgen der Globalisierung, des technischen und kulturellen Wandels und der politischen Steuerungsprobleme dieser Entwicklungen zu verstehen ist (u.a. Häusermann 2018; Koppetsch 2019). So wie auch der Rechtsextremismus und religiöser Fundamentalismus generell als regressive Reaktionsformen auf schnellen sozialen und kulturellen Wandel verstanden werden, zeigt sich diese rückwärtsgewandte Konfliktbearbeitung auch beim Rechtspopulismus. Es ist deshalb auch eine Frage, ob sich in den rechtspopulistischen Bewegungen (PEGIDA), in den von Bürger*innen zum Ausdruck gebrachten Verdross, den „Pöbeleien“ oder in der Wahl einer rechtspopulistischen Partei eine Form von „entfremdetem Protest“ von rechts zeigt (Haug 1992).

In der Politikwissenschaft ist weiterhin umstritten, ob der Rechtspopulismus nicht als belebendes Element der Demokratie zu betrachten ist, der auf die strukturellen Defizite der parlamentarischen Demokratie reagiert. Ist es nicht so, dass es gerade den rechtspopulistischen Parteien gelingt, die Bevölkerungsgruppen wieder im parlamentarischen Raum zu repräsentieren, die die etablierten Volksparteien aus den Augen verloren haben? Diese These lässt sich durch Wählerwanderungen und den Bindungsverlusten der ehemals großen Volksparteien gut belegen (u.a. von Beyme 2018: 11ff.; Schäfer 2015). Für Mouffe (2017: 98) sind rechtspopulistische Parteien deshalb neue Akteure, die von den etablierten Parteien ausgeblendete, vernachlässigte Konflikte aufgreifen und in die parlamentarische Auseinandersetzung einbringen.

Diese Befunde relativieren in Teilen die pauschale These von der Postdemokratie. Jedenfalls lassen sich hier zumindest zwei Einwände gegen die Verabsolutierung des demokratischen Systems als Postdemokratie diskutieren. Können nicht erstens, wie dies u.a. Mouffe reklamiert, rechtspopulistische Parteien bzw. Bewegungen die Themen in die politische Arena „spülen“, die die etablierten Parteien vernachlässigt bzw. nicht offensiv thematisiert haben? Die zweite These bezieht sich auf die „Bekämpfung“ des Rechtspopulismus. Zeigen nicht die vehementen Gegenreaktionen auf den Rechtspopulismus und der übergreifende Parteienkonsens der im Bundestag vertretenen Parteien gegenüber der AfD, dass das demokratische System in dieser gemeinsamen Ausgrenzung eines politischen Gegners funktioniert? Wird nicht dem Rechtspopulismus in seiner parteiförmigen Existenz mit massiver, ja repressiver Gegenwehr (u.a. Androhung der bzw. Beobachtung von Teilen der Partei durch den Verfassungsschutz) begegnet, auch wenn diese Methoden aus demokratietheoretischer Sicht kritisch zu beurteilen sind (Leggewie/Meier 1995)?

Eine bisher wenig diskutierte These im Kontext der Postdemokratie-Debatte soll im Folgenden in ihren Ambivalenzen sichtbar gemacht werden. Bestärkt nicht der moralisierende Umgang mit dem Rechtspopulismus Tendenzen der Postdemokratie, indem der für die politische Auseinandersetzung essentielle Konflikt zugunsten einer vermeintlich richtigen moralischen Haltung gegenüber dem Rechtspopulismus ausgeblendet oder grundsätzlich negiert wird? Hat dies nicht eine Form der Entpolitisierung politischer Auseinandersetzungen zur Folge? Dies sind einige Fragen, die sich bei den kulturell artikulierten (Deutungs-)Konflikten zwischen einem rechtspopulistischen und sich demokratisch verstehenden bzw. linksliberalen Lager aufdrängen.

¹³ Diese wie auch andere Publikationen von Cornelia Koppetsch sind aufgrund von Plagiatvorwürfen, die mittlerweile durch ein Gutachten der TU Darmstadt detailliert nachgewiesen wurden (Pressemitteilung der TU Darmstadt 2020; Süddeutsche Zeitung vom 13.08.2020), berechtigterweise in der Kritik. Die beanstandete Form des Zitierens und Verwendens von Begriffen und Gedanken anderer Autor*innen ohne diese kenntlich zu machen, ist mit den wissenschaftlichen und ethischen Standards nicht vereinbar. Trotz dieser nicht tragbaren Form wissenschaftlichen Arbeitens hat das Buch „Gesellschaft des Zorns“ eine breite und kontroverse Debatte ausgelöst und viele Denkanstöße zur Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus gegeben, die von vielen Leser*innen und Wissenschaftler*innen – wie auch dem Autor selbst – als Anregungen aufgegriffen wurden (u.a. Biskamp 2019 und Diskussion im SozBlog). Aus kritischer Distanz kann deshalb auf Teile zutreffender Analysen und Synthesen von Koppetsch zurückgegriffen werden, auch weil Koppetsch hier zugespitzt strittige Deutungen des Rechtspopulismus formuliert. Dies zu kennzeichnen gehört ebenso zur wissenschaftlichen Redlichkeit wie das Eingeständnis von Lernprozessen (siehe auch Kohlstruck 2020; Seibt 2020).

3 Kulturkampf von rechts und Reaktionen von links

Der Erfolg des Rechtspopulismus lässt sich nicht nur auf die strukturellen Defizite der repräsentativen Demokratie zurückführen, wie die von den etablierten Parteien hinterlassene Repräsentationslücke, sondern er setzt auf diese strukturellen Defizite auf und nutzt mit seiner polarisierenden und zuspitzenden Diskursstrategie die unbewältigten bzw. schwer zu lösenden Problemlagen zur Mobilisierung seiner Wählerschaft. Auch kann die öffentliche Aufmerksamkeit und scheinbare Attraktivität des Rechtspopulismus nicht prioritär auf einen sogenannten Kulturkampf zurückgeführt werden. Die sozioökonomischen und gesellschaftlichen Ursachen sind bei dieser hier bewusst vorgenommenen Fokussierung auf eine kulturelle Dimension stets im Hinterkopf zu behalten (u.a. Häusermann 2018; Nachtwey 2017). Dennoch kann bei aller kritischen Distanz zur Verwendung des Begriffes „Kulturkampf“ beobachtet werden, dass eine kulturelle Dimension in der politischen Auseinandersetzung zunehmend von Bedeutung ist. Für Winfried Thaa (2018) zeigt sich daran, wie auch für andere Autor*innen, eine Kulturalisierung des Sozialen.¹⁴

Andreas Reckwitz (2018) sieht in der kulturellen Ausdifferenzierung und den sich abschottenden kulturellen Milieus eine Ursache für die Attraktivität rechtspopulistischer Angebote. In Folge der Globalisierung sehen sich große Teile der ehemaligen Industriearbeiterschaft und der prekär Beschäftigten aber auch Teile der alten Mittelschicht nicht nur ökonomisch abgehängt, sondern merken auch, dass ihr mühsam erworbener soziokultureller Status bedroht ist. Diese Gruppen halten sich auch mit ihren traditionellen Wertorientierungen für an den Rand gedrängt. Ein nur auf sozioökonomische Aspekte zielender Begriff von Modernisierungsverlierer*innen greift deshalb zu kurz, um diese Milieus zu beschreiben. Man kann auch kulturell ein*e Modernisierungsverlierer*in sein und sich von den soziokulturellen Wandlungsprozessen im Kontext von Globalisierung und Migration überfordert fühlen. Nicht nur bei Personengruppen der unteren Mittelschicht führen die Angst vor sozialem Abstieg und die Erfahrungen von Kontrollverlust zu Verunsicherung und Schließungstendenzen, dies kann auch für Teile bürgerlicher Milieus gelten, die ihre beruflichen Qualifikationen wie auch ihre (traditionellen) Wertorientierungen durch den technologischen und kulturellen Wandel entwertet sehen (Reckwitz 2018: 277ff.; Koppetsch 2019: 95ff.). Die gut situierten, gut ausgebildeten und kosmopolitisch orientierten Teile der sich kulturell und sozial ausdifferenzierenden neuen akademischen Mittelschicht bilden zu den sich abgehängt und entwertet fühlenden Bevölkerungsgruppen einen Gegenpol. Erstgenannte Personengruppen profitieren in vielfältiger Weise von der Globalisierung: Sie sind international vernetzt, mobil und Fremden gegenüber aufgeschlossen. Von Merkel und anderen wird diese Polarisierung als Konflikt zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen beschrieben (Merkel 2018: 301).¹⁵

Vor dem Hintergrund dieser kulturellen Ausdifferenzierungs- und Wandlungsprozesse sind diese kulturell artikulierten Deutungskonflikte zu betrachten, für die in öffentlichen Debatten auch der Begriff „Kulturkampf“ verwendet wird (u.a. Saxer 2018). Von den politischen Eliten der jeweiligen Lager werden diese Deutungskonflikte als Kampf um die kulturelle Hegemonie geführt. Nach Antonio Gramsci ist es in hochentwickelten Gesellschaften unabdingbar eine Meinungsführerschaft im Bereich der Kultur, auch verstanden als Alltagsverstand (common sense), zu erringen, um darauf aufbauend politische Macht zu etablieren (zusammenfassend Schreiber 1984: 33ff.). So verwundert es nicht, dass rechtspopulistische Parteien Themen wie „nationale Identität“, die Frage der Integrationsfähigkeit „anderer Kulturen“ und Religionen zu ihren zentralen Themen machen, weil auf der Ebene des Kulturellen die politische und moralische Meinungsführerschaft ausgetragen wird.

¹⁴ Für Andreas Reckwitz ist der „Kulturkapitalismus“ das Signum der Spätmoderne. Kultur ist immer dort, „wo Wert zugeschrieben wird, wo Prozesse der Valorisierung stattfinden. (...) Kurzum: Die Gesellschaft der Singularitäten betreibt eine tiefgreifende *Kulturalisierung des Sozialen*.“ (Reckwitz 2018: 16f; Hervorh. im Original)

¹⁵ „Dieser Gegensatz hat viele Namen. In Deutschland läuft er zurzeit unter dem Label ‚Kosmopoliten‘ versus ‚Kommunitaristen‘. Der britische Publizist David Goodhart verwendet dafür zwei lebenspraktisch konkretere Begriffe: mobile und weltoffene ‚Anywheres‘ gegen nationalstaatlich orientierte und ortsverwachsene ‚Somewheres‘.“ (Hillebrand 2018: 1).

3.1 Der Kulturkampf von rechts

Der Kulturkampf von rechts lässt sich in unterschiedlichen Arenen und Themengebieten feststellen. So werden Migrant*innen und Flüchtlinge als kulturell nicht integrierbare Fremde beschrieben, der Islam gilt als Bedrohung der abendländischen Kultur. Mit der drohend formulierten Ankündigung, dass sich die Partei „unser Land und unser Volk“ zurückholen werde („Spiegel-Online“ vom 24.09.2017),¹⁶ bringt der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland zum Ausdruck, dass nach seinem Verständnis ein erheblicher Teil der Bevölkerung, das „eigentliche Volk“, mit dem kulturellen und sozialen Wandel im Kontext von Globalisierung und Migration nicht einverstanden sei. Der AfD geht es darum, die behauptete kulturelle Meinungsführerschaft einer als homogen gedachten linksliberalen (Akademiker*innen-)Elite zurückzudrängen, um an deren Stelle die eigene Kultur als hegemoniefähig zu etablieren.

Dieser Kulturkampf von rechts ist aber nur in einer zeitgeschichtlichen Perspektive als eine Reaktion auf die Emanzipationsbewegungen in Folge der 68er-Bewegung zu verstehen. Rudi Dutschkes Diktum vom „Marsch durch Institutionen“ hat sich als erfolgreicher Weg zur Eroberung der Meinungsführerschaft in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen durch linksliberale Eliten erwiesen (z.B. in öffentlich-politischen Debatten, in großen Teilen des Kulturlebens und der Medien aber auch Teilen der Wissenschaft).¹⁷ Wie seinerzeit die Neue Rechte in den 1960er Jahren greift der organisierte Rechtspopulismus diese Strategie des Kampfes um die kulturelle Hegemonie wieder auf und spitzt ihn öffentlichkeitswirksam in polarisierender Weise zu. Diese Strategie ist nicht neu; es gab immer schon Gegenbewegungen gegen die gesellschaftliche Liberalisierung nach 1967/68 und die damaligen „Neuen sozialen Bewegungen“ in den 1970er Jahren wie auch später gegen die von Bundeskanzler Helmut Kohl proklamierte geistig-moralische Wende in den 1980er Jahren.

Diese Auseinandersetzungen um die kulturelle, geistig-moralische Hegemonie sind ein essentieller Bestandteil einer auf demokratischen Meinungsstreit basierenden Konfliktdemokratie. Das Kennzeichen politischer Kultur ist deren stetiger Wandel, politische Kultur ist dynamisch und umkämpft. Es würde geradezu verwundern, wenn die eher konservativen, rechtskonservativen oder auch rechtsextremen Teile der politischen und kulturellen Eliten aus diesem Lager sich nicht an diesem Meinungskampf beteiligen würden.

Beispiel des Kulturkampfes von rechts

Die AfD hat als eine Strategie des „Kulturkampfes“ parlamentarische Anfragen zu Theaterinszenierungen und Kulturprojekten entdeckt (Krings 2019). Nach ihrer Meinung ist die herrschende Kultur einseitig von einer ideologisch-linken Weltsicht geprägt. Der Kulturbetrieb gilt etlichen Vordenker*innen der AfD, wie Marc Jongen, als „linksversifft“. Jongen, der kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag ist, wirft u.a. Theaterintendant*innen vor, sich immer wieder „an den zwölf Jahren des Dritten Reichs“ abzarbeiten. „So reduziert sich Theater zur antifaschistischen Erziehungsanstalt und beraubt sich selbst seiner künstlerisch-darstellerischen Vielfalt.“ (Jongen zit. n. Märkische Allgemeine vom 14.01.2019). In Brandenburg stellte die AfD-Fraktion im Oktober 2018 eine „Kleine Anfrage“ im Landtag (LT Drucksache 6/9781), in der sie wissen wollte, warum und mit welchen Mitteln das Cottbuser Piccolo-Theater vom Kulturministerium gefördert werde (siehe auch Lassiwe 2018). Konkreter Anlass war das Stück „KRG – Eine Heimatbetrachtung“ des Jugendtheaters,¹⁸ das die Ängste und den Unmut von Bürger*innen gegenüber Migrant*innen thematisierte (Märkische Allgemeine vom 14.01.2019). Solche mehr oder weniger provokativen Anfragen gehören zum parlamentarischen Geschäft gerade von Bewegungsparteien bzw. Parteien, die sich als Systemopposition oder „Anti-Establishment-Parteien“ verstehen.

¹⁶ Mit der Androhung „Wir werden sie jagen!“ kommentierte Gauland den Wahlerfolg der AfD. Die AfD zog nach der Bundestagswahl 2017 mit 12,6 Prozent als drittstärkste Kraft erstmals in den Bundestag ein (zum Kommentar von Gauland siehe unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexandergauland-wir-werden-frau-merkel-jagen-a-1169598.html>; zuletzt abgerufen am 25.08.2020).

¹⁷ Beispielsweise spricht Merkel (2019: 1f) von „Meinungsführer(n) aus den formal hoch gebildeten urbanen Mittelschichten und Eliten“ und sieht für Deutschland und die meisten westlichen Ländern „eine klare liberale Dominanz im öffentlichen Diskurs“ (siehe auch Saxer 2018).

¹⁸ Laut Auskunft des Dramaturgen des Stückes (vom 02.09.2020) stellt „KRG“ im Titel keine Abkürzung dar, sondern ist eine Lautmalerei für das Wort „Krieg“ (ohne Vokale) und soll den Bruch in der Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

Matthias Heine vom Piccolo-Theater reagierte deshalb auf die Anfrage der AfD-Fraktion mit demonstrativer Gelassenheit: „Die Anfrage der AfD war legitim, aber man denkt schon: Nachtigall, ich hör dir trapsen.“ (Märkische Allgemeine vom 14.01.2019). Die Theaterleitung entschied, das Stück nochmals auf den Spielplan zu stellen und den kompletten Landtag einzuladen. Zwar sei kein*e Landtagsabgeordnete*r gekommen, dafür war das „Haus restlos voll“ und die Vorführung wurde mit stehenden Ovationen bedacht. „Eine bessere PR, als dass man von der AfD aufs Korn genommen wird, hätten wir eigentlich niemals bekommen können“, so Sylvia Belka-Lorenz vom Piccolo Jugendtheater im Deutschlandfunk am 17.01.2019. Das Theater wurde zudem mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Dieses Beispiel zeigt, dass die Intention der AfD, dem Theater zu schaden, ins Gegenteil umschlagen kann. Ein selbstbewusster zivilgesellschaftlicher Akteur nutzt die Vorlage der AfD geschickt und erzielt eine zuvor für nicht möglich gehaltene Aufmerksamkeit und Unterstützung.

3.2 Reaktionen von links auf den Kulturkampf von rechts

In dem folgenden Beispiel werden ausführlich einige Reaktionsmuster auf den Kulturkampf von rechts behandelt. Der Fokus auf die detaillierte Analyse der Reaktionen ergibt sich auch daraus, weil an den antipopulistischen Interventionen die Formen und Prinzipien demokratischer Auseinandersetzungen sichtbar werden, die als erstrebenswert gelten. Die von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) erstellte Broschüre „Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts“ wendet sich auch gegen die AfD und ihre Versuche, die vermeintlich vorherrschende Kulturorientierung anzugreifen.

Kurz einige Informationen zu der Herausgeberin der Broschüre. Das MBR wird vom den Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ und dem Land Berlin mit etwa 800.000 Euro jährlich gefördert. Die 38-seitige Broschüre selbst wurde zusätzlich mit gut 40.000 Euro von „Demokratie leben!“ finanziert (Lemke-Matwey/Soboczynski 2019: 38). Die Beratung zum Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen war der ursprüngliche Fokus solcher seit Anfang der 2000er Jahre geförderten Beratungsteams. Mittlerweile sind aber der Rechtspopulismus und der sogenannte Kulturkampf von rechts zu einem neuen und von „Demokratie leben!“ geförderten Betätigungsfeld der Beratungsteams und anderer Projekte geworden.¹⁹

Der Berliner Kultursenator stellte gemeinsam mit dem Intendanten des Deutschen Theaters und Bühnenvereinspräsidenten und der Leitung der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus diese Broschüre am 14. Februar 2019 im Deutschen Theater mit beachtlicher medialer Resonanz vor. Das Anliegen der Broschüre, Handreichungen zum Umgang mit rechtspopulistischen „Wortergreifungsstrategien“ und Interventionsstrategien in den Kulturbetrieb zur Verfügung zu stellen, wird selbst von den Kritiker*innen der Broschüre als berechtigt angesehen. Eine deutliche Kritik entzündete sich hingegen an der ideologischen Argumentation, dem eingeschränkten Verständnis von Meinungsfreiheit und Demokratie sowie dem selbstgerechten moralischen Impetus der Autor*innen. Christine Lemke-Matwey und Adam Soboczynski beispielsweise formulieren diese Kritik zugespitzt in dem Titel zu ihrem Artikel in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 28.02.2019: „Wer nicht für uns ist, kann nur verdächtig sein! Eine staatlich finanzierte Broschüre sollte Kulturschaffenden das Rüstzeug liefern im Kampf gegen rechte Umtriebe. Das klingt nach einer guten Idee, geht jedoch nach hinten los.“

Um die Hintergründe dieser emotional aufgeladenen Debatte zu verstehen, soll hier die zur Diskussion stehende Broschüre in Auszügen analysiert werden. In der ersten Ausgabe, die aufgrund einer Unterlassungsklage eingezogen werden musste, – worauf noch zurückzukommen ist – wird der Kulturkampf von rechts als eine gravierende Gefahr für die Demokratie gesehen. Suggestiert wird eine bevorstehende Kulturrevolution von rechts (die gilt auch weiterhin für die überarbeitete 2. Auflage von 2019). Ein breites Spektrum an Akteuren wird als

¹⁹ Dem vom BMFSFJ geförderten Programm »Demokratie leben!« standen für 2018 115 Millionen Euro als Fördermittel zur Verfügung (www.demokratie-leben.de; zuletzt abgerufen am 15.01.2019). Daneben gibt es noch weitere Bundes- und Landesprogramme zur „Bekämpfung“ des Rechtsextremismus und zur Extremismusprävention.

Initiator*innen dieser Kulturrevolution gesehen, so auch Vordenker*innen und Parteimitglieder der AfD. Die Autor*innen der Broschüre nehmen allerdings keine kategoriale Unterscheidung zwischen den ideologischen Positionen und politischen Verortungen der von ihnen vorgeführten Akteure vor: Das inhaltliche Spektrum reicht von Liberal-Konservativen und Konservativen, über Rechtspopulist*innen, Vordenker*innen der Neuen Rechten bis hin zu dezidiert rechtsextremen Personen und Organisationen wie etwa der NPD.

Laut den Autor*innen hat der von rechts dominierte Kulturkampf bereits Einzug in die Feuilletons deutscher Leitmedien und Radiosender gehalten. So wird der ehemalige Literarchef der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, Ulrich Greiner, angegriffen, weil er sich 2013 in einem ZEIT-Artikel (Greiner 2013) mit der Frage auseinandersetzte, ob man Begriffe, die heute als rassistisch gelten, aus den Kinderbüchern entfernen sollte. Greiner plädiert aus philologischen Gründen dafür, die Originalfassungen nicht allzu schnell umzuschreiben. Wie man nun immer zu dieser Argumentation steht, Greiner wird von den Autor*innen der Broschüre nicht nur subtil als Rassist gebrandmarkt, sondern er gilt (bereits 2013) als einer der Wegbereiter für den „Kulturkampf“ von rechts in das deutsche Feuilleton (MBR 2018: 7). Die Autor*innen behaupten ferner:

„Fünf Jahre später, die Stimmung ist nach ‚dem kurzen Sommer der Migration‘ von 2015 mittlerweile eine andere im Land, unterzeichnete derselbe Greiner die ‚Gemeinsame Erklärung 2018 vom 15.03.2018‘, in der laut Georg Diez ‚eine Phalanx feuilletonistischer Feuerteufel das Ressentiment gegen Geflüchtete und ihren Rassismus als Sorge um das Land deklarierte.“ (MBR 2018: 7)²⁰

Die Behauptung, dass Greiner diesen Aufruf unterzeichnet habe, hatten die Autor*innen ungeprüft aus einer Publikation von Georg Diez übernommen.²¹ Greiner hatte bereits gegen diese nicht zutreffende Unterstellung von Diez eine Unterlassungsklage erwirkt (DLF Kultur 2019), die Greiner wiederum erfolgreich nach der Präsentation der Broschüre durchsetzte. Das MBR musste deshalb umgehend die Broschüre aus juristischen Gründen zurückziehen. Eine persönliche Entschuldigung für die Falschbehauptung erfolgte laut Medienberichterstattung bei Greiner oder auch sonst nicht (Lemke-Matwey/Soboczynski 2019: 38; DLF Kultur 2019).

Dieses Beispiel wird hier so ausführlich dargestellt, weil die Autor*innen der Broschüre selbst behaupten, an dem „Fall“ Greiner exemplarisch eine grundsätzliche Entwicklung zu zeigen.

„So wie es Greiner also im Fall rassistischer Wörter und Zeichnungen vorgeblich um die Reinheit und Identität der Sprache und ihren Schutz vor ‚Zensur‘ ging (und nicht etwa um den Schutz diffamierter Menschen), so beim Thema Geflüchtete offensichtlich um den Schutz von Volk und Nation (und nicht etwa um den Schutz von Verfolgten und Geflüchteten).

Der Fall ist exemplarisch für den Kulturkampf von rechts, weil er gleich mehrere seiner Dimensionen zeigt. Er zeigt, worum es bei scheinbar harmlosen Fragen und den berühmten ‚Ängste und Sorgen‘ wirklich geht. Er zeigt des Weiteren, dass solche Positionen aus der Mitte der Gesellschaft kommen und wie schnell sie in bestimmten Situationen an Zustimmung gewinnen können. Und schließlich zeigt der Fall, dass der Kulturkampf durch Techniken wie Umdeutung, Vereinnahmung und Umkehr von Begriffen geführt wird.“

(MBR 2018: 7f)

²⁰ Diese Erklärung wurde unter anderem von Uwe Tellkamp und Vera Lengsfeld gestartet (<https://www.erklaerung2018.de/>).

²¹ In der Broschüre von 2018 wird auf S. 7 folgender Beleg angeführt: Diez, Georg: Wann kippt ein Land? In: Das Magazin: <https://www.dasmagazin.ch/2018/09/28/wann-kippt-ein-land/> (04.12.2018) [zit. wie in MBR 2018: 7; die Publikation ist nicht mehr zugänglich, versuchter Zugriff am 31.08.2020; siehe aber Diez (2018)].

In der 2. Auflage von 2019 wurden die justitiabel problematische Passage und der ganze Passus zu Greiner ohne weitere Kommentierung entfernt.²² Die detailliert geäußerte inhaltliche Kritik (u.a. DLF Kultur 2019; Lemke-Matwey/Soboczynski 2019) an der ideologischen Argumentation, dem dogmatischen Verständnis von Meinungsfreiheit etc. wurde jedoch nicht aufgegriffen. Die folgende Schlussfolgerung von Lemke-Matwey und Soboczynski zur ersten Auflage lässt sich deshalb auch auf die überarbeitete Broschüre beziehen:

„Alles abseits der reinen Lehre, die hier vertreten wird, erscheint so als Vorstufe zur Nazi-Barbarei, was nicht nur historisch grober Unfug ist. Die Schrift ist beseelt von einer durchsichtigen Strategie, sich selbst gegen jede Kritik zu immunisieren (die könne dann ja auch wieder nur von irgendwie rechter oder rechtsradikaler Seite und in jedem Fall illegitimer Seite kommen). Es wird ein Lagerdenken ganz alter Schule verbreitet, und man fragt sich unweigerlich, weshalb eine solche ‚Handreichung‘ für die Theater, die in Wahrheit eine ideologische Kampfschrift ist, nicht nur vom Berliner Senat, sondern auch vom Bundesfamilienministerium gefördert wird. Und weshalb es wünschenswert ist, etwas staatlich zu fördern, das mit einem derart grobschrotigen Begriff von ‚rechts‘ große Teile der Gesellschaft kurzerhand zum Feindbild erklärt.“

(Lemke-Matwey/Soboczynski 2019: 38)

Laut ZEIT-Bericht distanzierte sich der Theaterintendant des Deutschen Theaters Ulrich Khuon in Teilen, obwohl er das Anliegen einer Handreichung weiterhin für richtig hält.

„Ich teile die Handlungsempfehlungen der Broschüre voll und ganz; bei der forcierten Analyse gibt es Differenzen. Eine offene Gesellschaft, die direkt neben der eigenen Position das Unheil wittert, steht in der Gefahr, nicht so offen zu sein, wie sie es behauptet.“ (Khuon, zit. n. Lemke-Matwey/Soboczynski 2019: 38)

4 Theoretische Einordnung des „Kulturkampfes“ und Schlussfolgerungen

Das hier pointiert dargestellte Beispiel bietet reichliches Anschauungsmaterial zur Analyse der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus, wie sie auch anderweitig zu beobachten ist (Jörke/Selk 2015; Lynen von Berg 2019; Merkel 2019; Nassehi 2016). Es steht außer Frage, dass die von den Autor*innen der Broschüre zu Papier gebrachten Auffassungen von den Prinzipien der Meinungsfreiheit abgedeckt sind, insofern nicht die Persönlichkeitsrechte Dritter – wie im Fall Greiner – verletzt werden. Es stellen sich allerdings zwei Fragen: Welches Verständnis von Meinungsfreiheit und Demokratie bringen die Autor*innen mit ihrer Argumentation zum Ausdruck? Und welche Implikationen gehen mit einer solchen Form der Intervention einher und wie sind diese demokratietheoretisch zu bewerten?²³

In der liberalen Demokratie ist die Meinungsfreiheit ein unteilbares Prinzip, das eine größtmögliche Freiheit und Offenheit in politischen, öffentlichen und privaten Auseinandersetzungen garantieren soll. Das Grundgesetz (GG) markiert mit dem Artikel 5 (Meinungs-, Informations-, Pressefreiheit; Kunst und Wissenschaft) den rechtlichen Rahmen der zulässigen bzw. nicht mehr zulässigen Meinungsfreiheit. Für die Klärung der Grenzen der Meinungsfreiheit sind im Rechtsstaat unabhängige Gerichte zuständig. Diese sollen anhand von klar festgelegten Verfahren klären, ob ein Rechtsverstoß vorliegt (z.B. dem Recht der persönlichen Ehre oder Volksverhetzung). Das Bundesverfassungsgericht hat in einem wegweisenden Urteil 2016 festgelegt, dass die Meinungsfreiheit nur im äußersten Fall begrenzt werden darf. Dies gilt sowohl für öffentliche Debatten als auch für Meinungsäußerungen einzelner Personen im privaten Bereich.²⁴

²² Obwohl die am „Fall“ Greiner diskutierte Strategie exemplarisch für den „Kulturkampf“ von rechts sein soll (MBR 2018: 7f), werden sämtliche Ausführungen dazu nebst Nennung des Namens und der Quellen in der zweiten Auflage nicht mehr abgedruckt (MBR 2019: 5-9). Vom MBR wurde am 05.03.2019 in einem Hinweis zur Veröffentlichung der zweiten Auflage allerdings angedeutet, dass nur eine beanstandete Stelle herausgenommen worden sei. „In einer früheren Version der Handreichung haben wir eine Aussage (einen Satz) einer Quelle übernommen, die sich als unwahr herausgestellt hat. Wir bedauern diesen Fehler sehr und haben inzwischen besagte Stelle überarbeitet.“ (<https://www.mbr-berlin.de/materialien-2/publikationen-handreichungen/?lang=de>; zuletzt abgerufen am 30.08.2019)

²³ Es wäre an anderer Stelle zudem zu untersuchen, inwieweit die von staatlichen Programmen geförderten (präventiven) Maßnahmen, die im Kontext der „Bekämpfung“ eines verfassungsfeindlichen und systemüberwindenden Rechtsextremismus angemessen sind, auf den Rechtspopulismus übertragen werden können bzw. sollen.

²⁴ Siehe ausführliche Urteilsbegründung mit Verweisen zu anderen Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Meinungsfreiheit (BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 10. März 2016 - 1 BvR 2844/13 -, Rn. 1-33. http://www.bverfg.de/e/rk20160310_1bvr284413.html; zuletzt abgerufen am 23.08.2020).

Der äußerste Rahmen der politischen Auseinandersetzung wird also durch das Zivil- und Strafrecht vorgegeben. Der „Kulturkampf“ ist aber Teil der politischen Kultur. Politische Kultur ist dabei, wie u.a. Michael Kohlstruck betont,

„eine symbolische Ordnung, die regelt, was als sagbar und tragbar gilt. (...) es ist eine fließende Größe, die im Wechselspiel von Positionierungen und Gegenpositionierungen, auch von Provokationen und Zurückweisung prozessual gebildet wird“ (Kohlstruck 2018: 4).

In diesem Verständnis ist politische Kultur eine „Ordnung im Fluss“, sie unterliegt also der Veränderung. Zu glauben bestimmte Auffassungen von politischer Kultur, bestimmte Auffassungen von akzeptablen Lebensentwürfen seien unveränderbar, ist nicht nur ahistorisch, sondern auch demokratietheoretisch nicht zu begründen. In der Demokratie ist *prinzipiell* jede Meinung zugelassen, der Konflikt und der Wandel sind konstitutiv für die Demokratie. Nur das Recht markiert letztlich die Grenzen dessen, was nicht mehr Bestandteil demokratischer Auseinandersetzung sein kann. Das heißt keineswegs, dass es keine Grenzen des Sagbaren geben würde oder die Verrohung der öffentlichen Debatte nicht zu kritisieren sei.²⁵ Aber damit diese Grenzen markiert werden können, muss prinzipiell die Möglichkeit der Provokation, der Positionierung unliebsamer, an- und abstoßiger Meinungen bestehen. Erst dann können durch eine Zurückweisung gerade die Grenzen des nicht mehr Sagbaren markiert werden. Dieser offene und konflikthafte Prozess ist geradezu essentiell für die Selbstvergewisserung der Demokratie (siehe auch Pörksen/Schulz von Thun 2020).

Bei aller Gefahr, die vom Rechtspopulismus ausgeht, funktioniert eben diese (symbolische) Zurückweisung in den staatlichen Institutionen ebenso wie in den Arenen der Öffentlichkeit offensichtlich ganz gut.²⁶ So stellt – bei allen methodischen Bedenken solcher Einstellungsuntersuchungen – die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem IKG der Universität Bielefeld vom 2019 neben anderen Befunden auch fest:

„Der Großteil der Deutschen befürwortet die Demokratie, begrüßt die Vielfalt der Gesellschaft und eine Stärkung der EU. (...) Mehr als 80% der Befragten finden es gut, wenn Menschen sich gegen die Hetze gegen Minderheiten einsetzen und sie fordern eine vielfältige Gesellschaft. Etwa 60% finden, der Rechtspopulismus bedrohe die Demokratie.“ (FES & IKG 2019: 1ff.; Zick et al. 2019)²⁷

Was allerdings verwundert ist die Beobachtung (auch bei Diskussionen mit Studierenden), dass anscheinend ein mangelndes Vertrauen in die Überzeugungskraft aufklärerischer und demokratiefördernder politischer Konzeption besteht. Wieso vertraut man so wenig der Überzeugungskraft des vermeintlich besseren, des fachlich fundierten Arguments? Damit ist keineswegs die Auseinandersetzung mit organisierten Akteuren oder ideologisierten/fanatizierten Anhänger*innen des rechten Lagers gemeint, sondern die Kommunikation mit Bürger*innen und im Falle der Sozialen Arbeit mit Klient*innen, die sich von rechtspolitischen Angeboten angesprochen fühlen (u.a. Leo et al. 2017).²⁸ Diese Herausforderungen stellen sich auch für die Soziale Arbeit und politische Bildung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus immer wieder neu (siehe den zweiten Teil des Bandes). Dies setzt aber voraus, dass man im Sinne der verstehenden Soziologie Max Webers die Beweggründe für die Hinwendungsprozesse zum Rechtspopulismus nachvollziehen kann und sich seiner eigenen Werthaltungen und sozialen Verortung bewusst ist. Koppetsch weist in diesem Kontext zu Recht auf das Problem der

25 „Die Verrohung des öffentlichen Diskurses hat also mindestens zwei Quellen: zuerst und zuvörderst den Rechtspopulismus, der bewusst die sogenannten roten Linien überschreitet, aus Überzeugung oder mit strategischer List. Da hat sich ein rechter Gramscianismus breitgemacht. Die Linksliberalen mit ihrer intransigenten Hybris und ihrer Sehnsucht nach Ausschließung sind die andere Quelle. Beide Lager polarisieren die Debatte. Eine wirklich demokratische Debatte muss aber radikal offen und pluralistisch sein (...) und nicht durch eng gezogene rote Linien nur die ‚richtige‘ Moral zulassen.“ (Merkel 2019: o. S.)

26 Damit ist nicht die Ebene der faktischen Politik gemeint. So wurden beispielsweise bei den Verschärfungen des Asylrechts auch Positionen der AfD aufgenommen.

27 Der aktuelle Populismusbarometer von 2020 zeigt zudem einen Rückgang von mehr als einem Drittel der rechtspopulistisch eingestellten Wahlberechtigten im Vergleich zu 2018. Demnach waren 2020 20,9 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland populistisch eingestellt, im November 2018 waren es noch 32,8 Prozent (Populismusbarometer 2020: 6ff.). Solche Einstellungsbefunde können sich aber auch wieder schnell ändern.

28 Siehe dazu auch den Beitrag von Eike Bösing im zweiten Teil des Bandes.

„Selbst-Distanzierung“ selbst in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung hin. Sie plädiert an Wissenschaftler*innen „deren Standpunkte auf gesellschaftliche Standorte, d.h. auf soziale Lagen innerhalb des (sich zunehmend global erweiternden) Sozialraums“ zu beziehen (Koppetsch 2019: 31). Dieser Anspruch an Distanzierung bzw. Rollendistanz kann auch auf die Soziale Arbeit und politische Bildung übertragen werden.²⁹

An anderer Stelle habe ich diese Haltung selbst für die politische Auseinandersetzung eingefordert und Teilen der Linken einen Mangel an Sensorik und analytischen Verständnisses vorgeworfen.³⁰ Diese Erwartung kann m. E. allerdings für die politische Auseinandersetzung theoretisch begründet nicht oder nur bedingt aufrechterhalten werden. Jedoch sehe ich in den zu beobachtenden Formen einer rigorosen Moralpolitik bzw. in dem moralisierenden Umgang mit dem Rechtspopulismus nicht nur einen hilflosen Antipopulismus (Lynen von Berg 2019: 15ff.), sondern eine Form der *Entpolitisierung*.

An dem o.g. Beispiel und gegenwärtiger polarisierend geführter Debatten (u.a. Leggewie 2020; Merkel 2019; Mounk 2020; Welzer 2019) zeigt sich ein nach Gesinnungsaspekten eingeschränktes Verständnis von Demokratie.³¹ Bestimmte Positionen werden als moralisch nicht zulässig betrachtet; die Auseinandersetzung wird verwehrt und damit der – wenn auch unliebsame – Konflikt als essentieller Bestandteil der Demokratie kaltgestellt (Merkel 2019). Dabei ist immer wieder zu beobachten, dass vom „Sachargument auf Argument gegen die Person“ (Lübbe 1987: 76) umgeschaltet wird.

„Anstatt einer vorgebrachten Ansicht zu widersprechen, drückt man Empörung darüber aus, daß der andere es sich gestattet, eine solche Ansicht zu haben und zu äußern. Man wird sozusagen persönlich. (...) Statt als Diskursteilnehmer wird der politische Gegner als diskurskompetenzerweckungsbedürftiger Kandidat von Diskursen behandelt oder mißhandelt.“ (Lübbe 1987: 76)

Nach Niklas Luhmann (1990) ist „Moral eine besondere Art der Kommunikation, die Hinweise auf Achtung oder Mißachtung mitführt: Dabei geht es (...) um die ganze Person, soweit sie als Teilnehmer an Kommunikation geschätzt wird. Achtung oder Mißachtung wird typisch nur unter besonderen Bedingungen zuerkannt (...). Nur wenn es brenzlich wird, hat man Anlaß, die Bedingungen anzudeuten oder gar explizit zu nennen, unter denen man andere bzw. sich selber achtet oder nicht achtet.“ (Luhmann 1990: 17f; Bergmann/Erb 1986: 232ff.)

Der moralisierende Umgang mit dem Rechtspopulismus bewertet politische Positionen nach dem Raster „Gut“ und „Böse“. Natürlich hat jede*r von uns bestimmte moralische Überzeugungen und diese sind selbstverständlich auch Bestandteil der Bewertung politischer Positionen. Moralisch motivierte oder begründete Kritik ist jedoch von Moralisierung zu unterscheiden. Die Besonderheit des Moralisierens besteht darin, nicht die sachlichen Aspekte der Argumente von anderen zu thematisieren und zu bewerten, sondern die Zuordnung in eine „Gut oder Böse-Schublade“ vorzunehmen (Kohlstruck 2018: 13).³² Die Unterscheidung von „Gut“ und „Böse“ lässt keine demokratische Auseinandersetzung zu; das „Böse“, der*die „Böse“ soll ausgeschlossen werden.³³

29 Diese mannigfaltigen Herausforderungen des Rechtspopulismus für die Soziale Arbeit werden ausführlich in den Beiträgen des zweiten Teils dieses Bandes behandelt.

30 „Die SPD mit ihrem Selbstverständnis, die Partei der sozial Benachteiligten zu sein, hat aber das Gespür für die Stimmungen und Belange eines erheblichen Teils ihrer ehemaligen Kernwählerschaften verloren, die sich, zum Teil aus Protest, der AfD zuwenden. Dieser Mangel an Sensorik und analytischer Deutungsfähigkeit führt dazu, dass sie den Protest von rechts jenseits einer ‚pöbelhaften‘ Rhetorik in seinen sozialen und kulturellen Dimensionen nicht hinreichend zu erfassen vermag.“ (Lynen von Berg 2019: 12)

31 Claus Leggewie konstatiert gar einen „Verfall der Diskussionskultur“ im linksliberalen Lager. „Themen wie Holocaust, Rassismus und Kolonialismus können kaum noch ohne Schaum vorm Mund diskutiert werden. Allzu oft wird jemand als alter weißer Mann, wegen Nicht-Zugehörigkeit zu einer ‚Kultur‘ oder fehlendem Bekenntnis zu einer Denkschule ausgeschlossen. Podien werden stromlinienförmig besetzt oder im Tumult aufgelöst. Ich rede hier gar nicht von der beliebten Frage, ob man tatsächliche oder vermeintliche Faschisten einladen darf, sondern von der in linksliberalen Kreisen üblichen Bandbreite von Positionen. Sie zivil-streitlustig infrage zu stellen, ist die vornehmste Aufgabe von Wissenschaft auf der Suche nach Wahrheiten. Drastisch wird Diskussionsverweigerung, wo Intellektuelle und Akademiker sich anmaßen, ‚Opfergruppen‘ zu vertreten, wo nicht mehr die Interpretation, sondern die persönlichen ‚credentials‘ eines Interpreten geprüft werden.“ (Leggewie 2020: o. S.; siehe auch Kermani 2020; Lotter 2020)

32 Mouffe kritisiert in deutlich formulierter Weise diesen Mechanismus; „der bei diesen moralischen Reaktionen im Spiel ist: Man versichert sich des eigenen Gutseins, indem man das Böse bei anderen brandmarkt.“ (Mouffe 2017: 97f)

33 Mouffe sieht diesen Mechanismus als grundlegend für die Politik an, die „im moralischen Register“ ausgetragen wird. In diesem Sinne möchte ich den Begriff der ‚Moralisierung‘ der Politik verstanden wissen – Politik ist nicht moralischer geworden, sondern politische Antagonismen werden heutzutage in der Begrifflichkeit moralischer Kategorien formuliert. Wir haben es noch immer mit politischen Freund-Feind-Unterscheidungen zu tun, die jetzt aber unter Verwendung des Vokabulars der Moral artikuliert werden.“ (Mouffe 2017: 98f; Hervorh. im Original)

Koppetsch sieht wie auch andere (u.a. Merkel 2019; Mouffe 2017) den moralisch geführten Deutungskampf der etablierten Eliten von links kritisch. „Wenn Linke heute als Hüter der Moral auftreten, dann auch deshalb, weil sie die bestehende Ordnung verteidigen und, im wahrsten Sinne des Wortes, konservieren wollen.“ (Koppetsch 2016: 38)

Obwohl Merkel normativ die kosmopolitischen Werte teilt, betrachtet er das (links-)liberale Lager als einen selbstgerechten Akteur in diesen polarisierenden Debatten um kulturelle Deutungshoheit, wie dies u.a. auch Thaa (2018) und Saxer (2018) konstatieren.

„Mit der Hegemonie kommt aber nicht selten auch die Hybris. Die Meinungsführer aus den formal hoch gebildeten urbanen Mittelschichten und Eliten reklamieren in ihren Debatten auch die richtige Moral für sich. Es geht nicht mehr um mehr oder weniger, nicht um Debatte, Konsens und Kompromiss. Es geht um Dominanz, um moralisch oder unmoralisch, wahr oder unwahr, richtig oder falsch. Tertium non datur. Das ist die dichotome Welt selbstgerechter Moral. Es geht aber auch um Ausschluss. Der Ausschluss droht nicht nur Rassisten und Fremdenfeinden. Er droht auch all jenen, die nicht die korrekte Begrifflichkeit verwenden, konservativ oder reaktionär argumentieren.“ (Merkel 2019: o. S.)

In den kulturell und moralisch artikulierten Konflikten geht es also auch um den Erhalt bzw. Erwerb von Machtpositionen, um kulturelle Hegemonie (Saxer 2018).³⁴ Diese Form der Artikulation von Machtpolitik scheint zudem eine hohe Attraktivität zu besitzen, weil sich dadurch gleichzeitig der Machtaspekt dethematisieren lässt (u.a. Freyn 2020; Mouffe 2017). Neben dem Machtaspekt sind generell Formen des politischen Moralismus so attraktiv, weil sie sich zur Komplexitätsreduktion eignen und sich strukturelle Probleme in Form von Schuldzuweisungen personifizieren lassen.

„Politischer Moralismus – das ist (...) die Praxis, Schwierigkeiten des Lebens in der modernen Zivilisation statt auf die Kompliziertheit moderner Lebensverhältnisse auf die moralische Schuld beteiligter Personen zurückzuführen.“ (Lübbe 1987: 19)

Es kann bezweifelt werden, dass diese moralisierende Bearbeitungsweise des Rechtspopulismus eine sinnvolle Strategie darstellt, weil – wie auch Jörke/Selk (2015: 485f) herausstellen – die Moralisierung auch „gegenteilige Effekte, nämlich populistische Tendenzen stärkende Effekte“ zeitigen kann. Das oben analysierte Beispiel zeigt eindrucksvoll, dass ein selbstgerechter politischer Moralismus in einen undemokratischen Umgang mit dem politischen Gegner umschlagen kann. Die Formen der Reaktionen auf den Rechtspopulismus sind aber gleichzeitig konstitutive Elemente der politischen Kultur. Deshalb sind die Reaktionen nicht nur im Hinblick auf ihre Wirksamkeit in der Zurückdrängung des Rechtspopulismus zu hinterfragen, sondern auch auf deren Rückwirkungen auf das Demokratieverständnis und auf die Geltung demokratischer Prinzipien. Die von Max Weber problematisierten nicht intendierten Folgen politischen Handelns sind deshalb ebenso in den Blick zu nehmen wie die intendierten.

Der einseitig fokussierte moralisierende Umgang mit dem Rechtspopulismus hat Auswirkungen auf das Verständnis von Demokratie und Meinungsfreiheit und deren normative Grenzen. Die Verlagerung von einer argumentativen (Sach-)Auseinandersetzung zu einer „Gut-Böse-Dichotomie“ lassen einen auf Argumenten und Gegenargumenten beruhenden Konfliktaustrag nur schwerlich zu und können als eine *Entpolitisierung* der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus betrachtet werden.³⁵ Dies befördert womöglich postdemokratische Tendenzen in einer ganz anderen Hinsicht als Crouch sie noch im Blick hatte.

(Fertigstellung des Manuskripts Mitte September 2020)

³⁴ „Die neue Mittelklasse ist keineswegs gewillt, ihre Definitionsmacht über Werte und Ziele der Gesellschaft kampfflos aufzugeben. Den Angriff auf ihre kulturelle Hegemonie begegnet sie mit kulturellen Mitteln. Moralisch zieht sie eine Brandmauer zwischen den ‚Anständigen‘ und den Frauen-, den Fremden- und Demokratiefeinden. Mittels Tugenddiskursen erhöht sie ihren kosmopolitischen Lebensstil über den ihrer Gegner.“ (Saxer 2018: o. S.)

³⁵ Bernhard Pörksen und Friedemann Schulz von Thun betonen, dass es keine Alternative zu konflikthafter Aushandlungsprozessen gibt: „Das Miteinander-Reden und Miteinander-Streiten ohne falsche Harmonieerwartung ist in einer Demokratie tatsächlich alternativlos (...). Die Art und Weise des Sprechens und Streitens ist der entscheidende Gradmesser demokratischer Vitalität. Wir bringen die Welt, in der wir leben, erst im Miteinander-Reden hervor.“ (Pörksen/Schulz von Thun 2020: 39f)

Literatur

Bergman, Werner/Erb, Rainer (1986): Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: KfSS 38. Jg., 2/1986, S. 209-222.

Biskamp, Floris (2019): Alter Wein in anregender Mischung: Cornelia Koppetschs „Gesellschaft des Zorns“ im Kontext. Teil I. In: Archiv SozBlog (Blog der Deutschen Gesellschaft für Soziologie DGS). Unter: <http://blog.sozioogie.de/2019/07/alter-wein-in-anregender-mischungcornelia-koppetschs-gesellschaft-des-zorns-im-kontext/> (zuletzt abgerufen am 06.07.2020).

Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2016): Die Identitären. Der modernisierte Rassismus einer Jugendbewegung der Neuen Rechten. In: Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hrsg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Münster: UNRAST Verlag, S. 82-91.

Crouch, Colin (2017): Postdemokratie (13. Auflage). Frankfurt/Main: Edition Suhrkamp.

Von Beyme, Klaus (2018): Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie? Wiesbaden: Springer VS.

FES & IKG (2019): Ergebniszusammenfassung der Mitte Studie 2019. In: Anhang der Pressemitteilung vom 25.04.2019 der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) & des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Unter: <https://www.fes.de/presse/aktuelle-pressehinweise/neue-mitte-studie-verlorene-mitte-feindselige-zustaende-rechtsextreme-einstellungen-in-deutschland-2018-19> (zuletzt abgerufen am 06.09.2020).

Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Edition Suhrkamp, S. 77-91.

Frey, Jan (2020): Die digitalen Spießler. In: „ZEIT-ONLINE“ vom 18.07.2020. Unter: <https://www.zeit.de/kultur/2020-07/identitaetspolitik-linke-intoleranz-zensur-demokratie-meinungsfreiheit> (zuletzt abgerufen am 27.08.2020).

Häusermann, Silja (2018): «Es geht um Würde und Anerkennung». Ein Gespräch mit der Politologin Silja Häusermann über Politik in der postindustriellen Gesellschaft, den «gender gap» und weshalb es wichtiger ist denn je, in Bildung und Gleichberechtigung zu investieren. Unter: <https://www.republik.ch/2018/03/08/es-geht-um-wuerde-und-erkennung> (zuletzt abgerufen am 27.08.2020).

Haug, Wolfgang Fritz (1992): Zur Dialektik des Anti-Rassismus. In: Das Argument 34. Jg., 1/1992, S. 27-52.

Held, Christoph/Jörke, Dirk (2020): Postdemokratie. In: Kost, Andreas/Massing, Peter/Reiser, Marion (Hrsg.): Handbuch Demokratie. Frankfurt/Main: WOCHENSCHAU Verlag, S. 263-270.

Hillebrand, Ernst (2018): Raus aus dem linksliberalen La La Land. Warum sich die Sozialdemokratie für die Kommunitaristen entscheiden muss. In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) vom 22. Oktober 2018. Unter: www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/rausaus-dem-linksliberalen-la-la-land-3041/ (zuletzt abgerufen am 07.12.2018).

Jörke, Dirk/Selk, Veith (2015): Der hilflose Antipopulismus. In: Leviathan 43. Jg., 4/2015, S. 484-500.

Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus. Zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.

Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hrsg.) (2006): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Münster: UNRAST Verlag.

Kermani, Navid (2020): In aller Offenheit. Warum Schriftsteller einen Auftritt mit ihrer Kollegin Lisa Eckhart nicht verweigern sollten. In: „DIE ZEIT“ 38/2020 vom 10.09.2020.

Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hrsg.) (2019): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: Suhrkamp.

Kohlstruck, Michael (2008): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – Graduelle oder qualitative Unterschiede? In: Faber, Richard/Unger, Frank (Hrsg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 211-228.

Kohlstruck, Michael (2018): Moralisieren, ignorieren, argumentieren – wie gehen wir um mit dem Populismus und Stammtischparolen. (Vortragsmanuskript vom 22.05.2018).

Kohlstruck, Michael (2020): Rezension von Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld 2019. In: ZFG 68. Jg., 7-8/2020, S. 686-688. Koppetsch, Cornelia (2016): Soziale Schließung, Nonkonformismus und Protest. Die Linke ist konservativ geworden und der Gestus der Revolte wird von rechts inszeniert. In: INDES 3/2016, S. 32-42.

Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transkript Verlag.

Leggewie, Claus (2020): Im Tumult der selbstgewissen Antworten. In: Der Freitag, 21/2020 vom 20.05.2020.

Leggewie, Claus/Meier, Horst (1995): Republikenschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal (2017): Mit rechten reden. Ein Leitfaden. Stuttgart: Klett-Cotta.

Lotter, Maria-Sibylla (2020): Moral statt Wahrheit: Allzu oft wird Wissenschaft als Wiedergutmachungsprojekt betrieben. In: Neue Züricher Zeitung (NZZ) vom 24.06.2020.

Lübbe, Hermann (1987): Politischer Moralismus. In: Becker, Werner/Oelmüller, Willi (Hrsg.): Politik und Moral. Entmoralisierung des Politischen. München/Paderborn: Wilhelm Fink Verlag/Verlag Ferdinand Schöningh, S. 75-78.

Luhmann, Niklas (1990): Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Lynen von Berg, Heinz (2019): Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus. In: Leviathan 47. Jg., 1/2019, S. 7-27.

Merkel, Wolfgang (2016): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: APuZ 66. Jg., 40-42/2016, S. 4-11.

Merkel, Wolfgang (2018): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt. In: Bröning, Michael/Mohr, Christoph P. (Hrsg.): Flucht, Migration und die Linke in Europa. Bonn: Dietz Verlag, S. 299-313.

Merkel, Wolfgang (2019): Linksliberale Hegemonie und Hybris. Wolfgang Merkel im Gespräch über die Mitte, die Moral und die Grenzen der Meinungsfreiheit. In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) vom 5.11.2019. Unter: <https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/linksliberale-hegemonie-und-hybris-3854/> (zuletzt abgerufen am 22.08.2020).

Minkenberg, Michael (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: PVS 59. Jg., 2/2018, S. 337-352.

Mouffe, Chantal (2017): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. 7. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Mounk, Yascha (2020): Kollektive Zensur. Wer die „Cancel Culture“ nicht ernst, schaue in die USA: Dort werden nicht nur falsche Meinungen, sondern auch Falschmeinende bekämpft. Eine Warnung. In: „DIE ZEIT“ 34/2020 vom 13.08.2020.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39, S. 541-563.

Nachtwey, Oliver (2017): Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.

Nassehi, Armin (2016): Die Stunde der Konservativen. Was bedeutet es in Zeiten der Flüchtlingskrise konservativ zu sein? In: FAZ vom 19.02.2016.

Paris, Rainer (2018): Wer zwischen eigenen und fremden Leuten unterscheidet, ist deswegen nicht schon ein Rassist. In: Neue Züricher Zeitung (NZZ) vom 02.08.2018.

Pörksen, Bernhard/Schulz von Thun, Friedemann (2020): Die Kunst des Miteinander-Redens. Über den Dialog in Gesellschaft und Politik. München: Carl Hanser Verlag.

Populismusbarometer (2018): Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018 (Autoren: Robert Vehrkamp & Wolfgang Merkel), herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Populismusbarometer (2020): Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020 (Autoren: Robert Vehrkamp & Wolfgang Merkel), herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Pressemitteilung der TU Darmstadt (2020): Pressemitteilung/Medieninformation der TU Darmstadt vom 11.08.2020: Gegen gute wissenschaftliche Praxis verstossen. Untersuchungskommission der TU legt Abschlussbericht im Fall einer Soziologie-Professorin vor. Unter: https://www.tu-darmstadt.de/universitaet/aktuelles_meldungen/archiv_2/2020/2020quartal3/news_archiv_de_269184.de.jsp (zuletzt abgerufen am 20.09.2020).

Reckwitz, Andreas (2018): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. 6. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

Satori, Giovanni (1970): Concept Misformation in Comparative Politics. In: American Political Science Review 64. Jg., 4/1970, S. 1033-1053.

Saxer, Marc (2018): Illusion: Haltung hilft gegen Rechts. Moralische und sprachliche Ausgrenzung macht die Rechtspopulisten nur noch stärker. In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) vom 01.11.2018. Unter: <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/illusionen/artikel/detail/illusion-haltung-hilft-gegen-rechts-3062/> (zuletzt abgerufen am 30.08.2020).

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt/Main: Campus.

Schreiber, Ulrich (1984): Die Politische Theorie Antonio Gramscis. Berlin: Argument-Verlag.

Seibt, Gustav (2020): Der Fall Koppetsch. Verstehende Soziologie. In: Süddeutsche Zeitung vom 14./15./16.08.2020.

Seils, Christoph (2020): In Existenznot? Geht die AfD den Weg von NPD und Republikanern und ist auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit? In: „ZEIT-ONLINE“ vom 27.05.2020. Unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/rechtsextremismus-afd-npd-republikaner-parallelen-gemeinsamkeiten-andreas-kalbitz> (zuletzt abgerufen am 27.08.2020).

Stöss, Richard (1994): Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 23-66.

Thaa, Winfried (2018): Liberale Identitätspolitik und die Kulturalisierung sozialer Ungleichheit. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (NG/FH), 10/2018, S. 38-41.

Welzer, Harald (2019): Gegen Moralismus. In: taz FUTUR-ZWEI 9/2019, S. 11-13.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verloren Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz Verlag.

Quellen

Diez, Georg (2018): Das andere Land: Wie unsere Demokratie beschädigt wurde und was wir tun können, um sie zu reparieren. München: C. Bertelsmann.

DFL Kultur (2019): (=Deutschlandfunk Kultur): Journalistin über Streit um „Handreichung“ gegen rechts. Ein wenig Selbstkritik wäre angebracht. Christine Lemke-Matwey im Gespräch mit Liane von Billerbeck. Sendung vom 01.03.2019. Unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/journalistin-ueber-streit-um-handreichung-gegen-rechts-ein.1008.de.html?dram:article_id=442411 (zuletzt abgerufen am 30.08.2020).

Greiner, Ulrich (2013): Die kleine Hexenjagd. In: „DIE ZEIT“ 4/2013 vom 17.01.2013.

Greiner, Ulrich/Hacke, Axel/Mangold, Ijoma: Kinderbücher – Die kleine Hexenjagd. In: Die ZEIT. Unter: <https://www.zeit.de/2013/04/Kinderbuch-Sprache-Politisch-Korrekt/komplettansicht> (zuletzt abgerufen am 17.01.2013) [so in MBR 2018: 7 fälschlich angegeben; der Link führt zu Greiner 2013].

Krings, Dorothee (2019): Angriffe von rechts – Populisten nehmen Theater ins Visier. In: Rheinische Post (RP) Online vom 04.04.2019. Unter: https://rp-online.de/kultur/streitum-broschuere-alles-nur-theater_aid-37876411 (zuletzt abgerufen am 31.08.2020).

Lassiwé, Benjamin (2018): Fraktion kratzt an der Kunstfreiheit. AfD-Theater um das Piccolo. In: LR Online (Lausitzer Rundschau) vom 24.10.2018. Unter: <https://www.lr-online.de/nachrichten/fraktion-kratzt-an-der-kunstfreiheit-afdtheater-um-das-piccolo-38047484.html> (zuletzt abgerufen am 31.08.2020).

Lemke-Matwey, Christine/Soboczyński, Adam (2019): Wer nicht für uns ist, kann nur verdächtig sein! Eine staatlich finanzierte Broschüre sollte Kulturschaffenden das Rüstzeug liefern im Kampf gegen rechte Umtriebe. Das klingt nach einer guten Idee, geht jedoch nach hinten los. In: „DIE ZEIT“ 10/2019 vom 28.02.2019.

LT Drucksache 6/9781 (=Drucksache 6/9781 Landtag Brandenburg 6. Wahlperiode): Kleine Anfrage 3984 des Abgeordneten Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion) an die Landesregierung; Spielplan, Besucher und Zuwendungen – piccolo Theater gGmbH, S. 1-2.

LT Drucksache 6/10004 (=Drucksache 6/10004 Landtag Brandenburg 6. Wahlperiode): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 3984 des Abgeordneten Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion) Drucksache 6/9781; Spielplan, Besucher und Zuwendungen – piccolo Theater gGmbH, S. 1-5.

MBR (2018): (= Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin): Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts (1. Auflage). Herausgegeben vom Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Berlin.

MBR (2019): (= Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin): Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts (2. Überarbeitete Auflage) Herausgegeben vom Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Berlin. Unter: <https://www.mbr-berlin.de/materialien-2/publikationen-handreichungen/?lang=de> (zuletzt abgerufen am 30.08.2020).

Teil 2

Soziale Arbeit und Rechtspopulismus

Analysen von Konzepten zur Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus

mit Beiträgen von

Eike Bösing

Sozialarbeiter M.A., von 2019 bis 2020 im Masterstudiengang „Praxisforschung und Innovation in der Sozialen Arbeit“ an der Hochschule Bremen;
seit 2021 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Vechta.
→ eike.boesing@gmx.de

Julia Cordes

Sozialarbeiterin M.A., von 2019 bis 2020 im Masterstudiengang
„Praxisforschung und Innovation in der Sozialen Arbeit“ an der Hochschule
Bremen; seit 2016 Schulsozialarbeiterin an einer Grund- und einer Oberschule im
Bremer Süden; Arbeitsschwerpunkt seit 2013 in der Kinder- und Jugendhilfe.
→ jhmc@tutanota.com

Ramona Horling

Sozialarbeiterin B.A., seit 2019 im Masterstudiengang „Praxisforschung und
Innovation in der Sozialen Arbeit“ an der Hochschule Bremen; seit 2017 Case
Managerin im AfSD in der Kinder- und Jugendhilfe; Master-Thesis zum Thema
„Kinderschutz und Corona“.
→ rhorling@stud.hs-bremen.de

Daniel Telkmann

Soziale Arbeit B.A., seit 2019 im Masterstudiengang „Praxisforschung und
Innovation in der Sozialen Arbeit“ an der Hochschule Bremen; seit 2017 als
Sozialarbeiter in der Jugendhilfe im Strafverfahren in Bremen tätig.
→ dtelkmann@gmail.com

Theoretische Rahmung von Konzepten und Handlungsansätzen der Sozialen Arbeit zur Bearbeitung von Rechtspopulismus

Einführung in einen Seminarzusammenhang

Heinz Lynen von Berg

Im Wintersemester 2019/20 wurde im Masterstudiengang „Praxisforschung und Innovation in der Sozialen Arbeit“ der Hochschule Bremen in einem Wahlmodul erstmals das Seminar „Innovative Konzepte in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus“ durchgeführt. Sowohl in der Organisation des Seminars als auch in der Aneignung und Bearbeitung des Themas war der Anspruch der Innovation handlungsleitend. In einer Suchbewegung sollten innovative Konzepte in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus identifiziert, bestehende Konzepte kritisch beleuchtet und weiterentwickelt sowie innovative Ansätze entworfen bzw. deren Notwendigkeit für die sozialarbeiterische Praxis beschrieben werden. Dieses experimentierende Vorgehen setzte eine offene und neugierige Herangehensweise voraus, um sich an die komplexen Anforderungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus heranzuwagen und für dem Gegenstand inhärente Ambivalenzen und Widersprüche offen zu sein. Dadurch sollten vorschnelle politische und moralische Einordnungen des Untersuchungsgegenstands und subjektive Abwehrhaltungen vermieden werden.

Ausgangspunkt und Basis war deshalb eine fundierte sozialwissenschaftliche Analyse des Rechtspopulismus, seiner Erscheinungsweisen und Ursachen. Kategorial wurde dezidiert von der heuristischen Unterscheidung von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ausgegangen, wie sie Dirk Jörke und Veith Selk (2017), Michael Kohlstruck (2008) und andere vorschlagen. Nicht nur diese Autoren weisen auf die Notwendigkeit hin, diese beiden Phänomene anhand wissenschaftlicher Kriterien eindeutig zu differenzieren, auch wenn dies kein einfaches Unterfangen ist (Decker 2018; Minkenberg 2018; Priester 2011; 2017). In der (politischen) Praxis und Medienöffentlichkeit ist oft hingegen eine begriffliche Gleichsetzung von kategorial zu unterscheidenden Phänomenen wie Faschismus, Rechtsextremismus bzw. Rechtsradikalismus, Nazismus, Rassismus mit dem Rechtspopulismus zu beobachten.³⁶

Inhaltlich sehen Jörke/Selk eine Gemeinsamkeit zwischen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus vor allem in der Thematisierung von Fremdenfeindlichkeit.

„Allerdings propagiert der Rechtsradikalismus zumeist ein völkisch-essenzialistisches Verständnis des Volkes, d.h., das Volk wird als Abstammungsgemeinschaft interpretiert – gleichsam als ein ‚Erbgut‘. Zeitgenössische rechtspopulistische Parteien hingegen berufen sich zumeist auf ein kulturell-nativistisches Verständnis des Volkes. Damit werden Fremde zwar als nicht zur angestammten Leitkultur Gehörende ausgeschlossen, aber dieser Ausschluss ist nicht offen rassistisch begründet, sondern kulturalistisch.“
(Jörke/Selk 2017: 77)

³⁶ Siehe dazu und zu der Unterscheidung zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus den Beitrag von Lynen von Berg (2021: 12f) im ersten Teil des Bandes.

Aus demokratietheoretischer Sicht und für die praktische Auseinandersetzung ist aber gerade die Unterscheidung im Blick auf die Haltung zur Demokratie wichtig.

„Für den Rechtsradikalismus ist die Ablehnung der Demokratie konstitutiv; im Rechtspopulismus herrscht hingegen ein affirmatives Bekenntnis zur Demokratie vor – wenngleich Rechtspopulisten die Demokratie vornehmlich illiberal interpretieren und sich manches Bekenntnis rechtspopulistischer Politiker zur Demokratie als ein Lippenbekenntnis herausstellen könnte.“ (Jörke/Selk 2017: 77)

So lässt sich als markantes Unterscheidungsmerkmal festhalten, dass der Rechtsextremismus/Rechtsradikalismus die Demokratie von „außen“ ablehnt und eine Systemüberwindung zum Ziel hat (Kohlstruck 2008). Der Rechtspopulismus wird hingegen als Symptom von Krisenerscheinungen der liberalen Demokratie gesehen, die u.a. in gravierenden Repräsentationsdefiziten des parlamentarischen Systems zum Ausdruck kommen (u.a. Lynen von Berg 2019; Merkel 2016; Mouffe 2017; Schäfer 2015).

„Denn der Populismus entsteht, wenn eine kritische Masse von Bürgern den Eindruck gewinnt, dass die Versprechen der Demokratie nicht oder nur unzureichend erfüllt werden.“ (Jörke/Selk 2017: 93)

In den Sozialwissenschaften wird nicht nur auf die Schwierigkeit der Begriffsdefinition beim Rechtspopulismus hingewiesen, sondern die Diffusität solcher Art von Begriffen generell thematisiert. Giovanni Sartori (1970: 1034) sieht hier das Problem von zu vagen, amorphen Begriffsbildungen, die eine Überdehnung des Begriffs zur Folge haben und zu einem inflationären Gebrauch führen (von Beyme 2018: 10f). Dies kann eindrücklich beim Gebrauch des Rechtspopulismusbegriffs – selbst in der Wissenschaft – beobachtet werden; eine problematische Erscheinung, die für die Disziplin und für die Praxis der Sozialen Arbeit nicht zu verkennen ist (Lynen von Berg 2021).³⁷

Es kann an dieser Stelle nicht im Detail die Begriffsgeschichte und Verwendung eines nach Kriterien definierten Begriffs thematisiert werden.³⁸ Allerdings werden übereinstimmend drei Dimensionen als inhaltliche Kennzeichnung des Rechtspopulismus beschrieben.

- 1) Die *Anti-Establishment-Dimension*: Nach der die Gesellschaft in zwei sich antagonistisch gegenüberstehende homogene Gruppen unterteilt wird: auf der einen Seite die korrupten Eliten und auf der anderen Seite das „reine Volk“. Die Populisten werfen den Eliten vor, nur ihre eigenen Interessen zu verfolgen und die „wahren“ Interessen „des Volkes“ zu verraten. Die Rechtspopulisten nehmen für sich in Anspruch, Ausdruck des „Volkswillens“ zu sein und die Interessen des „wahren Volkes“ durchzusetzen (Populismusbarometer 2018: 25).
- 2) Die *Pro-Volkssouveränität-Dimension*: Rechtspopulisten sehen in der Parteien- und repräsentativen Demokratie eine Verzerrung des „Volkswillens“, der durch die Institutionen der liberalen und repräsentativen Demokratie gefiltert und verfälscht werde. Sie fordern deshalb eine direkte und unmittelbare Herrschaft des Volkes, die sogenannte Volkssouveränität, und befürworten Volksentscheide und andere Formen plebiszitärer Beteiligung, in denen der „Volkswille“ unverfälscht durch elitäre und partikuläre Parteiinteressen zum Ausdruck kommen kann (Populismusbarometer 2018: 25).
- 3) Die *Anti-Pluralismus-Dimension*: Hier wird von der Idee der politischen Homogenität ausgegangen, nach der sich sowohl die als homogener Block gedachten (politischen) Eliten als auch das Volk als jeweilige Einheit ohne Differenzierung in heterogene Gruppen oder Individuen unversöhnlich gegenüberstehen (Müller 2016; Mudde 2017).

„Populisten begreifen gesellschaftliche Auseinandersetzungen deshalb als Konflikte zwischen dem ‚einen‘, guten und wahren Volk und dem ‚einen‘, korrupten und bösen Establishment.“ (Populismusbarometer 2018: 25)

³⁷ Grundlegend zu diesen Begriffserweiterungen und Überdehnungen von Konzepten sowie der Ausweitung von Opfergruppen siehe Haslam (2016).

³⁸ Siehe ausführlich dazu den Beitrag von Lynen von Berg (2021: 12ff.) im ersten Teil des Bandes.

Ein weiterer Ausgangspunkt für die Diskussion von Bearbeitungsstrategien und deren Angemessenheit bzw. deren Möglichkeiten und Grenzen war die Beleuchtung der Ursachen des Rechtspopulismus. Es wird nicht verwundern, dass auch hier sehr unterschiedliche Einschätzungen und Ursachenzuschreibungen vorliegen. Neben den oben bereits angedeuteten demokratietheoretischen Ursachenzuschreibungen zur Krise der liberalen bzw. repräsentativen Demokratie (u.a. Crouch 2017; Merkel 2016; Priester 2017) waren für den Seminarzusammenhang vor allem gesellschaftliche Ursachenanalysen von Bedeutung.

Andreas Reckwitz (2018) sieht in seiner grundlegenden und viel diskutierten Gesellschaftsanalyse den Rechtspopulismus als Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, die sich in neuen Klassenspaltungen, in der Auflösung der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ und dem Übergang von der Industriegesellschaft zur „postindustriellen Ökonomie der Singularitäten“ sowie dem Aufstieg einer „digitalen Kulturmaschine“ zeigen (Reckwitz 2018: 111ff.; 273ff.).

Ausgehend von diesen gesellschaftstheoretisch analysierten Ursachen haben wir im Seminar versucht, einen in den Sozialwissenschaften diskutierten Ansatz zu identifizieren, der gesellschaftliche Ursachenkonstellationen mit politikwissenschaftlichen Analysen zusammenführt und die aktuellen Erscheinungen in ihrer Genese pointiert darstellt. Aus diesem Grunde wurde das Buch von Cornelia Koppetsch „Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter“³⁹ als eine sozialwissenschaftliche Bezugslektüre ebenso herangezogen wie dessen intensive Diskussion im „Blog Der deutschen Gesellschaft für Soziologie“ (SozBlog).⁴⁰ Vor dem Bekanntwerden der Plagiatsvorwürfe (u.a. FAZ vom 08.11.2019; „ZEIT ONLINE“ vom 13.11.2019) wurde das Werk nicht nur in der Wissenschaft,⁴¹ sondern auch in den Medien als anerkanntes Sachbuch gelobt.⁴²

Koppetsch sieht wie andere Autor*innen im Rechtspopulismus sowohl eine regressive Reaktionsform auf die durch Globalisierung und Digitalisierung ausgelösten Wandlungsprozesse als auch eine politische Gegenbewegung zu den durch die 68er Generation initiierten Liberalisierungsprozessen. Wie auch Wolfgang Merkel (2018) oder Hanspeter Kriesi (2010) betrachtet sie das Aufbrechen von neuen Konfliktlinien (cleavages) als konstitutiv für den Rechtspopulismus.

Eine zentrale Konfliktlinie zieht sich, wie von Reckwitz (2018) diagnostiziert, quer durch die Mittelschicht, was Koppetsch u.a. an der Verteilung der Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien anhand der Sinus-Milieus (Verkamp/Wegschaider 2017: 15) zu belegen versucht (Koppetsch 2019: 104f). Ein nur auf sozioökonomische Aspekte bezogener Begriff von Modernisierungsverlierer*innen greift zu kurz, um die Milieus zu beschreiben, die der Globalisierung und den damit einhergehenden Wandlungsprozessen skeptisch gegenüberstehen, bzw. deren negativen Folgen zu spüren bekommen. In einer Übertragung des Sozialraumkonzepts von Pierre Bourdieu (1985) betont Koppetsch die Folgeerscheinungen von kulturellen Abwertungs- und Destinktionsprozessen (Entwertung von traditionellen Rollen- und Wertemustern sowie des bürgerlichen Bildungsideals etc.), die zu sozialen Schließungsprozessen führen (Koppetsch 2019: 57f; Reckwitz 2018: 350ff.). Diese Melange von ökonomischen und kulturellen Modernisierungsverlierer*innen bildet den Gegenpol zu den gut situierten, postmaterialistisch orientierten Akademiker*innenmilieus der oberen Mittelschicht. Diese als gesellschaftliche Pole zu be-

39 Diese wie auch andere Publikationen von Koppetsch sind aufgrund von Plagiatsvorwürfen, die mittlerweile durch ein Gutachten der TU Darmstadt detailliert nachgewiesen wurden (Pressemitteilung der TU Darmstadt 2020; Süddeutsche Zeitung vom 13.08.2002), berechtigterweise in der Kritik. Die beanstandete Form des Zitierens und Verwendens von Begriffen und Gedanken anderer Autor*innen ohne diese kenntlich zu machen, ist mit den wissenschaftlichen und ethischen Standards nicht vereinbar. Aus kritischer Distanz wurden jedoch von Koppetsch pointiert dargestellte Ursachenzuschreibungen und Synthesen als Anregungen für die Analyse und Seminardiskussion bzw. in die Beiträge aufgenommen.

40 Am 22. Juli 2019, lange vor den Plagiatsvorwürfen, setzte im SozBlog eine intensive, kritische Diskussion des Buches von Koppetsch in sechs Teilen ein: <http://blog.sozioogie.de/2019/07/alter-wein-in-anregender-mischung-cornelia-koppetschs-gesellschaft-des-zorns-im-kontext> (zuletzt abgerufen am 06.07.2020; siehe auch Biskamp 2019).

41 Armin Nassehi hält trotz der unverzeihlichen Fehler beim Zitieren und der Übernahme nicht gekennzeichnete Ideen und Passagen von anderen Autor*innen das Buch nach wie vor für ein großes Werk (Becker 2019). Gustav Seibt stellt in einem Kommentar zu dem Abschlussbericht der TU Darmstadt heraus, dass es an den Plagiatsvorwürfen „nichts zu deuteln“ gäbe. „Vor allem die Dichte der Verfehlungen (...) lassen das Verdikt zwingend erscheinen. Trotzdem vermisst man bei der Strenge des Darmstädter Verdikts eine Binnendifferenzierung dessen, was ‚wissenschaftliche Praxis‘ ist. Diese sieht bei empirischer Einzelforschung (...) anders aus als bei einer durchargumentierten, weiträumigen Theorie oder auch einer erzählerischen Synthese. Richtig zitiert werden muss immer. Aber die Eigenständigkeit einer Leistung kann auch im Zusammenfügen eines neuen Bildes bestehen.“ (Seibt 2020: o. S.)

42 „Alle schauten auf dieses Buch. Alle schwärmten, alle jubelten. ‚Kaum jemand erklärt die Umbrüche unserer Zeit so glänzend wie die Soziologin Cornelia Koppetsch‘, schrieb ‚DIE ZEIT‘. ‚Ein großer Wurf‘, urteilte die ‚Frankfurter Allgemeine‘. ‚Die soziologisch bislang tiefgründigste Auseinandersetzung‘ mit dem Rechtspopulismus, befand die Onlineseite der ‚Welt‘.“ (Becker 2019; siehe auch Rezension von Kohlstruck 2020)

trachtenden Milieus von Modernisierungsverlierer*innen und -gewinner*innen werden auch als polarisierender Konflikt zwischen *Kommunitaristen und Kosmopoliten* beschrieben (Merkel 2018: 301). Für die weitere Analyse von Konzepten der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung war es wichtig, von einem an Max Weber angelehnten Begriff der verstehenden Soziologie auszugehen, auch um moralische und politische Abwehrhaltungen zu reflektieren, die ein analytisches Verstehen der Attraktivität rechtspopulistischer Politik- und Erklärungsangebote behindern können. Hierbei war u.a. die methodische Herangehensweise von Koppetsch hilfreich. Ihre *theoriegeleitete Empathie* ist durch eine

„gesellschaftliche Betroffenheit geleitet, da dem Aufstieg der neuen Rechtsparteien (...) spezifische Veränderungen innerhalb der Gesellschaft im Ganzen vorausgegangen sind, die in meiner [gemeint ist Koppetsch; LvB] und unserer Zuständigkeit liegen. Sozialwissenschaftliche Beobachter können dabei allerdings keinen gleichsam göttlichen Standpunkt für sich reklamieren. Die methodologische Herausforderung besteht vielmehr darin, ein Konfliktgeschehen zu untersuchen, bei dem die Untersucher wissenschaftliche Objektivität beanspruchen, aber gleichzeitig unweigerlich selbst – buchstäblich – Partei ergreifen, da sie als (mehr oder weniger etablierte) Akademiker einer spezifischen Sozialklasse angehören und als (zumeist links oder liberal eingestellte) Sozialwissenschaftler in weltanschaulicher Opposition zu den Positionen der AfD oder anderer Rechtsparteien stehen.“ (Koppetsch 2019: 31)

Vielmehr will Koppetsch zu einer „Selbst-Distanzierung“ sozialwissenschaftlicher Diskurse animieren, indem *„deren Standpunkte auf gesellschaftliche Standorte, d.h. auf soziale Lagen innerhalb des (sich zunehmend global erweiternden) Sozialraums“* bezogen werden (Koppetsch 2019: 31).

Auf der Grundlage dieser methodischen Herangehensweise und einer fundierten sozialwissenschaftlichen Ursachenanalyse wurden nun verschiedene Konzepte und theoretische Ansätze der Sozialen Arbeit, der politischen Bildung und der Demokratiebildung von den Teilnehmer*innen des Seminars eingehend untersucht und beschrieben. Die hier vorgestellten vier Beiträge von Master-Studierenden wurden kontinuierlich über das Seminar betreut und auch durch öffentliche im Seminarkontext integrierte Vorträge (Diehl 2019; Birsal 2020) sowie Impulse aus der Praxis angeregt.⁴³ Sämtliche Texte der beteiligten Studierenden wurden in einer abschließenden Blockveranstaltung von den Autor*innen vorgestellt und intensiv mit allen Seminarteilnehmer*innen diskutiert.

Ausgehend von den Fragen „Ist der Rechtspopulismus überhaupt ein Gegenstand der Sozialen Arbeit? Wozu soll sich die Soziale Arbeit mit diesem Thema beschäftigen?“ wurde in den einzelnen Studien der Fokus auf die besonderen Gegebenheiten und Herausforderungen des jeweiligen Feldes bzw. Theorieansatzes gelegt.⁴⁴ Es ging dabei nicht darum, zu einer eindeutigen Antwort der o.g. Fragen zu kommen, sondern vielmehr die Ambivalenzen, Widersprüche und Paradoxien in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sichtbar zu machen. Nicht die Findung eines Königswegs der Bearbeitung des Rechtspopulismus war das Ziel, sondern in Suchbewegungen sollten ausgewählte Konzepte in ihren Möglichkeiten und Grenzen beleuchtet werden. Dabei ging es gleichzeitig darum, eigene subjektive Wertungen in den Blick zu nehmen sowie blinde Flecken, bzw. zu Mainstream geronnene Auffassungen in der Sozialen Arbeit und in der politischen Diskussion kritisch zu hinterfragen.

Alle hier vier vorgestellten Autor*innen gehen dabei von für sie wichtigen Aspekten des Rechtspopulismus und deren Bedeutung für ihr zu analysierendes Konzept bzw. Feld aus. Etwaige partielle inhaltliche Überschneidungen in der Beschreibung des Rechtspopulismus werden zugunsten der eigenständigen Kompositionen in Kauf genommen. Den Auftakt bildet ein Beitrag von *Julia Cordes* zum Bewältigungsparadigma von Lothar Böhnisch. Cordes stellt sich die Frage, wie der Rechtspopulismus mit dem Bewältigungsparadigma von Böhnisch theoretisch erklärt werden kann und welche Bewältigungsformen sich auf den Rechtspopulismus anwenden lassen. Im Anschluss daran zeigt *Daniel Telkmann*, wie mit dem Resonanzansatz von Hartmut Rosa als einer Form

⁴³ Dazu gehörten u.a. ein Input zum „Rechtspopulismus in der Gemeinwesenarbeit (GWA)“ von Jörn Hermening (Ortsamtsleiter Hemelingen) am 24.10.2019 sowie ein Beitrag vom Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Bremen, Dr. Thomas Köcher, zur „Politischen Bildung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus“ am 12.12.2019.

⁴⁴ Zu den grundsätzlichen Herausforderungen und Schwierigkeiten der Bearbeitung des Rechtspopulismus und dabei zu beobachtender „Fallstricke“ siehe auch den Beitrag von Lynen von Berg (2021: 15ff.) im ersten Teil des Bandes.

demokratischer Beteiligung und frühkindlicher Demokratiebildung dem Rechtspopulismus präventiv begegnet werden kann. *Eike Bösing* widmet sich dem Feld der politischen Bildung und analysiert exemplarisch drei Konzepte, die sich argumentativ mit dem Rechtspopulismus auseinandersetzen und prüft deren Übertragbarkeit auf die Soziale Arbeit. *Ramona Horling* geht abschließend auf das Konzept des Case Managements (CM) ein und stellt sich die Frage, ob und wie innerhalb des CM mit seinen Aufträgen und komplexen Beratungserfordernissen der Rechtspopulismus thematisiert werden kann bzw. soll.

Literatur

Becker, Tobias (2019): Plagiatsvorwürfe gegen Cornelia Koppetsch. Aufstieg und Fall einer Bestsellerautorin. In: „Spiegel-Online“ vom 06.12.2019. Unter: <https://www.spiegel.de/kultur/cornelia-koppetsch-und-plagiatsvorwurfe-aufstieg-und-fall-einer-bestsellerautorin-a-00000000-0002-0001-0000-000167380481> (zuletzt abgerufen am 07.07.2020).

von Beyme, Klaus (2018): Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie? Wiesbaden: Springer VS.

Birsl, Ursula (2020): Polarisierende Gesellschaft zwischen Liberalisierung und Regression. Vortrag im Rahmen der an der Hochschule Bremen veranstalteten Vortragsreihe „Rechtspopulismus und Krise des Politischen“. Bremen, Haus der Wissenschaft am 23.01.2020.

Biskamp, Floris (2019): Alter Wein in anregender Mischung: Cornelia Koppetschs „Gesellschaft des Zorns“ im Kontext. Teil I. In: Archiv SozBlog (Blog der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, DGS). Unter: <http://blog.sozio-logie.de/2019/07/alter-wein-in-anregender-mischung-cornelia-koppetschs-gesellschaft-des-zorns-im-kontext/> (zuletzt abgerufen am 06.07.2020).

Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und Klassen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Crouch, Colin (2017): Postdemokratie (13. Auflage). Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Decker, Frank (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: PVS 59. Jg., 2/2018, S. 253-370.

Diehl, Paula (2019): „Normalisierung anti-demokratischer Ideen durch den Rechtspopulismus?“ Vortrag im Rahmen der an der Hochschule Bremen veranstalteten Vortragsreihe „Rechtspopulismus und Krise des Politischen“. Bremen, Haus der Wissenschaft am 28.10.2019.

Haslam, Nick (2016): Concept Creep: Psychology's Expanding Concepts of Harm and Pathology. In: Psychological Inquiry, 27, p. 1-17.

Jörke, Dirk/Selk, Veith (2015): Der hilflose Antipopulismus. In: Leviathan 43. Jg., 4/2015, S. 484-500.

Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus. Zur Einführung. Hamburg: Junfermann Verlag.

Kohlstruck, Michael (2008): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Graduelle oder qualitative Unterschiede? In: Faber, Richard/Unger, Frank (Hrsg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 211-228.

Kohlstruck, Michael (2020): Rezension von Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld 2019. In: ZFG 68. Jg., 7-8/2019, S. 686-688.

Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transkript Verlag.

Kriesi, Hanspeter (2010): „Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage based on Values“. In: West European Politics, 33, p. 673-685.

Lynen von Berg, Heinz (2019): Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus. In: Leviathan 47. Jg., 1/2019, S. 7-27.

Lynen von Berg, Heinz (2021): Rechtspopulismus – eine kritische Betrachtung moralisierender Bearbeitungsweisen. In: Lynen von Berg, Heinz (Hrsg.): Rechtspopulismus – eine Herausforderung für Demokratie und Soziale Arbeit? Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit. Band 2. Hochschule Bremen, S. 11-27.

Merkel, Wolfgang (2016): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: APuZ 66. Jg., 40-42/2016, S. 4-11.

Merkel, Wolfgang (2018): »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt«. In: Bröning, Michael/Mohr, Christoph P. (Hrsg.): Flucht, Migration und die Linke in Europa. Bonn: Dietz, S. 299-313.

Minkenberg, Michael (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: PVS 59. Jg., 2/2018, S. 337-352.

Mouffe, Chantal (2017): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. 7. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Mudde, Cas (2017): "Populism. An Ideational Approach". The Oxford Handbook of Populism. (Hrsg.): Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. Oxford University Press, p. 27-47.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Populismusbarometer (2018): Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018 (Autoren: Robert Vehrkamp & Wolfgang Merkel), herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Pressemitteilung der TU Darmstadt (2020): Pressemitteilung /Medieninformation der TU Darmstadt vom 11.08.2020: Gegen gute wissenschaftliche Praxis verstoßen. Untersuchungskommission der TU legt Abschlussbericht im Fall einer Soziologie-Professorin vor. Unter: https://www.tu-darmstadt.de/universitaet/aktuelles_meldungen/archiv_2/2020/2020quartal3/news_archiv_de_269184.de.jsp (zuletzt abgerufen am 20.09.2020).

Priester, Karin (2011): Definitionen und Typologien des Populismus. In: Soziale Welt 62. Jg., 2/2011, S. 185-198.

Priester, Karin (2017): Das Syndrom des Populismus. In: Dossier Rechtspopulismus der Bundeszentrale für politische Bildung. Unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240833/das-syndrom-des-populismus> (zuletzt abgerufen am 07.07.2020).

Reckwitz, Andreas (2018): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. 6. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

Satori, Giovanni (1970): Concept Misformation in Comparative Politics. In: American Political Science Review 64. Jg., 4/1970, p. 1033-1053.

Seibt, Gustav (2020): Der Fall Koppetsch. Verstehende Soziologie. In: Süddeutsche Zeitung vom 14./15./16.08.2020.

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt/Main: Campus.

Vehrkamp, Robert/Wegschaidt, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus in der Bundestagswahl 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Das Bewältigungsparadigma von Lothar Böhnisch als theoretischer Bezug in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus

Julia Cordes

1 Einleitung

Das Konzept der Lebensbewältigung wurde von Lothar Böhnisch in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelt und seitdem in einem Prozess stetiger Weiterentwicklung auf unterschiedliche Bereiche in sozialwissenschaftlichen, sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Kontexten angewandt. Das Konzept wurde so zu einem „zeitlosen“ Theorieansatz der Sozialen Arbeit (Böhnisch 2019: 9). Gerade im 21. Jahrhundert sind Lebensführung und Lebensbewältigung aufgrund der sich rasant verändernden Lebens- und Umweltbedingungen (durch Globalisierung, Digitalisierung, prekäre Arbeitsbedingungen, Individualisierungsprozesse, Klimawandel etc.) hochaktuelle Themen, die die Menschen vor schwierige Herausforderungen stellen (Engelke et al. 2018: 437ff.).

Lebensbewältigung nach Böhnisch definiert sich als das Streben nach und die Wiedererlangung von individueller Handlungsfähigkeit des Subjekts in kritischen Lebenskonstellationen, in denen die psychosoziale Balance bedroht oder bereits verloren gegangen ist (Böhnisch 1985: 78). Kann diese Balance nicht gewahrt werden, fühlt sich der Mensch seiner subjektiven Handlungsfähigkeit beraubt. Dies kann dann zum Verlust des positiven Selbstwertgefühls, der Selbstwirksamkeit und/oder der sozialen Anerkennung des*der Einzelnen führen. Um diese tiefenpsychologisch eingelagerte Erfahrung des Selbstwertverlustes und die Erfahrung der sozialen Orientierungslosigkeit zu kompensieren, sucht das Individuum nach Formen sozialer Integration, um sein Bewältigungshandeln wieder zu normalisieren (Böhnisch/Schröer 2012: 201).

Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus stellt sich die folgende Frage: Ob und in welcher Form stellt der seit einigen Jahren in Teilen der Bevölkerung zu verzeichnende Rechtspopulismus eine Form von Bewältigungshandeln dar, um mit den oben genannten Veränderungen umzugehen, bzw. persönliche und gesellschaftliche Krisen zu bewältigen?

2 Bewältigungskulturen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels

Durch Globalisierung und technischen Fortschritt verändern sich auch die individuellen Lebensumstände der Menschen in den Nationalstaaten (beginnend mit der Industrialisierung) auf drastische Weise. Die Menschen sind den Modernisierungsprozessen der heutigen Lebens- und Arbeitswelt ausgesetzt; traditionelle Rollenvorgaben und Normvorstellungen, die bisher Halt und Handlungssicherheit gaben, verlieren an Bedeutung. Dies geht einher mit der Verwässerung bisher gültiger, humanistischer Werte, fortschreitenden Individualisierungsprozessen, rationalisierteren und flexibleren Arbeitsrhythmen sowie einer erhöhten Mobilität (Engelke 2018: 467). Je komplexer und undurchsichtiger die Vernetzungen des globalen Welthandels mit all seinen Folgen werden, desto mehr häufen sich auch kritische Standpunkte und Unmut innerhalb der Bevölkerung. Die Bürger*innen lassen sich hier grob zwei Lagern zuordnen, die jeweils für einen unterschiedlichen Umgang mit den aktuellen Entwicklungen stehen. So gibt es – idealtypisch formuliert – das Lager der Progressiven, die an den Fortschritt und die Verbesserung der Lebensumstände für die Menschheit durch das Zusammenwachsen im Allgemeinen glauben; vorausgesetzt die Politik ist in der Lage, die Gefährdung der Stabilität durch ein ausgeklügeltes Krisenmanagement zu wahren. In dem anderen Lager sammeln sich diejenigen, die den rasanten Entwicklungen skeptisch gegenüberstehen. Sie erleben die Globalisierung als Schock, als Verlust von Kontrolle und wünschen sich die althergebrachte Gesellschaftsordnung zurück (Koppetsch 2019: 9). Dabei handelt es sich keineswegs „nur“ um ökonomische Verlierer*innen der Globalisierung, sondern auch um kulturelle Verlierer*in-

nen, die mit den kulturellen Öffnungen und den sich wandelnden Werten und Rollenmustern nur schwer oder gar nicht zurechtkommen. Ihr Idealbild einer Gesellschaftsordnung ist das einer geschlossenen Gesellschaft, die auf traditionellen Wertvorstellungen beruht, im Gegensatz zur hegemonialen Gesellschaftsordnung des Neoliberalismus mit seinen Werten wie Vielfalt, Freiheit und Gleichheit aller Menschen (Koppetsch 2019: 101).

Beide Formen des Umgangs mit dem gesellschaftlichen Wandel und der Erneuerung von Strukturen sind nach Böhnisch als Bewältigungsmuster einzuordnen. Der Mensch steht demnach immer unter dem gesellschaftlichen Druck des Bewältigungszwangs, eingebettet in seinen sozioökonomischen Hintergrund, was Böhnisch mit dem Begriff der Lebenslage beschreibt. Aus diesem heraus strebt er nach subjektiver Handlungsfähigkeit. Das Individuum erfährt also – auch in den Kleinsteinheiten seines heimischen Milieus/Kosmos – durch die jeweiligen gesellschaftspolitischen Veränderungen seiner Ära eine Entgrenzung aus bisherigen Kontexten. Es ist durch diese Entwicklungen mit unbekanntem, nicht durch Traditionen erklärbar Bewältigungsaufgaben konfrontiert und strebt danach, seine subjektive Handlungsfähigkeit innerhalb dieser aufrecht zu erhalten bzw. wiederzuerlangen zu können (Böhnisch 2016: 18).

Die Menschen sind nun zwar freigesetzt, jedoch fehlen ihnen unter Umständen die Ressourcen, Möglichkeiten und sozialen Bedingungen, was Böhnisch unter dem Begriff „Lebenslage“ subsumiert, diese Freiheit nach ihren individuellen Interessen und Wünschen zu gestalten (Böhnisch 2016: 22, 29f). Nach Koppetsch (2019) sind es gerade diese Menschen, die sich zum rechtspopulistischen Gedankengut hingezogen fühlen und mit Akteur*innen aus dem rechtspopulistischen Spektrum sympathisieren.

Die folgende Ausarbeitung möchte sich mit dieser Zielgruppe auseinandersetzen. In diesem Kontext werden nach Böhnisch drei Arten von Handlungsfähigkeit des Individuums unterschieden: die regressive, die einfache und die erweiterte Handlungsfähigkeit (Böhnisch/Schröer 2013: 27). Welche der drei Arten von Handlungsfähigkeit den „Traditionalist*innen“ im Umgang mit den Bewältigungsanforderungen der Globalisierung zugeschrieben werden kann, soll dabei ausführlich beleuchtet werden.

3 Die Bewältigungsfallen – kann Rechtspopulismus eine Bewältigungsstrategie sein?

Die gesellschaftliche Bewältigungsaufforderung, die sozial-kulturell-ökonomische Bewältigungslage und der Ansatz der Lebensbewältigung sind eng miteinander verknüpft. Sie bilden ein Bezugsdreieck, in dessen Mitte das Individuum mit seinem Bestreben nach biographischer Handlungsfähigkeit steht. Die Bewältigungslage kann Ermöglichungs- oder Verwehrungschancen für den einzelnen Menschen beinhalten. Daher benennt Böhnisch in diesem Zusammenhang verschiedene Bewältigungsfallen, in die die freigesetzten Individuen „tappen“ können (Böhnisch/Schröer 2012: 201). Böhnisch bezieht sich hier insbesondere auf die Lebensphase Jugend. Die vorliegende Ausarbeitung möchte dieses Anwendungsgebiet jedoch ausweiten und auf das von Koppetsch identifizierte Klientel der Rechtspopulist*innen beziehen. Im Folgenden werden allerdings nicht alle Bewältigungsfallen nach Böhnisch thematisiert, sondern exemplarisch drei Bewältigungsfallen, die für diese Klientel vornehmlich gefährlich erscheinen.

3.1 Die Männlichkeitsfalle

Betrachtet man die Wählerschaft der AfD unter dem Aspekt der Geschlechterzugehörigkeit, so fällt auf, dass bei der Bundestagswahl 2017 (Funk 2018), der Europawahl 2019 (Rößne/Tannenber 2019) und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern in 2019 (Rose 2019; Ehmann et al. 2019) jeweils ca. 10% mehr Männer die AfD wählten als Frauen. Mit der Männlichkeitsfalle nach Böhnisch lässt sich dies folgendermaßen erklären.

Der im 19. Jahrhundert einsetzende Industriekapitalismus sorgte für die allerersten kleinen Schritte in Richtung Auflösung der vorindustriellen Sozialordnung und damit auch der traditionellen Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau. Frauen mussten nun beispielweise auch in die Fabrik zur Arbeit gehen, um den Lebensunterhalt der Familie mit zu sichern. Dies hatte die sukzessive Freisetzung des Mannes aus den – rein aufgrund seines Geschlechts begründeten – Konventionen zur Folge und stellte ihn so vor neue Bewältigungsaufforderungen (Böhnisch 2003: 56f). Diese wurden im Laufe der folgenden 200 Jahren kontinuierlich immer komplexer und ausdifferenzierter und führten zu einer Infragestellung der männlichen Hegemonialkultur. Männer mussten sich sowohl gedanklich wie auch in ihrem Handeln von der Selbstverständlichkeit der hierarchi-

schen Geschlechterverhältnisse verabschieden. Heute manifestieren sich diese Bewältigungsaufforderungen im Streben nach und der praktischen Umsetzung der Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann sowie im Gender-Mainstreaming. Die Aufhebung der klassischen Rollenverteilung, die gleichberechtigte Aufteilung der im Alltag anfallenden Arbeiten, das Streben von Frauen, ihre berufliche Karriere- und ihre private Lebensplanung selbstbewusst zu verfolgen, überfordert etliche Männer in einem enormen Ausmaß und lässt sie an dieser gesellschaftlichen Bewältigungsaufforderung scheitern (Böhnisch 2003: 39ff.).

Die AfD als eine rechtspopulistische Akteurin knüpft mit ihrem parteipolitischen Programm an diesem Punkt an, indem sie die traditionelle Familie zum Leitbild erklärt; die Frau ist primär für die Kindererziehung, den Haushalt und die Familie zuständig, während der Mann weiterhin als (alleiniger) Versorger der Familie fungiert (AfD 2019: 84f). Diese traditionellen Werte sind – auch wenn Böhnisch den Beginn der Freisetzung des Mannes bereits auf den Anfang des 19. Jahrhunderts datiert – bis heute trotzdem noch in großen Teilen unserer Gesellschaft verbreitet und besonders in der Generation der Babyboomer und in traditionalistischen Wertemilieus verankert (Böhnisch 2003: 40ff.). Die Männer, die dieser Männlichkeitsfalle erliegen, sind nach Böhnischs Bewältigungsparadigma entweder aufgrund der modernen gesellschaftlichen Bewältigungsaufforderung in ihrem Streben nach Handlungsfähigkeit gescheitert oder weil sie ihre verinnerlichten und gelebten Werte in ihrer Existenzberechtigung bedroht sehen (Böhnisch 2003: 39ff.).

Ein wichtiges Ziel rechtspopulistischer Parteien ist gerade die Verhinderung dieses so bezeichneten Werteverfalls. Als Gegenbewegung zu den durch die 68er Generation initiierten gesellschaftlichen Öffnungsprozessen wollen sie das Individuum wieder in traditionelle Strukturen einbinden. Vergemeinschaftung und nicht Individualisierung, die Betonung des Kollektivs und nicht der subjektiven persönlichen Bedürfnisse, die Wiederherstellung und Festigung von althergebrachten Wertvorstellungen anstelle einer Pluralisierung und dem Nebeneinanderexistieren unterschiedlicher Werte sind aus Sicht der AfD und rechtspopulistischer Ideengeber*innen höhere Zielsetzungen (Koppetsch 2019: 46f). Es ist daher nach Böhnisch durchaus nachvollziehbar, wenn durch die Hinwendung zu Parteien mit einem solchen Geschlechter- und Gesellschaftsbild die – durch die Männer nicht bestreitbare – gesellschaftliche Bewältigungsaufforderung kompensiert werden soll, um so die subjektive Handlungsfähigkeit des Mannes wiederherzustellen.

3.2 Die Segregationsfalle

In der Stadtsoziologie bezeichnet der Begriff „dritte Stadt“ marginalisierte Viertel, die nur noch als Sektor der sozialen Lädierung und Delinquenz – und damit als zu kontrollierende und zu befriedende Zonen – wahrgenommen werden. Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten werden den dort lebenden Menschen nicht zugebilligt. Diese stadtpolitische Perspektive hat zur Folge, dass sich nach außen abgekapselte, regressive Milieus bilden, die sich nach innen aggressiv verdichten. Von diesen sozialräumlichen Entwicklungen sind insbesondere Gruppen von jungen, männlichen Erwachsenen in prekären Übergangslagen betroffen. Ihre Lebenslage verwehrt ihnen die Möglichkeit im Rahmen der gesellschaftlichen Normen, selbstwirksam gestaltender Teil ihres sozialen Umfelds zu sein. Dieser Druck führt dazu, dass sie ihre Ermöglichungsperspektiven antisozial abspalten (Böhnisch/Schröder 2012: 204).

Übertragen auf die Analyse von Koppetsch lassen sich hier zwei verschiedene Anwendungsgebiete aufzeigen: Zum einen die tatsächlich abgehängten, sozial benachteiligten Viertel, die sich in jeder Großstadt finden lassen. In diesen strukturell benachteiligten Sozialräumen findet sich vorwiegend das prekäre Milieu und somit auch die sozial schwächeren Bürger*innen „deutscher Abstammung“. Den Zuzug von Migrant*innen bekommt diese Bevölkerungsgruppe am deutlichsten zu spüren. Für Menschen in der Segregationsfalle geht es also nicht oder nicht primär um kulturelle Geltungsansprüche (im Gegensatz zu den Männern in der Männlichkeitsfalle), sondern um reale Verteilungskonflikte zwischen Autochthonen und neu hinzugekommenen Migrant*innen. Die gemeinsame soziale Lebenslage unter den prekären Bedingungen stellt eine reale Wettbewerbssituation unter den Bewohner*innen dieser Stadtteile dar. Konkuriert wird beispielsweise um günstige Wohnungen, Jobs, gesellschaftliche Anerkennung, Beziehungspartner*innen oder materielle Güter. Die mögliche Bevorzugung der Zugewanderten, der „Nicht-Alteingesessenen“ verstärkt das Gefühl der Benachteiligung der „Zuerst-Dagewesenen“ (Koppetsch 2019: 140f). Die Suche nach sozialer Anerkennung und einem befriedigenden Selbstwertgefühl stellen nach Böhnisch in diesem Kontext eine bedenkliche Bewältigungsstrategie dar. Um Deprivationsgefühle einzubetten und zu normalisieren, kann es zu antisozialen Abspaltungen der Betroffenen kommen. Dies

kann sich u.a. in der als Tatsache empfundenen Behauptung ausdrücken, dass geflüchtete Menschen vom Staat bevorzugt würden oder dass sie grundsätzlich kriminell seien. Da diese Einstellungen und Denkweisen durch andere Autochthone in ähnlichen Lebenslagen geteilt werden, kann das einzelne Individuum seine Kongruenz in der Lebensbewältigung und damit seine subjektive Handlungsfähigkeit wiederherstellen.

Weiterhin lässt sich die Segregationsfalle nicht nur auf einzelne Städte, sondern auch auf regionale Unterschiede in einer gesamtdeutschen Perspektive anwenden. Gewisse Gebiete, insbesondere in den neuen Bundesländern, stellen marginalisierte, abgehängte bzw. sich abgehängtühlende Regionen dar, in denen sich ähnliche Prozesse wie in den oben beschriebenen Stadtteilen abspielen.

3.3 Die Medienfalle

Digitale Medien sind seit dem Web 2.0 und dem „Siegeszug“ des Smartphones zu einem eigenständigen Lebensraum vieler Menschen geworden (Kollmann 2018: 19ff.). Insbesondere bei Jugendlichen werden die negativen Auswirkungen von Social Media, Internet- und Konsolenspielen etc. in besonderer Weise diagnostiziert (Krämer et al. 2017: 53ff.). Digitale Medien begünstigen eine Fülle von Projektionen und Abspaltungsreizen, da sich die Nutzer*innen in Interaktion mit anderen eine eigene soziale Wirklichkeit erschaffen, auch wenn es sich ‚nur‘ um eine virtuelle Parallelwelt handelt. In diesen virtuellen Räumen wird nach Anerkennung, Bestätigung und Selbstwirksamkeit gesucht, nach Böhnisch eine Form der Bewältigungsstrategie (Böhnisch 2019: 80). Dabei ist das Internet für beiderlei Geschlecht gleichermaßen attraktiv. Die medial praktizierten Selbstdarstellungen und Kommunikationsstrukturen gliedern sich sukzessive in die alltäglichen, realen Lebenserfahrungen ein. Die virtuelle Öffentlichkeit ist sozial real aber dennoch nicht verbindlich. Das Individuum erhält Selbstbestätigung und Anerkennung, es werden neue Netzwerke aufgebaut und zusätzliche Unterstützungsressourcen gewonnen. Diese Verstärkung kann sich in positive sowie in negative Richtungen entwickeln (Böhnisch 2019: 81).

Rechtspopulistische Akteur*innen nutzen diesen Kommunikations- und Spielraum für ihre politischen Strategien. Sie mobilisieren die Ängste vieler Menschen vor einer nebulösen, nicht exakt definierbaren Bedrohung, die Koppetsch von dem Gefühl der Furcht abgrenzt, das sich in einer konkreten, greifbaren Gefahr gegenüber den Menschen zeigt (Koppetsch 2019: 49). Diese Ängste, die immer auch in Zusammenhang mit gefühlten hoffnungslosen Zukunftsperspektiven zu sehen sind, können allerdings nur entstehen, wenn verschiedene, die grundsätzliche Ordnung bedrohende Faktoren zusammenkommen. Koppetsch spricht hier insbesondere drei Faktoren an:

- Die systematische, ökonomische Herabsetzung großer Bevölkerungsteile in ihrem Lebensstandard;
- Das Zweifeln an der Daseinsberechtigung der aktuellen gesellschaftlichen Ordnung und das Misstrauen gegenüber dieser, konkret gegenüber dem Neoliberalismus;
- Krisengeschehnisse, die die etablierten Strukturen bedrohen, wie beispielsweise Kriege und die damit verbundene Bedrohung durch Terroranschläge, den Klimawandel, die Immobilienblase und die damit einhergehende Finanzkrise im vergangenen Jahrzehnt oder der verstärkte Zuzug von Menschen aus anderen Weltteilen (Koppetsch 2019: 42).

An diese Punkte knüpfen Parteien wie die AfD an und versuchen die oben genannten Ängste und Unsicherheiten medial aufzubauschen.

Bilder dienen in geeigneter Weise als Projektionsfläche für Ängste und können als ansprechende Mobilisierungsressource digital aufbereitet werden. Die technischen Möglichkeiten erlauben es, dass selbst „einfache“ PC-Nutzer*innen neue Realitäten erzeugen können. Solche bildlichen Inszenierungen können manipulativ geschickt so eingesetzt werden, dass sie bei den Rezipient*innen zu Abspaltungszwängen⁴⁵ führen können (Böhnisch 2019: 83f). Als ein Beispiel können die Bilder der sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln von 2015 dienen. Indem das Individuum die aufgefangenen Inszenierungen und Deutungsangebote der populistischen Akteur*innen interpretieren und für sich in ein „normalisierendes“ Alltagsverständnis einordnen kann, erlangt es seine subjektive Handlungsfähigkeit zurück. Durch die Kommunikation mit weiteren User*innen erfährt es Selbstwirksamkeit und erhält die soziale Anerkennung, die ihm andernorts verwehrt wird. Durch die virtuelle

⁴⁵ Abspaltungen können als (dranghafter) psychischer Vorgang beschrieben werden, die individuelle Not und Beklommenheit des Individuums aufgrund von nicht zu bewältigenden Bewältigungsaufforderungen in Formen von aggressivem oder autoaggressivem Verhalten abzuspalten, um die subjektive Handlungsfähigkeit wiederherstellen zu können (Böhnisch/Schröer 2013: 28).

Kommunikation und die Erfahrung, mit anderen die gleiche Wahrnehmung und Deutung zu teilen, gelingt ein erfolgreiches Bewältigungshandeln. So können auch zunächst abschreckende Bilder eine integrierende oder harmonisierende Wirkung haben, denn das Individuum muss sich nicht in einem „realen“ Raum mit den Fakten und deren Deutungen auseinandersetzen. Die User*innen schotten sich in der von Algorithmen vorgegebenen Blase ab. Verstörende und nicht ins Deutungsschema passende Ereignisse können so leicht modifiziert werden, sodass sie nicht in innere Konflikte umschlagen, sondern in externalisierender Weise aufgelöst werden (Böhnisch 2019: 83f).

Durch die digitalen Medien „ist eine Bewältigungskultur entstanden, die auch soziale Projektionen und Abspaltungen zur Eventkultur werden (...) lässt“ (Böhnisch 2019: 84) und diese für die User*innen als normal erscheinen (Böhnisch 2019: 83f). Daran wird eine bedenkliche Tendenz sichtbar, da gerade in Bezug auf das Entgrenzt- und Freigesetzt-Sein des Individuums im Neoliberalismus digitale Medien heutzutage massiv an der Identitätsbildung beteiligt sind (Böhnisch 2019: 83). Die in diesem Kapitel beschriebenen, auch in Sozialen Netzwerken anzutreffenden, Gruppierungen werden von Koppetsch in Anlehnung an Andreas Reckwitz (2017: 261ff.) auch als (digitale) „Neogemeinschaften“ beschrieben, auf welche im nächsten Kapitel genauer eingegangen wird (Koppetsch 2019: 162ff.).

4 Ist der Rechtspopulismus eine gruppenspezifische Bewältigungskultur?

Böhnisch beschreibt das Konzept der Lebensbewältigung als ein Drei-Ebenen-Modell, bestehend aus der personal-psychodynamischen Zone des Bewältigungsverhaltens, der relational-intermediären Zone der Bewältigungskulturen und der sozialstrukturell-sozialpolitischen Zone (Böhnisch 2018: 319). Der Frage, ob es sich beim Rechtspopulismus um ein gruppenspezifisches Bewältigungsphänomen handelt, soll in diesem Kapitel nachgegangen werden. Dazu wird zunächst die relational-intermediäre Zone der Bewältigungskulturen genauer betrachtet.

Im Fokus der relational-intermediären Zone stehen die Bewältigungskulturen. Das bedeutet, dass die sozialen Beziehungen und die Lebensräume des Individuums einen starken Einfluss auf ihr Bewältigungsverhalten haben und von diesen geprägt sind. Herkunftsfamilie, Peergroup, Schule, Arbeitsplatz, Social Media sowie weitere Personenzusammenhänge, denen sich das Individuum zugehörig fühlt, beeinflussen das persönliche Bewältigungsverhalten eines Menschen und bestimmen, auf welche Art und Weise die subjektive Handlungsfähigkeit kultiviert wird und wie problembelastete Lebensumstände verarbeitet werden können (Böhnisch/Schröer 2013: 31). Böhnisch spricht in diesem Zusammenhang von Milieus, in denen sich soziale Handlungsfähigkeit entwickelt. Die Interdependenzen zwischen der sozialen Umwelt und dem Bewältigungsverhalten des Einzelnen werden durch diesen Zusammenhang deutlich (Böhnisch 1994: 216ff.). Die Strukturen eines Milieus sind „durch intersubjektive Erfahrungen und entsprechende kulturelle Praktiken als Zugänge zu Handlungsformen und ihrer Verstetigung in Gruppen- und ‚Subjektkulturen‘ charakterisiert“ (Böhnisch/Schröer 2013: 31). Übertragen auf die Analysen von Koppetsch (2019: 95ff.) lässt sich der Begriff ausweiten und vom stadträumlichen Milieu auf das geistige Milieu übertragen, dessen verbindendes Element unter den Menschen nicht der geteilte Sozialraum, sondern die geistige Einstellung, die geteilten Werte und Normen sind. Die Autorin stellt die These auf, dass in diesen virtuellen Milieus die geteilten Werthaltungen und Einstellungen – angelehnt an die sozialen Beziehungen und Lebensräume der relational-intermediären Zone nach Böhnisch – ebenfalls einen starken Einfluss auf das Bewältigungsverhalten des Individuums haben und von diesen geprägt sind.

Koppetsch thematisiert die seit geraumer Zeit zu beobachtende Entstehung solcher Kollektive, welche sie als „Neogemeinschaften“⁴⁶ bezeichnet. Diese Neogemeinschaften sorgen beim einzelnen Individuum zum einen für Entlastung und stiften zum anderen auch gegenseitige Solidarisierung und ein Community-feeling, immer vor dem Hintergrund der rechtspopulistischen Ideologie (Koppetsch 2019: 162f). Die gemeinsame Sichtweise des Kollektivs auf soziale Missstände und deren Produzent*innen, welche häufig durch Ressentiments gegenüber diesen Akteur*innen ausgelöst werden, sorgen beim Subjekt dafür, dass Abspaltungstendenzen aufgrund der geteilten Gruppenmeinung wieder eingebettet und normalisiert werden. Die subjektive Handlungsfähigkeit, die durch äußere Umstände als bedroht galt, wird somit wiederhergestellt.

Böhnisch zufolge ist das Bewältigungsverhalten in den unterschiedlichen Milieus habitualisiert, wodurch die gesellschaftlichen Strukturen dieser Milieus als verinnerlichte Denk-, Erwartungs-, und Handlungsstrukturen in den Menschen tief verfestigt sind (Böhnisch 2012: 5). Dies lässt sich auch an den oben beschriebenen Neogemeinschaften beobachten. Einer Gruppe oder Neogemeinschaft, der sich das Individuum zugehörig fühlt, kann eine gruppenspezifische Bewältigungskultur der Abspaltung erzeugen, die alle Gruppenmitglieder übernehmen. Die Gruppe wird zum Werkzeug der Bewältigung: durch die Abspaltung wird die Hilflosigkeit der einzelnen Mitglieder in eine absichtlich betonte Stärke umgewandelt (Böhnisch/Schröder 2013: 34f). Diese gruppenspezifische Bewältigungsstruktur der Abspaltung lässt sich auf die von Koppetsch beschriebenen Neogemeinschaften übertragen (Koppetsch 2019: 151, 156f). Außerdem lässt sich beobachten, dass in marginalisierten Stadtvierteln, in denen die Gefahr der Segregationsfalle besteht, sich sehr schnell gruppenspezifische Bewältigungskulturen bilden. Ein Individuum kann ebenso wie mehrere Individuen in Formen der kollektiven, gruppenspezifischen Bewältigungskultur in eine oder mehrere Bewältigungsfallen geraten (Böhnisch/Schröder, 2012: 198f).

5 Fazit und theoretische Schlussfolgerungen

In der abschließenden Betrachtung lässt sich feststellen, dass die z.T. völkisch gesinnten, migrationsfeindlichen, traditionalistischen bzw. nationalistischen Sicht- und Handlungsweisen von rechtspopulistischen Anhänger*innen als eine Bewältigungsstrategie im Sinne von Böhnisch verstanden werden können. Subjektive Handlungsfähigkeit kann sich also auch in der Identifikation mit abwertenden Ideologien der Ungleichwertigkeit und gar mit der Sympathie für gewaltorientierte Konfliktlösungsmuster entwickeln (Böhnisch/Schröder 2013: 31). Zu klären ist allerdings, welche Formen der Handlungsfähigkeit sich bei diesen Gruppierungen feststellen lassen und wie diese zu differenzieren sind. Böhnisch unterscheidet drei Arten von Handlungsfähigkeit, die regressive, die einfache und die erweiterte Handlungsfähigkeit (Böhnisch/Schröder 2013: 27). Regressive Handlungsfähigkeit bedeutet, dass das Individuum unter einem enormen sozialen Druck steht und die Bewältigungsanforderungen so hoch sind, dass die situative Handlungsfähigkeit nur über antisoziales oder selbstdestruktives Verhalten zu erreichen ist. Einfache Handlungsfähigkeit bedeutet, dass die Orientierung im Alltag der sozialen Norm entspricht, die prioritäre Sicherung der eigenen Existenz steht hier im Mittelpunkt. Die erweiterte Handlungsfähigkeit beinhaltet darüberhinausgehend die Komponente, dass den um Handlungsfähigkeit ringenden Menschen die sozialen Konsequenzen des eigenen Handelns bewusst sind. Diese dritte Form beinhaltet ferner die Fähigkeit zur Empathie, zum Gerechtigkeitsempfinden und damit Sorge- und Konfliktfähigkeit (Böhnisch/Schröder 2013: 27).

Die nicht selten anzutreffende Annahme, dass in rechtspopulistischen Milieus prioritär und überwiegend die regressive Form der Handlungsfähigkeit zu finden sei, lässt sich – beziehend auf Böhnisch und Koppetsch – so nicht bestätigen. Aus diesem Grunde sollen hier die anderen Bewältigungsfallen und -phänomene punktuell aufgegriffen werden. Männer in der Männlichkeitsfalle (Kap. 3.1) sind überfordert mit den durch die Frauenemanzipation artikulierten und durchgesetzten neuen Rollenerwartungen und dem damit einhergehenden kulturellen Wandel. Sie fühlen sich durch diese gesellschaftliche Bewältigungsaufforderung unter Druck gesetzt und an den Rand gedrängt. Häufig sind sie jedoch in bestehende Strukturen noch so gut eingebunden, dass die Sicherung des eigenen Selbstwertes als Mann für sie im Vordergrund steht. Durch das Zurückgreifen auf traditionalistische Werte und konventionelle Lebensentwürfe, wie sie beispielsweise von der AfD vertreten werden, verfügen sie über die Ressourcen, die neuen Herausforderungen zu bewältigen. Dies wird dadurch unterstützt, dass trotz Gender-Mainstreaming die „Naturgegebenheit“ des Patriarchats in vielen Teilen der Gesellschaft immer noch Anklang findet (Cyba 2010: 19). In diesem Falle kann nach Böhnisch grundsätzlich von der einfachen Handlungsfähigkeit ausgegangen werden, wobei Abwärtstendenzen in Richtung der regressiven Handlungsfähigkeit durchaus auch einzubeziehen sind.

Menschen in marginalisierten Stadtvierteln leben häufig in nach außen abgekapselten Milieus (Kap. 3.2), die sich nach innen solidarisieren und aggressiv verdichten können. Der auf den Menschen lastende soziale Druck und die gesellschaftlichen Bewältigungsaufforderungen sind gerade in diesen Lebenslagen enorm hoch. Ihre prekäre Lebenslage verwehrt ihnen die Möglichkeit – unter Einhaltung gesellschaftlicher Normerwartungen – selbstwirksam gestaltender Teil ihres sozialen Umfelds zu sein. Dieser Druck führt dazu, dass sie ihre Ermöglichungsperspektiven antisozial abspalten. Im Rahmen dieser Segregationsfalle ist also die Wahrscheinlichkeit einer regressiven Handlungsfähigkeit unter den Betroffenen sehr hoch.

Als weitere Bewältigungsfalle ist die Medienfalle zu erörtern (Kap. 3.3). Individuen in der Medienfalle haben von „Natur aus“ häufig selbst gar nicht so einen starken Bewältigungsdruck, da sie aber – so die These – durch Betroffenheit auslösende Bilder emotional getriggert, gar manipuliert, werden, wird von „außen“ ein Bewältigungs- und Abspaltungsdruck künstlich erzeugt. Je nachdem wie stark sich das einzelne Individuum beeinflussen lässt und seine Orientierung an gesellschaftlich geteilte Normen fragil wird, kann sich dieses Individuum in der Medienfalle zwischen der regressiven und der einfachen Handlungsfähigkeit bewegen. Die Grenzen sind dabei allerdings fließend und ein stetiger Wechsel zwischen diesen beiden Varianten ist nicht ungewöhnlich. Sicherlich gibt es, um die o.g. These noch einmal aufzugreifen, auch viele Menschen in der Medienfalle, deren Bewältigungsdruck und Abspaltungszwänge auch ohne externe Manipulation schon sehr hoch sind und die in den Sozialen Medien gezielt nach Solidarisierung suchen. Damit stellt sich die Frage: Können die Hinwendung zum Rechtspopulismus und damit einhergehende emotionale Aufladungsprozesse mit dem Ansatz einer gruppendynamischen Bewältigungskultur erklärt werden?

Ziel und Zweck der von Koppetsch beschriebenen Neogemeinschaften sind Solidarisierung, Vergemeinschaftung und Entlastung des Individuums durch das Teilen der eigenen Sorgen und Nöte etc. mit anderen, einem Kollektiv. Wobei gleichzeitig eine klare Abgrenzung gegenüber denen erfolgt, die als „nicht dazugehörig“ definiert werden (die Eliten, die Kosmopolit*innen, die „Ausländer*innen“). Die Ausgangssituationen und Ressourcen der Menschen in solchen Neogemeinschaften sind sehr verschieden und heterogen; der soziale Druck, die gesellschaftliche Bewältigungsaufforderung sind unterschiedlich ausgeprägt. Einige der Zugehörigen stecken zusätzlich in einer oder mehreren der oben beschriebenen Bewältigungsfällen fest. Zudem prägen Ressentiments und gesellschaftliche Schließungsbewegungen die Atmosphäre solcher Gemeinschaften. Diese Gemengelage in Kombination mit gruppendynamisch aufgeladenen Prozessen der Artikulation von Unzufriedenheit und Verdruss legen die Vermutung nahe, dass in den gruppendynamischen Bewältigungskulturen hauptsächlich Formen regressiver Handlungsfähigkeit zu beobachten sind. Mit Böhnisch lässt sich zudem konstatieren, dass subjektive Handlungsfähigkeit sich auch in mit Gewalt sympathisierenden Lebenslagen entwickeln kann; sie äußert sich dann zumeist auf eine regressive, antisoziale oder auch selbstdestruktive Weise (Böhnisch/Schröder 2013: 31).

Resümierend ist zu betonen, dass der Bewältigungsansatz nach Böhnisch sich gut eignet, die Attraktivität und das Erstarken des Rechtspopulismus in Segmenten der Bevölkerung zu erklären. Der Bewältigungsansatz bildet eine theoretisch fundierte Basis für die von Koppetsch in ihrer Gesellschaftsanalyse untersuchten Ursachen und Erscheinungsweisen des auflebenden Rechtspopulismus. Auf individual- und sozialpsychologischer Ebene bietet der Bewältigungsansatz wichtige Andockungspunkte, die theoretisch und praktisch anschlussfähig zu den aktuellen Diagnosen und dem theoretischen Rahmen von Koppetsch sind.

Abschließend stellt sich die Frage, welche Schlüsse sich für die praktische Soziale Arbeit aus der Verbindung des Bewältigungsansatzes mit dem Thema Rechtspopulismus ziehen lassen. An dieser Stelle zeigt sich die Janusköpfigkeit des Themas, bzw. werden die Ambivalenzen des Umgangs damit sichtbar: Betrachtet man rechtspopulistische Meinungen, Lebenseinstellungen und Handlungen von Menschen als eine nichtangepasste Bewältigungsstrategie, wie beispielsweise auch der Konsum von Drogen oder Gewalttätigkeit, ergibt sich daraus – nicht nur nach Böhnisch – ein Auftrag für die Soziale Arbeit. Allerdings kann aufgrund politischer Meinungsäußerung von Personen – und seien sie noch so abwegig – per se kein Auftrag für die Soziale Arbeit abgeleitet werden. Es ist aber durchaus möglich, bei der Entwicklung von Interventions- und Präventionsprogrammen für Kinder, Jugendliche oder auch Erwachsene zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Konfliktlösungsangeboten, den Bewältigungsansatz von Böhnisch als basalen Theoriebezug heranzuziehen. Ferner würde eine Berücksichtigung dieses Theorieansatzes auch in der Arbeit mit rechtspopulistischem Klientel innerhalb anderer Arbeitskontexte als dem präventiven von Nutzen sein, da er eine Orientierung in Haltungs- und Umgangsfragen mit Personen, die rechtspopulistisches Gedankengut äußern, bietet.

Literatur

- AfD (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Stuttgart: O.V. Unter: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> (zuletzt abgerufen am 20.01.2020).
- Böhnisch, Lothar (1994): *Gespaltene Normalität: Lebensbewältigung und Sozialpädagogik an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft*. Weinheim: Juventa.
- Böhnisch, Lothar (2003): *Die Entgrenzung der Männlichkeit. Verstörungen und Formierungen des Mannseins im gesellschaftlichen Übergang*. Opladen: Leske + Budrich.
- Böhnisch, Lothar (2012): *Lebensbewältigung*. In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft online EEO. Unter: <https://content-select.com/de/portal/media/view/5282488e-3f84-4d9a-b3c6-11372efc1343?forceauth=1> (zuletzt abgerufen am 03.07.2020).
- Böhnisch, Lothar (2016): *Der Weg zum sozialpädagogischen und sozialisationstheoretischen Konzept Lebensbewältigung*. In: Litau, John/Walther, Andreas/Warth, Annegret/Wey, Sophia (Hrsg.): *Theorie und Forschung zur Lebensbewältigung*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 18-31.
- Böhnisch, Lothar (2018): *Lebensbewältigung*. In: Graßhoff, Gunther/Renker, Anna/Schröer, Wolfgang (Hrsg.): *Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 317-326.
- Böhnisch, Lothar (2019): *Lebensbewältigung. Ein Konzept für die soziale Arbeit. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Böhnisch, Lothar/Schefold, Werner (1985): *Lebensbewältigung: soziale und pädagogische Verständigungen an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft*. Weinheim: Juventa.
- Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2012): *Jugend und Lebensbewältigung. Ein Entwurf zur Neuorientierung des sozialpädagogischen Jugenddiskurses*. In: Knapp, Gerald/Laueremann, Karin (Hrsg.): *Jugend, Gesellschaft und Soziale Arbeit*. Klagenfurt: Hermagoras, S. 198-205.
- Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2013): *Soziale Arbeit - eine problemorientierte Einführung*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt UTB.
- Cyba, Eva (2010): *Patriarchat: Wandel und Aktualität*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 17-22.
- Ehmann, Annick/Venohr, Sascha/Materla, Vanessa (2019): *Männlich, Arbeiter, AfD-Wähler. Wähler in Ostdeutschland*. Unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/waehler-ostdeutschland-analyse-alter-geschlecht-berufschulabschluss-religion> (zuletzt abgerufen am 20.01.2020).
- Engelke, Ernst/Borrmann, Stefan/Spatscheck, Christian (2018): *Theorien der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage*. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Funk, Albert (2018): *Frauen verließen Angela Merkel. Auswertung zur Bundestagswahl 2017*. Unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/auswertung-zur-bundestagswahl-2017-frauen-verliessen-angela-merkel/20897290.html> (zuletzt abgerufen am 20.01.2020).
- Kollmann, Tobias (2018): *Grundlagen des Web 1.0, Web 2.0, Web 3.0 und Web 4.0*. Wiesbaden: Springer VS.
- Koppetsch, Cornelia (2019): *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. 2. Durchgesehene und korrigierte Auflage*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Krämer, Nicole/Eimler, Sabrina/Neubauer, German (2017): *Selbstpräsentation und Beziehungsmanagement in Sozialen Medien*. In: Schmidt, Jan-Hinrik/Taddicken, Monika (Hrsg.): *Handbuch Soziale Medien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 41-60.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rößner, Jörg/Tannenberger, Robert-Christian (2019): *Union bei 18- bis 29-Jährigen nur noch bei 13 Prozent*. Unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article194198267/Europawahl-2019-Wer-waehlte-wenach-Alter-Beruf-Geschlecht.html> (zuletzt abgerufen am 20.01.2020).
- Rose, David (2019): *Wem die AfD ihren Erfolg verdankt. Analyse der Landtagswahl*. Unter: <https://www.tagesschau.de/inland/wer-waehlte-was-in-thueringen-101.html> (zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Die Kita als Zankapfel. Hartmut Rosas Resonanztheorie als Orientierung für eine frühkindliche Demokratiebildung

Daniel Telkmann

1 Einleitung

Im folgenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie man Demokratiebildung im Vorschulalter einsetzen kann, hier exemplarisch in einer Kindertageseinrichtung, um dem Rechtspopulismus präventiv zu begegnen bzw. demokratische Verfahren und Entscheidungsprozesse zu etablieren. Ferner soll beleuchtet werden, welche Voraussetzungen hierfür gegeben sein müssen, damit auch andere Bereiche der Pädagogik bzw. der Sozialen Arbeit hiervon auf innovative Weise profitieren können. Die Resonanztheorie von Hartmut Rosa (2016) wird hier als primäre Bezugstheorie einer gelingenden Sozialen Arbeit herangezogen, zu deren gesetzlichem Auftrag u.a. die politische Bildung gehört.

2 Rechtspopulistische Erscheinungsformen

Als im Sommer 2019 die Leitung einer Leipziger Kindertageseinrichtung kurzerhand beschloss, Schweinefleisch vom Speiseplan zu nehmen, um den Gepflogenheiten einer veränderten Welt Rechnung zu tragen (Böldt et al. 2019: 1) und allen Kindern zu ermöglichen, gemeinsam zu Tisch zu gehen, platzte eine mediale Bombe. „Kniefall vor den Falschen“ (Lokoschat 2019: 1) (miss-)deutete der stellvertretende Chefredakteur der „BILD-Zeitung“ als einer der ersten und prangerte öffentlich an, dass die „überengagierten Bessermenschen“ mutmaßlich deutsche Schutzgüter wie das Schnitzel oder gelatinehaltige Gummibärchen in „vorausgehendem Gehorsam“ (Lokoschat 2019: 1) opferten. Die Mehrheit der Muslime würde diese Entscheidung ohnehin nicht befürworten, hieß es weiter. Da es nun einmal ein Signum des Boulevardjournalismus ist zu skandalisieren und zu polarisieren, mag dieser redaktionelle Aufmacher wenig verwundern. Weitere Reaktionen folgten erwartungsgemäß auf dem Fuße. So warf die Bundesernährungsministerin Julia Klöckner (CDU) ein, dass diese Entscheidung nicht unbedingt förderlich für ein gedeihliches Zusammenleben sei und den Wesenszug einer Kollektivstrafe in sich trage (Böldt et al. 2019: 2).

Aber viel aufschlussreicher hingegen aus wissenschaftlicher Perspektive ist das weitgehend hasserfüllte, als wohl auch islamfeindliche Echo, welches durch die (populistischen) Meinungsäußerungen erzeugt wurde. Die Leipziger Stadtverwaltung bestätigte der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, dass neben den Drohanrufen sogar wildfremde Menschen in die Kita gekommen seien und dem dort tätigen Personal Zettel in die Hand gedrückt hätten, auf denen dann gedroht wurde: „An den Galgen mit dir oder standrechtlich erschießen“ (Böldt et al. 2019: 2). Auf einem anderen Zettel wird mit einer Erpressung gedroht, das Schweinefleisch wieder einzuführen, „ansonsten wird die Kita brennen, wenn auch zum Nachteil der Kinder“ (Böldt et al. 2019: 2).

In Berlin-Neukölln hat knapp anderthalb Jahre zuvor ein Themenspielplatz mit orientalischer Burg auf ähnliche Weise die Gemüter erhitzt. Ins Auge stach hier vor allem der Halbmond, der über dem Kletterturm ragte. Der Tagesspiegel berichtete damals, dass auf diversen Seiten in den Sozialen Medien, so auch auf dem Facebook-Profil der islamfeindlichen Bewegung PEGIDA, Besucherinnen und Besuchern den Spielplatz kritisierten und zur Zerstörung des Gerüsts aufriefen. Dieser sei ein weiterer Ausdruck der „Islamisierung des Abendlandes“, heißt es weiter in dem Kommentar (Graupner 2017: 1).

3 Sozialwissenschaftliche Annäherung zum Rechtspopulismus

Für Hartmut Rosa offenbart sich hinter solchen und ähnlichen rechtspopulistischen Äußerungen eine Haltung, die dem imaginierten Volksempfinden nicht entsprechen würde.

„Wir wollen sein und bleiben, wie wir sind; wir verstehen Heimat als Inbegriff der Vorstellung, dass sich nichts ändern darf und soll. Wir wollen hier keine Ideen, die nicht die unseren sind, keine Bräuche, die wir nicht kennen, keine Menschen, die anders aussehen oder anders leben. Alles, was anders ist – sei es der Glaube, die sexuelle Orientierung, die politische Überzeugung, das Aussehen oder die Art zu beten, sprechen und feiern –, lehnen wir ab, oder genauer: wir wollen es vertreiben.“ (Rosa 2019a: 172)

So könnte die Grundüberzeugung der Empörten lauten. Alles Unerwünschte und Unkontrollierbare muss auf Abstand gehalten und zum Schweigen gebracht werden in der eigenen Welt, die als „Kampfzone“ (Rosa 2019a: 172) empfunden wird. Es ist in gewisser Weise auch das Bedürfnis, sich das Unverständliche „vom Leib zu halten“ bzw. es auf ein verarbeitbares Maß an Komplexität zu reduzieren. Das Auftauchen des Fremden, so wie oben etwa in Gestalt eines orientalisches anmutenden Spielplatzes in Berlin-Neukölln, gilt dahingehend als Symptom eines allgemeinen Kulturzerfalls oder einer nahenden Katastrophe (Koppetsch 2019: 61).

Laut Andreas Reckwitz (2019: 372ff.) spiegelt sich hier eine besondere (singuläre) Spielart des Kulturessenzialismus wieder. Zentral für diese Sichtweise ist, dass eine strikte Grenze aufgebaut wird: zwischen der eigenen Gruppe und den Anderen, zwischen In- und Outgroup, wie er fortführt. Für die rechtspopulistischen Neogemeinschaften, die als eine von vielen, sehr unterschiedlichen Strömungen des Kulturessenzialismus bezeichnet werden können, bilden demnach die kosmopolitischen Eliten und die Migrantinnen und Migranten die Outgroup (Reckwitz 2019: 42ff.). Demnach werden in einer solchen Denkweise ein scheinbar unbedeutendes Symbol wie der Halbmond auf einem Spielplatz oder ein Speiseplan ohne Schweinefleisch für Menetekel des Islams gehalten, der nun unaufhaltsam den eigenen Nachwuchs infiltrierte und somit in die familiäre Identität einzusickern drohe. An solchen anekdotenhaften und aufsehenerregenden Skandalen ist jedenfalls zu beobachten, dass die demokratische Ordnung, die einen (Meinungs-)Pluralismus schlicht voraussetzt, in einer Krise steckt - für Rosa in einer „Resonanzkrise“ bzw. einem Modus der Entfremdung (Rosa 2019a: 172).

Resonanz, als kategorialer Gegenbegriff zur Entfremdung, beschreibt zunächst eine Beziehung zwischen zwei (oder mehreren) Objekten oder Körpern, die den aus der Physik gewonnenen Relationseigenschaften entspricht. In Rosas Theorie der Weltbeziehung stellt Resonanz einen Modus des In-der-Welt-Seins dar; das heißt eine spezifische Art und Weise des In-Beziehung-Tretens zwischen Subjekt und Welt (Rosa 2016: 285). Damit können Menschen untereinander gemeint sein, ebenso aber Mensch und Demokratie bzw. Mensch und Politik. Dieser Beziehungsmodus verlangt, dass diese Entitäten als aufeinander antwortend, zugleich aber auch mit eigener Stimme sprechend, also als „zurück-tönend“ verstanden werden können (Rosa 2016: 285). Die Krise der Demokratie, die im wissenschaftlichen Diskurs nicht selten beanstandet wird (u.a. Merkel 2015), lässt sich nach Rosa dadurch erklären, dass viele Subjekte sich in ihren alltäglichen Lebensvollzügen nicht als Teil einer sinnhaft integrierten großen (Resonanz-)Ordnung des Daseins erfahren, zu der sie in einer Antwortbeziehung stehen und von der her sie sich definieren können. Politikerinnen und Politiker sowie politische Institutionen und Behörden werden dann häufig als indifferent – „sie interessieren sich nicht für uns, kümmern sich nicht um unsere Sorgen“ (Rosa 2016: 364) – oder sogar als repulsiv wahrgenommen, wenn und wo ihnen unterstellt wird, „nur in die eigene Tasche zu wirtschaften“ (Rosa 2016: 364).

Anders herum repräsentieren Politikerinnen und Politiker ihr Handeln häufig selbst nicht als Antworthandeln, als responsive Reaktion auf einen kollektiven, überlegten und kommunikativen Willensbildungsprozess, sondern als sachzwangdominiertes, alternativloses Reagieren - bekannt durch das Akronym TINA (There Is No Alternative) - auf strukturelle Anpassungszwänge, die sich vor allem aus der Ökonomie speisen. Der Resonanzdraht, also die Verstärkung von Resonanzbeziehungen, zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politikern sowie Politikerinnen wirkt wechselseitig gehemmt: beide Seiten beeinflussen, behindern und manipulieren sich gegenseitig, aber sie erreichen, bewegen oder berühren sich in aller Regel nicht. Daraus ergibt sich eine problematische Verfallsstufe, eine Krise der Demokratie (Rosa 2016: 362ff.; ausführlich dazu Crouch 2008). Und je entfremdeter Menschen

von ihrer Umwelt sind, desto radikaler wird das Bedürfnis nach einer Strategie des Einmauerns, wobei die bedrohliche Welt auf Distanz gebracht werden soll und Beziehungen zu ihr gekappt werden (Rosa 2019a: 172). Sinnbildlich hierfür steht die entmenschlichende Debatte darum, ob man Flüchtlinge notfalls mit Waffengewalt darin hindern dürfe, in Deutschland einzureisen, so wie es 2016 die AfD-Parteiprominenz um Beatrix von Storch oder Frauke Petry öffentlich guthieß (Steffen 2016: 1). Die Ausgrenzung von Muslimen und Flüchtlingen – sie ist Ausdruck einer neuen Konfliktdynamik, wie Cornelia Koppetsch analysiert:

„Je mehr die Angst umgeht, desto wichtiger wird es zu wissen, auf welcher Seite jemand steht. Die Erfahrungen der Ohnmacht und des Kontrollverlustes werden durch das Ziehen einer Grenze zwischen ‚ihnen‘ und ‚uns‘ kuriert. Die Ursache für die Spannungen im Inneren der Gesellschaft wird dann nicht in der Gesellschaft selbst gesucht, sondern in den von außen hereinbrechenden ‚Eindringlingen‘. Die Bezugnahme auf die Anderen oder Fremden jenseits der Grenze stabilisiert wiederum die Zugehörigkeit und schweißt die Gemeinschaft zusammen. Die so konstruierten Kollektive tendieren dabei nicht nur zu einer starken Grenzziehung nach außen, sondern auch zu einer Homogenisierung im Binnenverhältnis, da sie aus Normen und Praktiken bestehen, die das Zusammenleben frei von Widersprüchen und Ambivalenzen regulieren sollen.“ (Koppetsch 2019: 63f)

Und die Ängste haben durchaus einen realen Hintergrund. Demnach sind 56 Prozent, also mehr als die Hälfte der Befragten einer Umfrage⁴⁷ über Ängste von 2019, besorgt, dass der deutsche Staat durch Flüchtlinge überfordert sein könnte – in den neuen Bundesländern sind es sogar 64 Prozent. Als zweitgrößte Angst der Deutschen folgt, dass Migration den sozialen Frieden gefährden könne: So befürchten 55 Prozent der Befragten „mögliche Spannungen durch den Zuzug von Ausländern“ (R+V Infocenter 2019). In den Jahren zuvor waren diese beiden Aspekte der Angst immer jeweils in den oberen Rängen der „Top Ten“ wieder zu finden.

Das Bedürfnis aber, die andrängende Welt, das Lebendige, Unverfügbare und möglicherweise Angst erzeugende Andere auszuschließen, sich buchstäblich durch Mauern und Grenzzäune „vom Leibe zu halten“, ist nach Rosa Ausdruck davon, die Welt zum Schweigen bringen zu wollen. Der rechtspopulistische (oder repulsive und damit resonanzunfähige) Weg scheint ihm daraufhin gänzlich ungeeignet, um damit dem demokratischen Gemeinwohl aus seiner Krise zu helfen. Ein weiteres Phänomen zeichnet sich im Zuge dessen ab: Wer sich selbst nicht affizieren lassen kann, der macht sich selbst ebenso resonanzunfähig. Denn für eine genuine Resonanzbeziehung ist eben erforderlich, dass man die eigene Stimme nur dann hören kann, wenn sie in einen Dialog mit dem Anderen tritt (Rosa 2016: 283ff.). Der Rechtspopulismus aber verspricht das Aufgehen des Einzelnen in einem homogenen Ganzen, in dem die Stimme des Volkes als identitäre, differenzlose und vor allem als eine einheitliche Stimme des Gemeinsamen auftritt, wie Rosa in Anlehnung an Jan-Werner Müller (2016) erklärt (Rosa 2019a: 173f). Eine Resonanzbeziehung – oder anders ausgedrückt eine wechselseitige Antwortbeziehung – kann sich unter solchen Umständen nicht ausbilden. Die Lager der In- und Outgroups verhärten sich.

4 Demokratiebildung im resonanztheoretischen Sinne

Wie allerdings lassen sich solche Verfestigungen lockern, gar auflösen? Wo könnte die Sozialarbeit respektive Pädagogik dabei ansetzen, damit – um bei Rosa zu bleiben – die Etablierung einer Resonanzsphäre der Demokratie möglich wird? Und wie kann es hierin gelingen, den allzu oft beherrschenden Aspekt der Demokratiebildung von oben – einer alternativlos erscheinenden, moralischen Verordnung zur Demokratieliebe – aus dem Weg zu gehen? Es scheint sinnvoller, Demokratie mehr als Lebensform, statt als Regierungsform zu begreifen und zu verwirklichen, wie Benedikt Sturzenhecker, in Anlehnung an John Deweys et al. (2000) mittlerweile über hundert Jahre alten Schlüsselwerk der Reformpädagogik „Demokratie und Erziehung“, aufzeigt (Sturzenhecker 2019: 141f). Mit diesem Grundmotiv kehren wir zum Austragungsort populistischer Auseinandersetzungen zurück und blicken auf das Projekt „Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen“, welches die Kinder dazu befähigen möchte, von „Objekten erwachsener Bestimmung zu einer demokratischen Community [zu] werden“ (Sturzenhecker 2019: 142).

Dass Demokratie mehr ist als das bloße Ausüben eines Wahlrechts, veranschaulicht Sturzenhecker mit folgender Praxisgeschichte aus einer Kita in Hamburg.

„Die Kinder hatten im Morgenkreis mit den Erwachsenen abgestimmt, welche Lieder zu Karneval gesungen werden sollten. Nach langen Diskussionen gab es eine große Mehrheit für den Tophit: ‚Ein Mops kam in die Küche und stahl dem Koch ein Ei, dann nahm der Koch den Löffel und schlug den Mops zu Brei‘⁴⁸. Eine Woche später kam ein Mädchen neu in die Kita und ihr wurde im Morgenkreis von dieser Entscheidung berichtet. Daraufhin begann sie zu weinen und erklärte, dass sie dieses Lied nicht ertragen könne, weil sie nicht wolle, dass der Mops zu Brei geschlagen werde. Die Kinder waren von ihren Tränen sichtlich betroffen und konnten ihre Erklärung nachvollziehen. Sie überlegten viele Lösungsmöglichkeiten, wie man das Lied trotzdem singen könnte (Text ändern, nur die Melodie summen usw.), es kam aber keine zufriedenstellende Lösung zustande. Schließlich wurde erneut abgestimmt und das Mopslied abgewählt. Stattdessen entschied man sich zusammen für ‚Die Affen rasen durch den Wald!‘“ (Sturzenhecker 2019: 144)

Geht man nun hierbei der Frage nach, was nun in dieser Darstellung über die Demokratieerfahrung und deren Wandel im Entscheidungsprozess der Kinder deutlich wird, so analysiert Sturzenhecker, dass die Bestätigung des Liedes in erster Entscheidung als ein sich Einpassen der Kinder in die Machtverhältnisse gelesen werden kann, obwohl es eine Abstimmung der Kinder über die Verwendung des Liedes gegeben hat (Sturzenhecker 2019: 146). Dieser Umstand erlangt aber keine Qualität von Selbst- und Mitbestimmung (bzw. von Resonanz), sondern verbleibt in einer passiven Befolgung von Vorgaben der Erwachsenen. Dieser mehrheitliche Entschluss gerät aber ins Wanken, sobald das Mädchen als neues Gruppenmitglied deutlich ihr Veto ausspricht. Sie erträgt nicht, wie der Hund ein ums andere Mal vom Koch malträtiert werden soll und sorgt mit ihren Tränen für Empathie bei den übrigen Kindern; diese fühlen mit und erkennen die Gefühlswahrheit und die Kraft des Arguments. Es ist ebenso unerträglich, dass Hunde zu Brei geschlagen werden als auch, dass ein Gruppenmitglied daran offensichtlich so leidet (Sturzenhecker 2019: 146).

Die Kinder stehen nun einem Problem gegenüber, für das es keine vorgefertigten Lösungsangebote zu geben scheint. Sie müssen nun selbst im Verbund an einer Lösung arbeiten. Zunächst einmal bekommt eine einzelne Betroffene das demokratische Recht, die bereits getätigte Mehrheitsentscheidung in Frage zu stellen und anzufechten. Die vorherige Entscheidung des Morgenkreises wird also erneut zur Debatte gestellt. Sie wird aber nicht ohne weiteres verworfen, sondern geprüft und es werden zunächst Kompromisslösungen gesucht. Aber keiner der Lösungsversuche kann überzeugen; alle Varianten rufen weiter das Bild des zu Brei geschlagenen Hundes hervor. Die alte Entscheidung muss somit komplett verworfen und eine neue gefunden werden. Die Kinder praktizieren spontan die für den demokratischen Prozess grundlegenden Handlungsweisen: Artikulation eines Problems in der Öffentlichkeit, Beanspruchung von Expertise aus Betroffenheit, Empathie und Perspektivenwechsel, Debatte und kooperative Bearbeitung von sich der Entscheidungsgemeinschaft stellenden Problemen, Suche nach und Prüfung von Lösungsvarianten mithilfe von Argumenten, Respekt vor mehrheitlich gefundenen Lösungen und Bereitschaft, diese doch auch zu revidieren (Sturzenhecker 2019: 146). Zentral ist dabei die Feststellung, dass die Kinder aus intrinsischer Motivation heraus demokratische Prinzipien angewendet haben und nicht etwa diese von außen als Denkanstöße bekommen haben, bzw. dazu zielgerichtet angeleitet wurden. Dieses Fallbeispiel zeigt darüber hinaus auch, dass Demokratie nicht ausschließlich als demokratische Regierungsform isoliert betrachtet werden soll, sondern auch und vor allem als Lebensform in geteilten Erfahrungen im alltäglichen Leben eingelöst werden soll (Sturzenhecker 2019: 150f). Richtet man den Blick nun danach, wie sich (Re-) Demokratisierung im generellen Sinne erreichen lässt, so attestiert Rosa, dass zur Etablierung einer Resonanzsphäre auf subjektiver Ebene konstitutiv ist, dem „Anderen“ in einem mehrfach dialogischen Prozess zuzuhören und transformationsfähig (offen) zu bleiben, aber auch mit klarer eigener Stimme zu antworten (Rosa 2019a: 178). Das oben dargestellte Beispiel aus der Kita kann so als eine Umsetzung des Resonanzkonzepts angesehen werden. Mit der Re-Konzeptualisierung der Demokratie als Resonanzsphäre wäre dann, so fährt Rosa fort, ein nicht unwesentlicher Schritt zur (Wieder-) Gewinnung politischer Gestaltungsfähigkeit getan (Rosa 2019a: 179).

48 Der Text des Volksliedes ist so überliefert: „Ein Hund kam in die Küche und stahl dem Koch ein Ei. Da nahm der Koch den Löffel und schlug den Hund zu Brei. Da kamen die anderen Hunde und gruben ihm ein Grab und setzten ihm 'nen Grabstein, darauf geschrieben stand: Ein Hund kam in die Küche (...)“ (zit. n. Sturzenhecker 2019: 144)

5 Resümee und Schlussfolgerungen

Demokratie und das Interesse wecken am politischen Mitgestalten ist kein pädagogisches I-Tüpfelchen, kein schmückendes Beiwerk Sozialer Arbeit, sondern eine klar definierte, gesetzliche Aufgabe,⁴⁹ die den (Jugend-) Sozialarbeitenden animieren kann, dem rechtspopulistischen Phänomen möglichst früh etwas entgegenzusetzen. Die Soziale Arbeit ist demzufolge aufgefordert, Räume zu schaffen, Begegnung zu ermöglichen und Aushandlungsprozesse zu arrangieren. Gleichwohl aber muss berücksichtigt werden, dass eine solche an Rosas Resonanztheorie orientierte Herangehensweise konstitutiv „unverfügbar“ ist: das heißt, sie lässt sich nach Rosa nicht erzwingen, kontrollieren oder in ihrem Ausgang vorherbestimmen (Rosa 2019b: 43ff.). Im Grunde ist die Idee einer erfahrungsgeleiteten Demokratiepädagogik keine wirkliche Innovation (siehe dazu schon Dewey et al. 2000). Sie kann aber als figurative Subtheorie einer originären Kartographie der Sozialen Arbeit eingefügt werden, die sich an Rosas Resonanztheorie orientiert und welche methodisch-konzeptionell erweitert werden kann.

Literatur

Böldt, Daniel/Knuth, Hannah/Scholz, Anna-Lena (2019): Mir doch Wurst. Schweinefleisch in Kitas. In: „DIE ZEIT“ Nr. 32/2019 vom 31.07.2019. Unter: <https://www.zeit.de/2019/32/schweinefleisch-kitas-leipzig-debatte-verb> (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, 1. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Dewey, John/Oelkers, Jürgen/Hylla, Erich (2000): Demokratie und Erziehung. Weinheim: Beltz.

Graupner, Michael (2017): Neuköllner Ali-Baba-Spielplatz – Kritiker regen sich über Halbmond auf Kletterturm auf. In: „Der Tagesspiegel“ vom 03.11.2017. Unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/neukoellner-ali-baba-spielplatz-kritiker-regen-sich-ueber-halbmond-auf-kletterturm-auf/20540382.html> (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).

Koppetsch, Cornelia (2018): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag.

Lokoschat, Timo (2019): Kniefall vor den Falschen. Debatte über Schweinefleisch in Kitas. In: „BILD-Zeitung“ vom 24.07.2019. Unter: <https://www.bild.de/news/inland/news-inland/debatte-ueber-schweinefleisch-in-kitas-kniefall-vor-den-falschen-63490776.bild.html> (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).

Merkel, Wolfgang (2015): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp Verlag.

R+V-Infocenter (2019): Die Ängste der Deutschen 2019. Unter: https://www.ruv.de/static-files/ruvde/images/presse/StaticFiles_Auto/ruv-aengste-top-seven.jpg (zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Reckwitz, Andreas (2018): Die Gesellschaft des Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, 6. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, 4. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Rosa, Hartmut (2019a): Demokratie und Gemeinwohl. Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung. In: Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? – Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 160-188.

Rosa, Hartmut (2019b): Unverfügbarkeit. Aus der Reihe „Unruhe bewahren“, 2. Auflage. Wien/Salzburg: Residenz Verlag.

Steffen, Tilman (2016): AfD: Provozieren, relativieren, dementieren. In: „DIE ZEIT“ vom 31.05.2016. Unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/afd-jerome-boateng-alexander-gauland-frauke-petry-medien-bjoern-hoecke/komplettansicht> (zuletzt abgerufen am 03.07.2020).

Sturzenhecker, Benedikt (2019): Kinder praktizieren engagiert Demokratie in der Kita. Exemplarisch analysiert an einer Entscheidung über zwei Kinderlieder. In: Soziale Passagen 11. Jg., 6/2019, S. 139-154.

49 So heißt es in § 11 SGB VIII - Jugendarbeit: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer (...) Bildung.“

Argumentationsstrategien gegen Rechts- populismus. Eine Analyse zur Anwendbarkeit in der Sozialen Arbeit

Eike Bösing

1 Einleitung

Seit einigen Jahren scheint sich die politische Stimmung in der Gesellschaft verändert zu haben. Extrem rechte Strömungen reichen von einem Erstarren des Rechtsextremismus über Rechtspopulismus bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Hiermit sind zunehmend auch Fachkräfte der Sozialen Arbeit konfrontiert, wenn sie in ihrer Praxis Adressat*innen begegnen, die sich rechtspopulistisch oder diskriminierend äußern. Im Folgenden wird sich mit Argumentationsstrategien gegen Rechtspopulismus beschäftigt. Zunächst werden theoretische Grundlagen des Rechtspopulismus dargestellt und Möglichkeiten des Umgangs mit dem Phänomen skizziert. Darauf aufbauend werden exemplarisch drei Konzepte analysiert und hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit in der Sozialen Arbeit diskutiert.

2 Was ist Rechtspopulismus?

In den Diskursen zum Populismus zeigt sich ein heterogenes Bild. Nach Jan-Werner Müller kann Populismus zwar häufig demokratisch erscheinen; er kommt jedoch zu dem Schluss, dass dieser „an sich nicht demokratisch, ja der Tendenz nach zweifelsohne antidemokratisch ist“ (Müller 2016: 14). Diesem Verständnis gegenüber verstehen Dirk Jörke und Veith Selk Populismus als ein Phänomen innerhalb der Demokratie, in dem die Umsetzung eines vermeintlich homogenen Willens des Volkes als zentrales normatives Prinzip gefordert wird (Jörke/Selk 2017: 52). Auch nach Frank Decker wird von populistischer Seite beklagt, dass

„bestimmte Interessen, eben die Interessen des ‚wahren Volkes‘, nicht repräsentiert beziehungsweise von den herrschenden Eliten und vermeintlich repräsentativen Institutionen systematisch missachtet wurden.“
(Decker 2018: 355)

Ein zentrales Merkmal des Populismus ist die Behauptung, die einzig wahre Stimme des Volkes zu sein und den angeblichen Volkswillen zu vertreten. Dadurch wird sich ein moralisch aufgeladener wir-gegen-sie-Antagonismus zunutze gemacht. Allgemein zeichnet sich Populismus durch die drei Dimensionen Anti-Establishment, Pro-Volkssouveränität und Anti-Pluralismus aus (Populismusbarometer 2018: 19). Er kann als politisches Phänomen auch in der Mitte oder als Linkspopulismus auftreten. Im Falle des Rechtspopulismus gesellt sich zu der vertikalen Trennlinie zwischen Volk und Elite eine horizontale, die sich in Form der Imagination einer homogenen Volksidentität äußert. Neben der Beschreibung inhaltlicher Elemente kann Populismus als Politikstil definiert werden, der über Skandale und mediale Aufmerksamkeit funktioniert (Jörke/Selk 2017: 67ff.). Im Rechtspopulismus können rechtsextremistische Ideologeme transportiert werden. Diese sind beispielsweise ein gegen äußere Bedrohungen zu verteidigendes, ethisch homogenes Volk, übersteigter Nationalismus oder Fremdenfeindlichkeit. Dadurch dient der Rechtspopulismus laut der Politikwissenschaftlerin Paula Diehl „als Eintrittstor für rechtsextreme Ideologie in die demokratische Öffentlichkeit“ (Diehl 2018: 95). Eine Folge davon ist demnach die Normalisierung rechtsextremistischen Gedankenguts. Sowohl Massenmedien als auch Politiker*innen etablierter Parteien übernehmen rechtspopulistische Positionen, die öffentlichen Diskurse verschieben sich nach rechts (Diehl 2018: 95). Entgegen rechtsextremistischer Ideologien bewegen sich rechtspopulistische Meinungen jedoch überwiegend innerhalb des demokratischen Pluralismus (Boehnke/Thran 2019: 26).

In der Praxis können Rechtspopulismus und Rechtsextremismus gemeinsam auftreten (Decker 2018: 360). Auch im Falle der in Deutschland wichtigsten rechtspopulistischen Akteurin, der Partei Alternative für Deutschland (AfD), ist ein hohes Maß an interner Heterogenität zu beobachten. Trotz des Erstarrens völkisch-nationalistischer und extremistischer Akteur*innen sowie deutlicher Anhaltspunkte für die Zusammenarbeit mit rechts-

extremen Personen und Organisationen, handelt es sich bei der AfD laut Extremismusforscher Tom Thieme derzeit insgesamt um eine mehrheitlich demokratische Partei (Thieme 2019). Demgegenüber konstatiert Armin Pfahl-Traughber trotz des Erfüllens der Merkmale für Rechtspopulismus einen fortlaufenden Rechtsruck innerhalb der Partei und schätzt sie als extremistisch ein (Pfahl-Traughber 2019: 36f).

Ein Blick auf die Wähler*innen zeigt, dass die Zustimmung zum Populismus im Allgemeinen sowohl mit steigendem formalen Bildungsniveau als auch steigendem Einkommen abnimmt. Dies weist auf eine soziale Spaltung des Populismus in Deutschland hin (Populismusbarometer 2018: 33ff.). Ein einheitliches sozioökonomisches Profil der AfD-Wähler*innen besteht hingegen nicht (Spies 2018: 44). Wähler*innen, die sich selbst in der politischen Mitte verorten, werden von der AfD aufgrund ihres Populismus erreicht. Von extrem rechten Wähler*innen wird sie wiederum gewählt, da sie die am weitesten rechts stehende politisch relevante Partei ist. Da die „dünne Ideologie“ des Populismus (Mudde 2004) mit rechten bis extrem rechten Inhalten aufgeladen wird, kann laut Robert Vehrkamp und Wolfgang Merkel ein breites Spektrum an Wähler*innen erreicht werden. Der „extreme Populismus“ ist demnach die zentrale Mobilisierungsstrategie, mit der die AfD auch in die politische Mitte vordringt (Populismusbarometer 2018: 76).

Ursachen des Rechtspopulismus

Um zielführende Handlungsstrategien zu entwickeln, sollte die Frage nach den Ursachen des Rechtspopulismus beantwortet werden. Hier kann mit Ressentiments und Autoritarismus auf eine sozialpsychologische Dimension verwiesen werden (Jörke/Selk 2017: 118ff.). Unter diesen entwickeln sich Gut-Böse-Kategorien, Feindbilder und der Wunsch nach autoritären Führungspersonen. Relevant ist zudem eine gesellschaftliche Dimension, nach der Populismus eine Reaktion auf sozialen Wandel und Pluralisierungs- sowie Individualisierungstendenzen darstellt. Populismus tritt als rückwärtsgewandtes Phänomen in Erscheinung, als eine Gegenbewegung gegen die Modernisierung (Jörke/Selk 2017: 92).

Andreas Reckwitz (2017) verweist auf soziokulturelle Veränderungen der Gesellschaft, die zu neuen Konfliktlinien führen. In der spätmodernen Gesellschaft sind neue Klassen entstanden, die gemeinsame, kulturelle Muster der Lebensführung teilen. Die neue Mittelklasse besitzt formal hohes kulturelles Kapital in Form akademischer Bildungsabschlüsse und arbeitet vorwiegend im Feld der Wissens- und Kulturökonomie. Diese akademische Mittelklasse macht etwa ein Drittel der Bevölkerung aus und verfügt über kulturelle Definitionsmacht. Die spätmoderne Klassengesellschaft zeichnet sich damit nicht mehr nur durch ökonomische Verhältnisse, sondern insbesondere durch kulturelle Klassen aus, die sich hinsichtlich ihrer Lebensstile und ihres kulturellen Kapitals unterscheiden. Aus der erodierenden Mitte entsteht neben der neuen Mittelklasse auch die neue Unterklasse mit geringem kulturellem und ökonomischem Kapital. Letztlich verliert mit dem Aufstieg der neuen Mittelklasse die alte, nichtakademische Mittelklasse an Bedeutung. Mit den kulturellen Unterschieden gehen nach Reckwitz Auf- und Entwertungen von Lebensstilen einher. Während die kosmopolitisch ausgerichteten Lebensstile der akademischen Mittelklasse als wertvoll angesehen werden, werden die Lebensformen der neuen Unterklasse und alten Mittelklasse entwertet. Der Autor konstatiert, dass Ungleichheit nicht nur materielle, sondern insbesondere kulturelle Unterschiede, Wert und Wertlosigkeit von Lebensstilen betrifft und spricht hier von der „Kulturalisierung der Ungleichheit“ (Reckwitz 2017: 273ff.).

Daran anknüpfend identifiziert Cornelia Koppetsch im Rechtspopulismus eine reaktionäre Protestbewegung, die sich gegen die kulturelle Liberalisierung der Gesellschaft, Multikulturalismus und Kosmopolitismus wendet (Koppetsch 2019: 39f). Dabei kristallisiert sich eine neue Konfliktlinie heraus, die nicht nur auf wirtschaftlicher Benachteiligung basiert, sondern sich im Antagonismus zwischen kosmopolitischem und konservativem Habitus äußert. Während ersterer mittlerweile aufgrund der Korrespondenz mit transnationaler kapitalistischer Logik hegemonial ist, leiden traditionelle Milieus an Bedeutungsverlust (Koppetsch 2019: 119f). In der Sozialfigur des Migranten verdichten sich schließlich die abgelehnten Lebensformen, da sie „wie keine andere Figur, grenzüberschreitende Mobilität, kulturelle Fremdheit, identitäre Hybridität und transnationale Verflechtungen [vereint]“ (Koppetsch 2019: 41).

Koppetsch bietet eine Perspektive, die mit der Darstellung des Rechtspopulismus als reaktionäre Bewegungsform gegenüber kultureller Liberalisierung durchaus nachvollziehbar ist. Gleichzeitig aber fokussiert sie auf den Kosmopolitismus als „missionarischen Bösewicht“ (Biskamp 2019) und vernachlässigt rechtsextremistische Ideologeme im Rechtspopulismus. Die einseitige Überspitzung der Ursachen rechtspopulistischer Erfolge funk-

tioniert im Einklang mit rechtspopulistischen Feindbildkonstruktionen. Damit läuft sie nach Floris Biskamp Gefahr, rechte Ideologie wissenschaftlich zu legitimieren, während die Delegitimierung des politischen Gegners reproduziert wird (Biskamp 2019).

Als dritte Dimension der Entstehung des Rechtspopulismus können politische Bedingungen wie postdemokratische Entwicklungen genannt werden. Diese beziehen sich vor allem auf das Verschwinden politischer Alternativen, was auf die parteiübergreifende Aneignung neoliberaler Ideen und den Verlust demokratischer Einwirkungsmöglichkeiten zurückgeht (Jörke/Selk 2015: 486). Mit der soziokulturellen wie programmatischen Angleichung der Parteien aneinander entwickelt sich ein strukturelles Problem der repräsentativen Demokratie, in dem vor allem die sozialdemokratischen Parteien an Glaubwürdigkeit und damit an Bedeutung verlieren (Jörke/Selk 2017: 113ff.). Sie hinterlassen eine Repräsentationslücke, die derzeit von rechtspopulistischen Akteur*innen gefüllt wird (Lynen von Berg 2019: 8ff.).

3 Gesellschaftlicher und politischer Umgang mit Rechtspopulismus

Bevor sich verschiedenen Argumentationsstrategien im Umgang mit Rechtspopulismus und Chancen für die Soziale Arbeit gewidmet wird, werden einige die politische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung betreffende Anmerkungen dargelegt. Insgesamt zeigte sich im Umgang mit Rechtspopulismus in den letzten Jahren eine Überforderung, die zu unklaren Strategien und ziellosen Kämpfen führte. Dem Erfolg rechtspopulistischer Mobilisierung konnte selten etwas entgegengesetzt werden. Dabei waren und sind die Strategien der politischen Rivalen in den Parlamenten wenig wirksam. Sie reichen von Assimilation an rechtspopulistische Positionen und Sprache (Habermas 2016) bis hin zur moralisierenden Ausgrenzung von Parlamentarier*innen oder von Teilen bis gar der gesamten Wähler*innenschaft (Lynen von Berg 2019: 15f).

Im politischen Diskurs werden verschiedene Positionen zur demokratischen Willensbildung ausgehandelt. Dabei werden moralisierende Strategien problematisiert. Moralisation kann als Stil der Auseinandersetzung verstanden werden, der die Reduktion eines Phänomens auf als moralisch problematisch wahrgenommene Aspekte und daraus begründeten moralischen Ausschluss umfasst (Jörke/Selk 2015: 485). Niklas Luhmann bezeichnet Moral als eine „besondere Art von Kommunikation, die Hinweise auf Achtung oder Mißachtung mitführt“ (Luhmann 1990: 17f). Dabei ist das Ziel der Kommunikation keine spezifische Leistung des Gegenübers, sondern vielmehr die ganze Person. Bei Moral handelt es sich folglich um die Festlegung von Bedingungen gegenseitiger Achtung (Luhmann 1990: 18f). Insbesondere im Kontext demokratisch legitimierter Parlamente schließt sich Luhmann folgend die grundsätzliche moralische Disqualifikation des politischen Gegners aus. Das Regierungs-Oppositionsverhältnis kann nicht mit moralischen Codes, beispielsweise einer guten Regierung und einer bösen Opposition, belegt werden (Luhmann 1990: 23f). Die Schwierigkeit des parlamentarischen Diskurses liegt folglich darin, die Argumente des politischen Rivalen zu widerlegen, ohne dass es zur Ausgrenzung des Gegenübers kommt. Dabei kann die moralische Begründung der Argumente durchaus angemessen sein. So können beispielsweise völkisch-nationalistische, rechtsextreme Elemente durch den Bezug auf die Grund- und Menschenrechte freigelegt und bekämpft werden.

Innerhalb der Demokratie ist man auf Öffentlichkeit und einen offenen Diskurs angewiesen. Hierzu bedarf es sowohl der Einhaltung klarer, rechtlich begründeter Trennlinien, die den demokratischen Diskurs von antidemokratischen und rechtsextremen Positionen unterscheiden als auch der Achtung von Meinungs- und Redefreiheit. Dies ist besonders zu betonen, folgt man der Annahme von Per Leo et al. (2017: 28f), dass politische Debatten dann von Rechtspopulist*innen dominiert werden, wenn sie sich auf den Erfolg strategischer Sprachspiele, (Über-)Reaktionen und Empörung der politischen Gegner*innen verlassen können. Daraus lässt sich ableiten, dass Meinungsfreiheit wieder zu erlernen auch bedeutet, nicht auf jede Provokation anzuspringen. Damit kann der Rechtspopulismus in der Öffentlichkeit dethematisiert werden.

Auch die Annäherung an (rechts)populistische Positionen ist wenig erfolgsversprechend. Dementsprechend konstatieren Vehrkamp und Merkel, dass solche Strategien die Gefahr bergen, das Problem des Populismus zu vergrößern (Populismusbarometer 2018: 81). So wird der Rechtspopulismus wohl weder durch die Aneignung der politischen Positionen des rechten Randes, noch durch Zunahme an Populismus innerhalb der anderen Parteien eingedämmt werden können. Es scheint vielmehr notwendig, an den sozialen und strukturellen Ursachen zu arbeiten.

4 Argumentationsstrategien in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus

Mit der zunehmend erfolgreichen rechtspopulistischen Mobilisierung mehren sich Ratgeber und Trainingsangebote zum richtigen Umgang mit diskriminierenden und populistischen Äußerungen. Während einige auf die Sammlung von Argumenten setzen, fokussieren andere auf Kommunikationsstrategien. Im Folgenden werden drei Konzepte zu Argumentationsstrategien unter Berücksichtigung der oben dargelegten Aspekte diskutiert.

Dabei ist zu betonen, dass diese für die private oder zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung erarbeitet, hier allerdings hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit für Fachkräfte der Sozialen Arbeit betrachtet werden. Mit dem von Christian Boeser-Schnebel et al. entwickelten „Politik wagen. Ein Argumentationstraining“ (2016) und „Das Argutaining – #Wieder*sprechen für Demokratie“ (2019) des „Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.“ werden sowohl ein Training in Taschenbuchform als auch in Form eines Coaching-Programms diskutiert. Anschließend wird mit Franz von Kempis „Anleitung zum Widerspruch“ (2019) ein weiterer – in Buchform publizierter – Ansatz gegenübergestellt.

Die nachfolgende Analyse steht unter der leitenden Fragestellung, inwiefern die ausgewählten Argumentationsstrategien einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus im beruflichen Alltag von Fachkräften Sozialer Arbeit leisten können. Die Grundlage der Analyse bilden die den Argumentationsstrategien inhärenten theoretischen Annahmen, Methoden und Ziele. Diese werden den Diskursen zum Rechtspopulismus sowie Debatten zu zielführenden Gegenstrategien gegenübergestellt. Abschließend erfolgt der Abgleich der Erkenntnisse mit Handlungsstrategien, Zielen sowie Methoden Sozialer Arbeit, um Perspektiven der Anwendbarkeit in der Profession zu ermitteln. Die Kriterien zur Nutzbarkeit umfassen dabei die Vermittlung von Sicherheit in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und die Möglichkeit, lebensweltnahe politische Bildungsprozesse in der Sozialen Arbeit anzustoßen. Dabei ist zu beachten, dass die Strategien die sozialarbeiterischen Interventionen zur Unterstützung der Bewältigung sozialer Probleme nicht behindern sollten.

4.1 Politik wagen. Ein Argumentationstraining

Analyse

Das Argumentationstraining „Politik wagen“ richtet sich an Personen, die sich für politische Diskussionen wappnen wollen. Es thematisiert sogenannte Stammtischparolen, die das politische System als Ganzes, politische Prozesse oder politische Akteur*innen und Institutionen kritisieren und herabsetzen. Damit liegt der Fokus zwar auf Populismus, eindeutig rechtspopulistische Aussagen werden aber nicht genannt. Dass die Autor*innen dennoch ein Publikum ins Auge fassen, das sich eher mit rechtspopulistischen Äußerungen konfrontiert sieht, wird daran deutlich, dass die notwendige Abgrenzung zu ausländerfeindlichen, sexistischen und homophoben Äußerungen explizit betont wird (Boeser-Schnebel et al. 2016: 98). Dem Argumentationstraining liegt eine besondere Hervorhebung von demokratischen Diskursen zugrunde, in denen die Kritik an Institutionen und Prozessen durchaus erwünscht ist. Dabei betonen die Autor*innen das Recht und die Notwendigkeit, politisch zu sein ebenso wie das Recht, keine Meinung zu äußern, diese unreflektiert zu bilden oder als Stammtischparole zu äußern. Eine Demokratie müsse es aushalten können, wenn Einzelne sie ablehnen (Boeser-Schnebel et al. 2016: 12).

Das Konzept ist vom Verständnis geprägt, Bürger*innen in die Pflicht zu nehmen, sich zu beteiligen. Es soll der Tendenz entgegengewirkt werden, dass sich Politik zu einem abgehobenen Elitenbetrieb entwickelt, in dem eine Minderheit tonangebend ist. Während Populismus als Problem, jedoch ohne eindeutige Definition eingeführt wird, fokussieren sich die Autor*innen im Verlauf auf Stammtischparolen. Diese werden harsch kritisiert. Sie seien „aggressive, zugespitzte, platte, dogmatische, vereinfachende Schwarz-Weiß-Malereien (...), welche die Welt in ‚richtig‘ und ‚falsch‘ einteilen“ (Boeser-Schnebel et al. 2016: 31). Es handele sich um selbstgerechte Mitteilungen von Menschen, die Allgemeingültigkeit für ihre Meinung beanspruchen. Von der eigenen Meinung abweichende Haltungen werden hingegen als das Ergebnis von Unreflektiertheit und mangelnder Informiertheit angesehen (Boeser-Schnebel 2016: 31). Neben den Diskussions- und Argumentationsstrategien werden Aspekte einer angemessenen Haltung dargestellt, um dem Gegenüber mit Offenheit und Wertschätzung zu begegnen (Boeser-Schnebel et al. 2016: 87ff.).

Methodisch ist das Argumentationstraining auf inhaltliche Auseinandersetzung ausgerichtet. Es funktioniert über die Diskussion von in der Demokratie fundamentalen Dilemmata (Boeser-Schnebel et al. 2016: 35).

Stammtischparolen werden dabei als eine Seite des Dilemmas betrachtet, denen eine andere Position gegenübergestellt wird. Im Argumentationstraining wird ein aus der Kommunikationspsychologie entlehntes Werte- und Entwicklungsquadrat angewendet, das diese Balance aufzeigen soll (Boeser-Schnebel et al. 2016: 35ff.). Für den politischen Diskurs bedeutet dies, dass die hinter den Stammtischparolen stehenden Dilemmata der Demokratie erkannt und im Spannungsverhältnis mit ihrem jeweiligen Gegenwert diskutiert werden sollen. Das Argumentationstraining thematisiert eine Vielzahl an Stammtischparolen und zeigt die jeweiligen Dilemmata in Form dialektischer Herangehensweise auf. Dabei liegt der Fokus auf Parolen, die sich auf politische Ressentiments beziehen. Bezüglich menschenverachtender Parolen verweisen die Autor*innen auf die Notwendigkeit, sich abzugrenzen und beschreiben methodische Möglichkeiten der Distanzierung (Boeser-Schnebel et al. 2016: 110f).

Bewertung

Boeser-Schnebel et al. ermutigen die Leser*innen, sich an politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen und sich auch mit unbequemen Meinungen auseinanderzusetzen. Dabei werden verschiedene politische Ressentiments aufgegriffen und anhand demokratischer Dilemmata diskutiert. Durch die dialektische Herangehensweise ergibt sich die Möglichkeit, populistische Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen, das Gegenüber ernst zu nehmen und ein Gespräch auf Augenhöhe zu führen. Insgesamt ist die Stärke des Kommunikationskonzeptes, dass keine*r der Beteiligten in die Defensive oder eine Abwehrhaltung gezwungen wird, sondern konträre Meinungen in den Diskussionsprozess einbezogen werden. Damit kommen sie der oben genannten Notwendigkeit von offener Debattenkultur nach, in der die Meinungsfreiheit des Gegenübers im demokratischen Rahmen Platz finden kann.

Populistisches Verhalten von Politiker*innen wird als Reaktion auf Desinteresse der Bürger*innen gedeutet (Boeser-Schnebel et al. 2016: 15). Stammtischparolen werden von den Autor*innen harsch kritisiert. Die Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Bedingungen und Ursachen des (Rechts-)Populismus bleibt hingegen aus. Damit wird vernachlässigt, dass populistische Meinungen als ein Ausdruck von Bedürfnissen nach politischer Handlungsfähigkeit, Anerkennung und gesellschaftlicher Mitbestimmung verstanden werden können.

Es wird ein nutzbares Kommunikationsmodell dargestellt. Die Diskussion politischer Dilemmata kann dazu beitragen, Aussagen als wahrheitsfähig anzuerkennen und politische Bildungsprozesse anzuregen. Die Beschäftigung mit eher harmlosen Stammtischparolen und die oberflächliche Auseinandersetzung mit Ursachen und Bedingungen des Populismus werden der Komplexität des Phänomens hingegen nicht gänzlich gerecht. Dementsprechend ist fraglich, ob dieses Konzept auch bei emotional und moralisch aufgeladenen, herausfordernden rechtspopulistischen Äußerungen umsetzbar ist und Sicherheit im Umgang mit Rechtspopulismus vermitteln kann.

4.2 Das Argutrainning – #Wieder*sprechen für Demokratie

Analyse

Das Argumentationstraining vom „Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.“ hat zum Ziel, eine demokratische Kommunikationskultur zu entwickeln. Es besteht aus einem „Argumentationstraining gegen rechte Parolen“ als Basistraining für Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren, einem Peer-Projekt und wird durch eine Methodensammlung für Trainings mit Erwachsenen ergänzt. Letzteres hat explizit auch jene als Zielgruppe im Sinn, die in beruflichen Kontexten mit diskriminierenden Äußerungen konfrontiert sind. Da die Konzepte hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit für Fachkräfte in verschiedenen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit diskutiert werden, wird sich im Folgenden auf das Training im Erwachsenenbereich fokussiert.

Das Argumentationstraining befindet sich in Trägerschaft des bundesweit agierenden Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.“, der historische Erinnerungsarbeit und politische Bildung eint. Das durch die Bundeszentrale für politische Bildung geförderte „Argutrainning – #Wieder*sprechen für Demokratie“ soll als eines der Bildungsprojekte des Vereins die demokratische Kommunikationskultur und Handlungssicherheit gegenüber diskriminierenden Aussagen stärken. Dabei stehen die Entwicklung einer eigenen Haltung, das Kennenlernen der eigenen Grenzen und das Einüben des Widersprechens im Mittelpunkt (Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. o. J.).

Das Erwachsenentraining ist für Personen entwickelt, die im privaten wie beruflichen Umfeld einen sicheren Umgang mit diskriminierenden Äußerungen suchen. Es teilt sich in die Phasen der Sensibilisierung und dem Einüben von Handlungsstrategien auf, mit denen Mechanismen von Ausgrenzung und Vorurteilen verstanden, hinterfragt und durchbrochen werden sollen. Im Konzept wird der Annahme gefolgt, dass die Wahrnehmungen der Teilnehmenden häufig durch individuelle Sozialisation und gesellschaftliche sowie mediale Einflüsse geprägt sind. Durch kritische Reflexionen von eigenen Erfahrungen soll abwertenden Denkmustern entgegengewirkt werden (Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. 2019: 3). Die Autor*innen der Methodensammlung für das Erwachsenentraining setzen eine Zielgruppe voraus, die keine oder nur wenig eigene Diskriminierungserfahrungen gemacht hat. Folglich soll das Training der Förderung von Empathiefähigkeit dienen (Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. 2019: 3).

Die zweite Phase des Konzeptes umfasst das Einüben und praktische Ausprobieren von Kommunikationsstrategien in Rollenspielen. An dieser Stelle werden verschiedene Methoden, wie Ich-Botschaften, aktives Zuhören, Nachfragen, Spiegeln, Paraphrasieren und verbale Abgrenzung erprobt (Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 2019: 37). Als Ziele des Trainings werden unter anderem die Wahrung der eigenen Grenzen, Schutz und Unterstützung ggf. direkt Betroffener und Anregung zum Nachdenken bei der diskriminierenden Person benannt (Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. 2019: 37f). Das Argumentationstraining beschäftigt sich nur vereinzelt mit Sachargumenten. Diese werden als häufig nicht ausreichend für gelingende Kommunikation angesehen. Demgegenüber sollen diskriminierende Haltungen auch als Ausdruck bestimmter Bedürfnisse verstanden werden (Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. 2019: 39).

In einer Evaluation des Argumentationstrainings gegen rechte Parolen (Hechler 2018) kommt der Autor zu dem Schluss, dass es sich weniger um ein Argumentationstraining als vielmehr um ein Kommunikationstraining handelt. Anstelle der Aushandlung von Sachargumenten fokussiere das Training auf das Einüben von Kommunikationstechniken, Beziehungsaufbau und Haltung in Situationen, in denen Zivilcourage gefordert sei. Dahinter stehe die Annahme, dass inhaltliche Argumente gegenüber rechten Parolen kaum von Nutzen seien. Irrationalität in den Annahmen könne nicht mit rationalen Argumenten begegnet werden (Hechler 2018: 15f).

Bewertung

Das Training arbeitet mit Elementen der Selbsterfahrung, in denen die Teilnehmenden Diskriminierungen verstehen sollen. Dies ist bezüglich des Anstoßes von Selbstreflexion und der Entwicklung von Bewusstsein über die eigene Positionierung und ggf. vorhandene Privilegien eine nachvollziehbare Methode. Dabei ist offen, inwieweit die Sensibilisierung der Stärkung von Argumentationsstrategien dienlich ist. Das Argumentationstraining fokussiert auf Aspekte des Schutzes Dritter und des Selbstschutzes der Beteiligten. Damit ist es gut geeignet, Sicherheit im Umgang mit diskriminierenden Aussagen zu erlangen. Politische Bildungsprozesse im Sinne der Förderung von Teilhabe und Partizipation können über die anerkennende Haltung und die Bedürfnisorientierung angestoßen werden. Diese bleiben aufgrund der unterrepräsentierten Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, politischen und psychosozialen Bedingungen von Diskriminierung jedoch hinter ihren Möglichkeiten.

Abschließend ist festzuhalten, dass es sich beim „Argutraining – #Wieder*sprechen für Demokratie“ aufgrund der Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit Sachargumenten vorwiegend um ein Kommunikationstraining handelt. Es werden haltungsrelevante Aspekte und die Wiederherstellung von Handlungsfähigkeit in konfliktbelasteten Gesprächssituationen vermittelt. Insbesondere Situationen in öffentlichen Räumen scheinen hier angedacht zu sein. Die Vermittlung von Kommunikationsstrategien ist insgesamt als positiv zu bewerten. Dabei handelt es sich in erster Linie um Strategien bezüglich Themenhopping, Emotionalität und Provokationen. Nach Analyse der bereitgestellten Unterlagen scheint das Training für die Auseinandersetzung mit Diskriminierung angemessen. Da Basisstrategien vermittelt werden, ist es für Fachkräfte der Sozialen Arbeit zur Auffrischung von Grundkenntnissen der Gesprächsführung geeignet, geht darüber jedoch kaum hinaus. Durch die anerkennende und beziehungsorientierte Haltung, die im Kommunikationstraining vermittelt wird, lassen sich die Strategien in die Soziale Arbeit integrieren.

4.3 Anleitung zum Widerspruch

Analyse

Ein gänzlich anderer Ansatz wird von der Journalistin Franziska von Kempis in ihrem Buch „Anleitung zum Widerspruch“ (2019) verfolgt. Aus der Motivation heraus, der eigenen Hilflosigkeit gegenüber Hetze und hasserfüllten Aussagen entgegenzuwirken, wurde ein mit umfangreich recherchierten Argumenten bestücktes Werk verfasst. Im Vergleich zu den oben diskutierten Argumentationstrainings nehmen Kommunikationsstrategien hier eher kleinen Raum ein. Dabei werden wiederum Basisstrategien, wie das Bewusstwerden über die eigenen Ziele und die Reflexion der eigenen Haltung thematisiert (von Kempis 2019: 10). Hervorzuheben ist, dass es sich bei dem Buch um eine Sammlung von Argumenten handelt, sich aber explizit gegen reines „Argumente-Pingpong“ ausgesprochen wird. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die ausschließliche Fokussierung auf Gegenargumentationen die Meinung der Gesprächspartner*innen eher verstärkt als irritiert. Von Kempis zufolge wird das eigene Weltbild insbesondere dann nicht aufgegeben, „wenn man sich mit der eigenen Meinung in einem Gespräch nicht ernst genommen oder sogar abgewertet fühlt“ (von Kempis 2019: 13). Dementsprechend werden einige Kommunikationsstrategien dargestellt, die der Moralisierung entgegenwirken sollen (von Kempis 2019: 16). Die Autorin verweist darauf, dass einzig durch rechtliche Vorgaben, beispielsweise bezüglich Volksverhetzung, Leugnung des Holocaust oder Verherrlichung des nationalsozialistischen Regimes, eindeutige Grenzen gesetzt werden können. Wesentlich abstrakter ist dabei der Bezug auf die Menschenwürde, die es unbedingt zu achten gilt (von Kempis 2019: 19f).

Nach der kompakten Einführung in Kommunikations- und Handlungsfragen arbeitet sich das Buch im Hauptteil an diversen Themen ab, die sich in die Bereiche Rechtspopulismus, Vorurteile und Diskriminierung sowie Verschwörungstheorien einordnen lassen. Dabei werden umfangreich recherchierte Argumente, teilweise Ursachen und Bedingungen der Äußerungen und mögliche Kommunikationsstrategien kombiniert (von Kempis 2019: 21ff.).

Bewertung

Die im Buch „Anleitung zum Widerspruch“ dargestellten Kommunikationsstrategien lassen sich im Wesentlichen ebenfalls in Handlungsfragen und Basisstrategien zusammenfassen. Für Fachkräfte der Sozialen Arbeit dürfte auch hier wenig Innovatives zu finden sein. Die Betonung von Meinungsfreiheit stellt jedoch ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen analysierten Konzepten dar. Dadurch ermöglicht das Konzept eine Auseinandersetzung ohne moralisierende Reduktion der Phänomene. Eine explizite Beschäftigung mit dem Rechtspopulismus findet nicht statt. Durch die intensive Auseinandersetzung mit Sachargumenten fokussiert dieses Argumentationskonzept jedoch als einziges der vorgestellten Konzepte auf inhaltliche Aspekte.

Der Fokus auf Sach- und Gegenargumente stellt einerseits eine Stärke des Konzeptes dar. Im besten Fall wird Aufklärung auf Basis von Fakten und Wissensvermittlung ermöglicht. Andererseits kann dies dazu verleiten, sich in der Sozialen Arbeit auf argumentative Auseinandersetzungen mit Adressat*innen zu verlassen und zum Ausdruck gebrachte Bedürfnisse zu vernachlässigen. Dabei besteht die Gefahr, Reaktanz auszulösen und der eigentlichen Leistungserbringung im Weg zu stehen. Aufgrund der Fülle an inhaltlichen Aspekten eignet es sich weniger für unvorbereitete Anwendung in alltäglichen Situationen.

5 Schlussfolgerungen für die Soziale Arbeit

Die vorgestellten Konzepte zu Argumentationsstrategien gegenüber populistischen oder diskriminierenden Äußerungen sind für ein breites Publikum erarbeitet worden, das in alltäglichen Situationen gefordert ist. Sie dienen der Wiederherstellung von Handlungsfähigkeit in politischen und alltäglichen Diskursen. Während das Konzept „Politik wagen. Ein Argumentationstraining“ auf populistische Äußerungen und demokratische Auseinandersetzung fokussiert, geht es im „Das Argutaining – #Wieder*sprechen für Demokratie“ um das Erlernen und Äußern von Haltung und Kommunikationsstrategien gegen Diskriminierung. Das zuletzt behandelte „Anleitung zum Widerspruch“ führt in Kommunikationsstrategien ein, fokussiert jedoch auf Sachargumente.

Die Konzepte zeichnen sich insgesamt dadurch aus, dass sie sowohl eine offene Haltung auch gegenüber ggf. schwer aushaltbaren politischen Positionen und Äußerungen als auch eine klare Abgrenzung zu demokratie- und menschenfeindlichen Aussagen einfordern. Sie zielen damit auf das Ermöglichen demokratischer Diskurse. Der den Konzepten zugrunde liegenden Annahme, dass der ausschließliche Austausch von Argumenten in

häufig emotional geführten Diskussionen nicht ausreichen kann, ist zu folgen. Dennoch können Sachargumente als Ergänzung zu Kommunikationsstrategien Sicherheit im Umgang mit Rechtspopulismus fördern. Dabei kann Wissensvermittlung so eingesetzt werden, dass Phänomene eingeordnet und erklärt werden, Zusammenhänge aufgezeigt werden und gleichzeitig Raum zur Entwicklung eigenständiger Positionen gegeben wird (Ahlheim 2019: 35).

Keines der vorgestellten Konzepte beschäftigt sich intensiv mit dem Rechtspopulismus. Vor dem Hintergrund, dass die behandelten populistischen und diskriminierenden Äußerungen nicht ausschließlich oder eindeutig dem Rechtspopulismus zugeordnet werden können, erscheint dies durchaus nachvollziehbar. Dennoch wird die erfolgreiche Mobilisierung des Rechtspopulismus einer der Gründe sein, warum solche Konzepte überhaupt gefragt sind. Demnach gilt es für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und diskriminierenden Aussagen, sich mit den gesellschaftlichen und politischen Konflikten zu beschäftigen, die diese Entwicklungen begünstigen. Die dargestellten Strategien werden diesem hohen Anspruch jedoch nicht gerecht.

Rechtspopulismus tritt als Herausforderung für die Soziale Arbeit sowohl in politischer Hinsicht als auch in der konkreten Arbeit mit Adressat*innen in Erscheinung. Die dargestellten Argumentationsstrategien sind in der Hinsicht interessant, dass sie eine offene Haltung gegenüber den Gesprächspartner*innen betonen. Damit fordern sie etwas ein, was in der politischen Auseinandersetzung scheinbar an Bedeutung verloren hat, in der Sozialen Arbeit allerdings vorauszusetzen ist. Demnach stellt sich die Frage, warum es überhaupt notwendig ist, Sozialarbeitende im Umgang mit Rechtspopulismus weiterzubilden. Grundsätzlich gibt es keine Gründe dafür, Adressat*innen, die sich rechtspopulistisch äußern, anders als anderen zu begegnen. Dementsprechend kann nur vermutet werden, dass es Sozialarbeiter*innen deshalb schwer fällt mit rechtspopulistischer Klientel zu arbeiten, weil ein Teil der zum Ausdruck gebrachten Ablehnungshaltungen klassische Adressat*innengruppen der Sozialen Arbeit betreffen (Möller 2017: 50) und dieses Klientel aus moralischen und/oder politischen Gründen abgelehnt wird.

Eine daraus resultierende Herausforderung im Umgang mit Rechtspopulismus in der Sozialen Arbeit ist die auch im Rahmen der Argumentationstrainings thematisierte Grenze zwischen legitimer Meinungsäußerung und Diskriminierung. Dabei ist es ratsam, sich zuvor über die Ziele der Auseinandersetzung bewusst zu werden. So dürfte es die Regel sein, dass die Adressat*innen aufgrund eines sozialen Problems sozialarbeiterische Leistungen in Anspruch nehmen und rechtspopulistische Äußerungen im Beratungskontext stattfinden. Aus dem Abfangen und Bearbeiten von gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen (Füssenhäuser/Thiersch 2018: 1720) und der alltagsnahen Verwirklichung politischer Bildungsprozesse (Böhnisch/Krisch 2010) als Aufgaben Sozialer Arbeit kann ein Spannungsverhältnis entstehen. Deshalb braucht es Strategien, die dem gesellschaftskritischen Selbstverständnis der Profession entsprechend Diskriminierung entgegenwirken, die Meinungsfreiheit und politische Subjektivität der Adressat*innen respektieren und gleichzeitig das eigentliche Anliegen der sozialarbeiterischen Intervention nicht behindern.

An dieser Stelle kann auf eine Ambivalenz zwischen dem Selbstverständnis Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession, einem daraus abgeleiteten politischen Mandat und dem Umgang mit Diskriminierung verwiesen werden. Wie ist also mit Adressat*innen umzugehen, die sich rechtspopulistisch äußern? Ist ein politisches Mandat auch so auszulegen, dass politische Meinungen in der konkreten Beratungspraxis „bekämpft“ werden sollen? Unabhängig davon, ob sich die Adressat*innen diskriminierend äußern, sind sie als gleichberechtigte Dialogpartner*innen anzuerkennen. Der Aufbau einer tragfähigen professionellen Arbeitsbeziehung steht auch hier im Vordergrund. Dabei sollten Fachkräfte sich empathisch mit den zum Ausdruck gebrachten Sorgen auseinandersetzen und gleichzeitig Widerspruch gegen Diskriminierung äußern (Freise 2018: 156). Unter Berücksichtigung der Annahmen, dass moralische und sprachliche Ausgrenzung Rechtspopulismus durch erhöhte Identifikation stärken können (Saxer 2018) und dass Adressat*innen der Sozialen Arbeit ohnehin schon enormen Machtgefällen ausgesetzt sind, ist zu klären, ob und in welcher Form Widerspruch in der Beratungspraxis angemessen ist. Dabei kann es problematisch sein, ein politisches Mandat in der Beratungspraxis zum Ausdruck zu bringen. Wie in den oben dargestellten Konzepten betont, sollte Widerspruch vielmehr persönlich begründet werden.

Moralisierende Kommunikation und vorwiegend argumentative Auseinandersetzung wird wohl in erster Linie Reaktanz auslösen und hinderlich für die weitere Zusammenarbeit sein. Insbesondere der Ausschluss ohnehin benachteiligter Personen aus den Diskursen, die darüber hinaus oft den kulturellen und sprachlichen Codes hegemonialer Milieus nicht gerecht werden, wiegt schwer. Matthias Möhring-Hesse kritisiert, dass Moralisierung den Akteur*innen Macht zur Durchsetzung des eigenen Willens verleiht, während den Adressat*innen der Kommunikation die Autonomie genommen wird (Möhring-Hesse 2013: 157). Widerspruch kann folglich Bestandteil einer authentischen und gelingenden Beziehungsarbeit sein. Gleichzeitig kann er Ausdruck und Verstärkung eines Machtverhältnisses sein, das sich hinter einer moralisierenden Auseinandersetzung verbirgt.

In der Sozialen Arbeit sind die Leistungen durch die Sozialgesetzgebung in hohem Maße vordefiniert (Wohlfahrt 2016: 12f). Die Mandate können in der Praxis jedoch so ausgelotet werden, dass in der Beratung die Bedarfe und der Wille der Adressat*innen fokussiert werden. Ein politisches Mandat ist hingegen auf Ebene der Fachverbände und wissenschaftlichen Diskurse zu verorten. Es kann insofern wahrgenommen werden, dass sich in jene Diskurse eingemischt wird, in denen um Deutungsmacht und die gesellschaftliche Ordnung gekämpft wird. Dabei gilt es aus gesellschaftskritischer Perspektive Normalitäts- und Abweichungskategorien sowie Problemdiskurse zu hinterfragen und gegebenenfalls zu problematisieren (Bettinger 2012: 177). So wirkt die Soziale Arbeit mittelbar auf die Definition sozialer Probleme und damit auf ihre Handlungsaufträge ein. Damit dies gelingt, ist zu klären, ob die unspezifische Berufung auf die Menschenrechte zielführend ist. Dabei kann die hohe normative Grundorientierung der Menschenrechte und die damit verbundene Selbstverortung der Sozialen Arbeit, als Menschenrechtsprofession grundsätzlich auf der „Seite des Guten“ zu stehen (Kappeler 2008: 37), eine angemessene Auseinandersetzung erschweren. Sollen sie über den Status moralischer Appelle hinaus anwendbar werden, muss sich der Herausforderung einer Operationalisierung der Menschenrechte in den Handlungsfeldern gestellt werden. Demgegenüber könnte eine gesellschaftskritisch und emanzipatorisch ausgerichtete Profession sich unmittelbar an den tatsächlichen Benachteiligungen ihrer Adressat*innen orientieren und Machtungleichgewichte, soziale Ungleichheit und Interessenskonflikte sichtbar machen, ohne sich auf die Menschenrechte als ideales Konstrukt beziehen zu müssen (Anhorn et al. 2012: 18f). So bietet sich eine Perspektive, die anstatt abstrakter Rechte den konkreten Menschen und seine soziale Realität in den Mittelpunkt rückt. Damit ebnet sie den Weg für eine professionelle Auseinandersetzung in Theorie und Praxis, die ohne Moralisierung auskommt.

Es ist deutlich geworden, dass der Austausch von Sachargumenten nicht immer zielführend ist. Vielmehr braucht es Strategien, die über Wissensvermittlung hinaus Erfahrungen ermöglichen, die Alternativen zu rechtspopulistischen Haltungen und Gesellschaftsbildern vermitteln können (Möller 2017: 54). Soziale Arbeit braucht keine neuen Argumentationsstrategien gegen Rechtspopulismus. Fachkräfte sollten sich vielmehr im Sinne einer Sensibilisierung mit dem Thema, seinen Ursachen und Bedingungen auseinandersetzen. Sie können sich auf Haltungen und Methoden rückbesinnen, die auf dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit beruhen und an den Bedürfnissen und dem Willen der Adressat*innen ausgerichtet sind. Somit ist in der Sozialen Arbeit eine hybride Strategie gefragt, die auf der Ebene der Fachverbände auf gesellschaftskritische Positionierung und Widerständigkeit setzt und auf der Ebene der Sozialarbeitspraxis Anerkennung, Empathie und kritische Solidarität mit ihren Adressat*innen umfasst.

Literatur

- Ahlheim, Klaus (2019): *Beutelsbacher Konsens? Politische Bildung in Zeiten von AfD und Co.* Ulm: Verlag Klemm+Oelschläger.
- Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Horlacher, Cornelius/Rathgeb, Kerstin (2012): Zur Einführung: Kristallisationspunkte kritischer Sozialer Arbeit. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Horlacher, Cornelius/Rathgeb, Kerstin (Hrsg.): *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-23.
- Bettinger, Frank (2012): Bedingungen kritischer Sozialer Arbeit. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Horlacher, Cornelius/Rathgeb, Kerstin (Hrsg.): *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS, S. 163-189.
- Biskamp, Floris (2019): Der Kosmopolitismus als Bösewicht. Teil II einer Kritik an Cornelia Koppetschs Gesellschaft des Zorns. Unter: <http://blog.sociologie.de/2019/07/der-kosmopolitismus-als-boesewicht-teil-ii-einer-kritik-an-cornelia-koppetschs-gesellschaft-des-zorns/> (zuletzt abgerufen am 16.12.2019).
- Boehnke, Lukas/Thran, Malte (2019): Defizitäre Populismusbegriffe: Von der Defizitperspektive zur ideologietheoretischen Analysekompetenz. In: Boehnke, Lukas/Thran, Malte/Wunderwald, Jacob (Hrsg.): *Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 9-30.
- Boeser-Schnebel, Christian/Hufer, Klaus-Peter/Schnebel, Karin/Wenzel, Florian (2016): *Politik wagen. Ein Argumentationstraining*. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag.
- Böhnisch, Lothar/Krisch, Richard (2010): Politische Bildung in sozialräumlicher Perspektive. In: *sozialraum.de*. Unter: <https://www.sozialraum.de/politische-bildung-in-sozialraeumlicher-perspektive.php> (zuletzt abgerufen am 07.07.2020).
- Decker, Frank (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: *PVS Politische Vierteljahresschrift* 59. Jg., 6/2018, 353-369.
- Diehl, Paula (2018): Rechtspopulismus und Massenmedien. Eine explosive Mischung. In: Schnellhöh, Jenniffer/Reichertz, Jo/Heins, Volker M./Flender, Armin (Hrsg.): *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 87-96.
- Freise, Josef (2018): Der Rechtspopulismus und seine Feindbilder – Herausforderungen für die Soziale Arbeit. In: *Migration und Soziale Arbeit* 40. Jg., 3/2018, S. 151-158.
- Füssenhäuser, Cornelia/Thiersch, Hans (2018): *Theorie und Theoriegeschichte Sozialer Arbeit*, 6. Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 1720-1733.
- Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. (2018): „Argumentationstraining gegen rechte Parolen“ – Basistraining (Neukonzeption 2018). Manuskript.
- Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. (2019): Eine Methodensammlung für Trainings mit Erwachsenen. Manuskript.
- Habermas, Jürgen (2016): Für eine demokratische Polarisierung. Wie man dem Rechtspopulismus den Boden entzieht. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 60. Jg., 11/2016, S. 35-42.
- Hechler, Andreas (2018): Evaluationsbericht der Argumentationstraining gegen rechte Parolen von Gegen Vergessen - Für Demokratie. Berlin: Dissens-Institut für Bildung und Forschung. Manuskript.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2015): Der hilflose Antipopulismus. In: *Leviathan* 43. Jg., 4/2015, S. 484-500.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): *Theorien des Populismus. Zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag.
- Kappeler, Manfred (2008): Den Menschenrechtsdiskurs in der Sozialen Arbeit vom Kopf auf die Füße stellen. In: *Widersprüche* 28. Jg., 3/2008, S. 33-45.
- Koppetsch, Cornelia (2019): *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal (2017): *Mit Rechten reden. Ein Leitfaden*, 6. Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Luhmann, Niklas (1990): *Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral*. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.
- Lynen von Berg, Heinz (2019): Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus. In: *Leviathan* 47. Jg., 1/2019, S. 7-27.

Möhring-Hesse, Matthias (2013): ‚Moralisieren‘ und die Grenzen der Moral. In: Großmaß, Ruth/Anhorn, Roland (Hrsg.): Kritik der Moralisation. Theoretische Grundlagen – Diskurskritik – Klärungsvorschläge für die berufliche Praxis. Wiesbaden: Springer VS, S. 151-165.

Möller, Kurt (2017): Rechtspopulismus jenseits von Argumenten begegnen. In: Sozialmagazin 42. Jg., 12/2017, S. 47-54.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39. Jg., 9/2004, S. 541-563.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Pfahl-Traughber, Armin (2019): Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.

Populismusbarometer (2018): Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018 (Autoren: Robert Vehrkamp & Wolfgang Merkel), herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh Bertelsmann Stiftung.

Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.

Saxer, Marc (2018): Illusion: Haltung hilft gegen Rechts. Moralische und sprachliche Ausgrenzung macht die Rechtspopulisten nur noch stärker. Unter: <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/illusionen/artikel/detail/illusion-haltung-hilft-gegen-rechts-3062/> (zuletzt abgerufen am 14.01.2020).

Spies, Dennis (2018): Wer wählt die Alternative für Deutschland? In: Möllers, Laura/Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und Politische Bildung. Frankfurt/Main: WOHENSCHAU Verlag, S. 42-50.

Thieme, Tom (2019): Dialog oder Ausgrenzung – Ist die AfD eine rechtsextreme Partei? Unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/284482/dialog-oder-ausgrenzung-ist-die-afd-eine-rechtsextreme-partei> (zuletzt abgerufen am 25.12.2019).

Von Kempis, Franzi (2019): Anleitung zum Widerspruch. München: Mosaik Verlag.

Wohlfahrt, Norbert (2016): Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit als politisches Projekt. Thesen zur Kritik der Politischen Ökonomie sozialer Dienstleistungsarbeit. In: Müller, Carsten/Mührel, Eric/Birgmeier, Bernd (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle? Wiesbaden: Springer VS, S. 9-22.

Websites

Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.: Das Argutaining. #Wieder*sprechen für Demokratie. Unter: <https://www.argutaining.de/allgemeine-infos/> (zuletzt abgerufen am 06.01.2019).

Möglichkeiten, Herausforderungen und Paradoxien in der Thematisierung von Rechtspopulismus im Case Management der Kinder- und Jugendhilfe

Ramona Horling

1 Einleitung

Dieses Working-Paper versucht in einer essayistischen Weise Ursachen und Entwicklungen von Rechtspopulismus in Deutschland innerhalb der letzten Dekade darzustellen. Es werden jüngste Ergebnisse deutscher und europäischer Wahlen in Bezug auf den Anstieg von Wählerstimmen zur AfD benannt und es werden Erklärungsversuche erläutert, weshalb eine Zunahme rechtspopulistischer Bewegungen in Deutschland zu verzeichnen ist. Im Kontext der Debatte um den Rechtspopulismus zeigt sich eine *Moralisierungsstrategie* im Umgang mit dem Rechtspopulismus im politischen und medialen Raum, die wenig erfolgsversprechend erscheint (Jörke/Selk 2015).

Kern dieses Aufsatzes ist der Diskurs um die Frage, inwiefern es für die Soziale Arbeit Strategien zur Bearbeitung von Rechtspopulismus gibt. Dabei findet eine Fokussierung auf das Case Management der Kinder- und Jugendhilfe statt. Zentral werden gesetzliche Vorgaben erläutert, die die Basis für den Aufgabenbereich des Case Managements stellen. Darüber hinaus wird sich auf das Konzept der Sozialraumorientierung von Maria Lüttringhaus (2010) bezogen, das im Bremer Case Management Anwendung findet. Abschließend erfolgt eine Diskussion von Möglichkeiten, Herausforderungen, Ambivalenzen und Paradoxien zur Thematisierung von Rechtspopulismus im Case Management.

2 Rechtspopulismus in Deutschland – Ursachen und Entwicklungen

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass man neue Schlagzeilen und Hinweise in Tageszeitungen liest oder die Online-News auf dem Handy durchscrollt, an dem einem das Wort Rechtspopulismus nicht direkt ins Auge springt. Rechtspopulismus oder „die Populist*innen“ sind allgegenwärtig (Wolf 2017: 1f), sowohl im medialen als auch im gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Dabei ist hervorzuheben, dass Rechtspopulismus kein neues Phänomen darstellt. Jedoch hat die Relevanz der Auseinandersetzung damit in der letzten Dekade stark zugenommen. Das Erstarken des Rechtspopulismus wirkt bedrohlich und eine konkrete Lösung für den Umgang mit dem Phänomen scheint nicht in Sicht zu sein (Wolf 2017: 1f). Europaweit ist die Zunahme von rechtspopulistischen Parteien schon seit geraumer Zeit zu beobachten, was sich mit zeitlicher Verzögerung auch in Deutschland anhand der Ergebnisse bei den letzten Bundestagswahlen widerspiegelt. Mit 12,6% der Stimmen ist die AfD die drittstärkste Partei (BWL 2017: o. S.). Die AfD verzeichnete bei der Europawahl 2019 einen Zuwachs von 3,9% und zog mit 11% Stimmenanteil in das Europäische Parlament ein (BWL 2019: o. S.). Besonders im Osten der Republik sind rechtspopulistische Bewegungen wie die AfD auf dem Vormarsch. Dies zeigte sich bei den letzten Landtagswahlen 2019 in Thüringen und Brandenburg. Die AfD verzeichnete in beiden Bundesländern ein Wahlergebnis von deutlich über 20% und wurde zweitstärkste Partei. In Thüringen gab es einen Zuwachs von 12,8% (LfS Thüringen 2019: o. S.) und in Brandenburg von 11,3% (LWL Brandenburg 2019: o. S.). Der Rechtspopulismus hat Deutschland erreicht. In einer Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland wird dies deutlich:

„In 2018/19 äußern knapp 59% der Befragten klar ihr Misstrauen in die Demokratie, gut 62% neigen deutlich zu einem Law-and-Order-Autoritarismus und rund ein Viertel vertritt abwertende Einstellungen gegenüber ‚Fremden‘.“ (Küpper et al. 2019:182).

Zum Begriff des Populismus und dem Phänomen Rechtspopulismus gibt es vielfach diskutierte Definitionsversuche. Historisch betrachtet gab es bereits in den 1950er Jahren populistische Strömungen, die im Zuge der postindustriellen Gesellschaft als Antwort auf die moderne Gesellschaft entstanden. In den USA, Lateinamerika und Russland waren diese Strömungen vorrangig zu finden. Die Art und Weise, wie die Bewegungen in der jeweiligen Zeit agierten, war unterschiedlich, jedoch haben die Bewegungen Gemeinsamkeiten: Das „Volk“ und die „einfachen Leute“ stehen im Fokus; es gibt eine*n Anführer*in dieser Bewegungen und man sieht sich in Abgrenzung zu den sogenannten Eliten (Wolf 2017: 3ff.). Im heutigen Diskurs zeigen sich ebenfalls kontroverse Erklärungsversuche von Rechtspopulismus. Es herrscht keine Einigkeit darüber, ob das Phänomen als Politikstil, als Ideologie oder als Synthese der beiden Elemente zu verstehen ist. Als rhetorisches Stilmittel ist Rechtspopulismus auf Komplexitätsreduktion, ‚Schwarz-Weiß-Malerei‘ und Vereinfachungen fokussiert. Er äußert sich in Form einer Kombination von rhetorischem Stil, Konfrontation und Provokation zwischen „dem Volk“ und der Elite. Werden also „Fremde“ oder Eliten innerhalb der eigenen Nation gegenübergestellt und abgegrenzt, ist von Rechtspopulismus die Rede (Wolf 2017: 7f).

Josef Freise beschreibt vier zentrale Merkmale des Rechtspopulismus. Ein Merkmal ist die antielitäre Komponente. Damit sind abwertende Haltungen und Ansprachen von Populist*innen gegenüber der vermeintlichen politischen Elite, also auch gegenüber demokratisch gewählten Vertreter*innen, gemeint. Diese werden beispielsweise als „Lügenpack“ oder „Volksverräter*innen“ degradiert. Werden rechtspopulistische Haltungen generalisiert und Abstand von zielgerichteter und begründeter Kritik zu unterschiedlichen Aspekten und Themen genommen, spricht man von einer antipluralistischen Haltung, die ebenfalls charakteristisch für Rechtspopulismus ist.

„Dann wird ‚der dezidierte moralische Anspruch‘ vertreten, ‚dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten‘ (...) und dass alle anderen Auffassungen illegitim seien.“ (Freise 2018: 151f)

Dabei ist jedoch zu unterscheiden, dass diese Charakteristika vorliegen müssen und nicht jede Art der Kritik als populistisch zu betrachten ist. Ein weiteres Merkmal ist das sogenannte „wahre Volk“, auf welches sich in Abgrenzung zu anderen „volksfremden“ Personen berufen wird. Im Rechtspopulismus entwickeln sich in diesem Zuge Feindbilder gegenüber bestimmten Menschengruppen. Als viertes Merkmal werden im Rechtspopulismus die Verantwortung und die Entscheidungsgewalt an eine Person abgegeben. Die bindende populistische Führung wird in einem imperativen Mandat ausgeführt. Anhand der vier Merkmale lässt sich feststellen, dass der Rechtspopulismus eine Ethnokratie befürwortet und der Demokratie ablehnend gegenübersteht (Freise 2018: 151f).

Nach Dirk Jörke und Veith Selk (2015: 485) ist „ein dominierendes Muster der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus in der Öffentlichkeit die Moralisierung“. Daraus ergibt sich eine Reduktion der Komplexität, die dem Ausmaß des Themas nicht gerecht wird (Jörke/Selk 2015: 485). Weiter beschreiben die Autoren, dass ein prägnantes Muster der Auseinandersetzung in diesem Kontext eine Ausdrucksweise ist, die den Rechtspopulismus auf „moralisch problematisch wahrgenommene Aspekte reduziert, beziehungsweise diese besonders hervorhebt“ (Jörke/Selk 2015: 485). Die Ausdrucksweise wird demnach von diversen politischen Akteur*innen und der medialen Öffentlichkeit praktiziert und man muss sich an dieser Stelle die Frage stellen, ob die Vorgehensweise der Moralisierung eine zielführende und effektive Methode gegen den Rechtspopulismus darstellt (Jörke/Selk 2015: 485f). Durch die Moralisierung entsteht eine „Wir-Ihr-Perspektive“, durch die die Anhänger*innen des Rechtspopulismus in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Eliten bestärkt und aus dem „demokratischen Raum“ ferngehalten werden. Es zeigt sich dabei die Etablierung einer Feind(bild)konstruktion, die im Widerspruch zu demokratischen Auseinandersetzungsformen steht (Jörke/Selk 2015: 489f). Durch Moralisierung wird „die Integrität von Personen beurteilt“ (Jörke/Selk 2015: 490). Dies führt zu mangelnder Achtsamkeit der Akteur*innen untereinander in einer Demokratie und im politischen Diskurs. Darüber hinaus ist es nach Meinung der beiden Autoren erforderlich, dass die Regierung und die Opposition in ein kollektives Miteinander zur Wahrung demokratischer Auseinandersetzungsprozesse und in Distanz zur Moralisierung gehen (Jörke/Selk 2015: 490).

Darüber hinaus sehen sie eine Ursache für den Erfolg des Rechtspopulismus im sozioökonomischen und kulturellen Wandel der Gesellschaft (allumfassende Modernisierungsprozesse, Individualisierung sowie zunehmender Verlust sozialdemokratischer Ordnungsvorstellungen). Für einen weiteren Erfolgsfaktor halten Jörke/Selk

die zunehmende Unsicherheit in der Wähler*innenschaft. Ein Großteil der Wähler*innen sieht sich in den großen und ehemals beständigen Volksparteien nicht mehr ausreichend vertreten. Besonders der liberale Kurs der CDU unter Angela Merkel und die damit verbundene europafreundliche Haltung steht im Widerspruch zu einer europaskeptischen Wähler*innenschaft und hat einen Mangel an Repräsentation von Interessen und Meinungen konservativer Wähler*innen zur Folge (Jörke/Selk 2015: 486f).

Cornelia Koppetsch beschreibt den Rechtspopulismus als eine Art „soziale Gegenbewegung gegen die globale Moderne“ (Koppetsch 2019: 39). Parteien wie die AfD scheinen über umfangreiche Mobilisierungsfähigkeiten zu verfügen, wodurch sie ein breites Spektrum von Bürger*innen in Deutschland ansprechen, bündeln und aktivieren. Damit ist nach Koppetsch der zentrale Erklärungsversuch, dass der Zuwachs des Rechtspopulismus aus ökonomischen Verteilungskämpfen resultiert und sich vorrangig auf Globalisierungsverlierer*innen der unteren sozialen Klassen speise, nicht detailliert und komplex genug (Koppetsch 2019: 38ff.). Koppetsch macht hingegen den Erfolg des rechtspopulistischen Zusammenhaltes an drei Aspekten fest:

„erstens eine strukturelle Deklassierung wesentlicher Teile der Bevölkerung; zweitens eine Legitimationskrise der bestehenden Ordnung (in unserem Fall die Krise des progressiven ‚Neoliberalismus‘) und drittens strukturbedrohliche Krisenereignisse“ (Koppetsch 2019: 42).

Koppetsch stellt heraus, dass Protestbewegungen sich in diesem Kontext nicht auf einzelne gesellschaftliche und politische Themen fokussieren, sondern grundsätzlich Kritik an vorherrschenden Verhältnissen nehmen und auf andere Gesellschaftsbilder setzen. Parteien wie die AfD greifen Interessen der Bevölkerung auf, die in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext einzuordnen sind, aber durch die Art der populistischen Thematisierung gleichzeitig konkrete Grenzen erzeugen, die sich auf „das Volk“ oder „die Nation“ beziehen. Darüber hinaus beschreibt Koppetsch einen maßgeblichen Dissens innerhalb der AfD. Es gebe ideologische Unschärfen in vielen Themenfeldern wie zum Beispiel der Familien- und Sozialpolitik und der Haltung zur Europäischen Union (EU). Des Weiteren zielen diese Unschärfen auf das Zusammenbringen unterschiedlicher Milieus ab. Als politische Protestbewegung werden sowohl Gegner*innen kosmopolitischer Lebensformen als auch Menschen aus prekären Lebensverhältnissen angesprochen und gemeinsam aktiviert (Koppetsch 2019: 42f).

3 Theoretische und gesetzliche Rahmenbedingungen und die Praxis des Case Managements

Basierend auf den zuletzt benannten Ausführungen von Koppetsch und der vorangegangenen Einführung zum Phänomen Rechtspopulismus soll an dieser Stelle eine theoretische Brücke zur Sozialen Arbeit geschlagen werden. Auch im aktuellen Diskurs der Sozialen Arbeit stellen sich unterschiedliche Akteur*innen die Frage, ob Rechtspopulismus Gegenstand der Sozialen Arbeit sein kann bzw. sein soll. Anhand des Case Managements in der Kinder- und Jugendhilfe soll hier herausgearbeitet werden, welche Rolle Rechtspopulismus in diesem spezifischen Bereich spielt und welche Anknüpfungspunkte, Herausforderungen und Paradoxien sich daraus in der Beziehungsarbeit mit Familiensystemen ergeben können. Darüber hinaus möchte ich Aspekte und Erfahrungen aus meiner praktischen Tätigkeit im Case Management thematisieren und diskutieren. Als Fundament der Auseinandersetzung mit diesem Thema wird zunächst grundlegend beschrieben, wie Case Management als Konzept in der Sozialen Arbeit einzuordnen und rechtlich zu verorten ist.

Peter Löcherbach und Hugo Mennemann definieren Case Management wie folgt:

„Unter Case Management wird eine Vorgehensweise organisierter, bedarfsgerechter Hilfeleistung in Sozial- und Gesundheitsdiensten verstanden, die den Fokus auf den aktuellen Versorgungsbedarf von Klienten (Klienten- und Angehörigensystem) richtet, die mit multiplen Belastungen konfrontiert sind.“

(Löcherbach/Mennemann 2009: 27)

Dabei orientiert sich Case Management immer am Einzelfall. Es geht um die Bedarfsermittlung der Adressat*innen, die Implementierung von passgenauen Hilfen/Maßnahmen, die Koordination dieser Hilfen und die nachhaltige Stabilisierung der Adressat*innen zur kontinuierlichen und bedarfsgerechten Lebensführung und Versorgung. Im Fokus steht dabei ebenfalls ein hohes Maß an Transparenz gegenüber Adressat*innen und deren Partizipation im Hilfeprozess (Löcherbach/Mennemann 2009: 28).

Als Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Case Management und dem Rechtspopulismus, als Reflexionsebene politischer und sozialer Praxen und möglicher Paradoxien, sind die gesetzlichen Verortungen vorab in den Blick zu nehmen. Das Case Management ist an gesetzliche Rahmenbedingungen des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII) gebunden. Sozialarbeiter*innen, die nach diesem Buch tätig sind, sollen prozessorientiert und adressat*innenorientiert nach den §§ 1, 5 und 8 SGB VIII tätig werden. Für die konkrete Einleitung unterstützender Maßnahmen für Familien sind die §§ 27ff. SGB VIII sowie die Beratungsaufträge der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie nach den §§ 16 und 17 SGB VIII relevant. Im Rahmen des Kinderschutzauftrages und des Wächteramtes nach § 8a SGB VIII der Akteur*innen im Case Management wird die Verantwortung der Mitarbeitenden und die Ausführung etwaiger Maßnahmen, Aufgaben und Konsequenzen angewandt und delegiert. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist das Case Management als ein spezifischer Bereich klaren Vorgaben, politischen Entscheidungen und gesetzlichen Grundlagen unterlegen.

Die Soziale Arbeit ist in diesem Rahmen nicht nur politisches und sozialstaatliches Instrument, sondern auch als Menschenrechtsprofession zu verstehen. Nach Silvia Staub-Bernasconi hat Soziale Arbeit als Disziplin und Profession ein Tripelmandat. Das Mandat für die Menschen oder Adressat*innen, das Mandat für die Gesellschaft und Träger und das Mandat der Profession. Daraus ergibt sich für Sozialarbeiter*innen ein Spannungsfeld aus unterschiedlichen Aufgaben und Perspektiven, die mit Machtverhältnissen und unterschiedlichen Interessen und Forderungen einhergehen und aus denen sich Rollen-, Handlungs- und Loyalitätskonflikte entwickeln können (Staub-Bernasconi 2018: 113f).

Das sich daraus ergebende Bild des spezifischen Bereiches des Case Managements verdeutlicht, dass sozialräumliche Gegebenheiten und spezifische Bedarfe der Familien nicht außer Acht gelassen werden sollten. Die Partizipation der Familien und die damit verbundene jeweilige soziale, ökonomische und lebensweltliche Lage des Einzelfalls stehen im Fokus. Im Case Management des Amtes für Soziale Dienste in Bremen findet das Konzept der Sozialraumorientierung nach Maria Lüttringhaus (2019) Anwendung.

Die Sozialraumorientierung nach Lüttringhaus bezieht sich darauf, dass Lösungswege entwickelt werden, „die an dem (Kooperations-) Willen und an dem Lebensumfeld der Personen andocken“ (Lüttringhaus 2019: 288). Darüber hinaus sollen die Ressourcen der Familien und einzelner Personen als Grundlage der Arbeit verstanden werden, die es im Rahmen der Hilfeplanung zu stärken und weiterzuentwickeln gilt. Grundsätzlich soll der Ansatz aber nicht als Kostenersparnis angesehen werden, sondern als lebensweltliches Unterstützungsparadigma (Lüttringhaus 2019: 287).

Im Zuge der angeführten Erläuterungen des Arbeitsbereiches und der gesetzlichen und theoretischen Verortung des Case Managements wird deutlich, dass eine strukturierte und klare Eingrenzung des Arbeitsauftrages für diesen spezifischen Bereich vorliegt. Im Case Management im Rahmen von Hilfen zur Erziehung greifen primär sozialpädagogische Methoden der Profession, die zur Stabilisierung von belasteten und benachteiligten Familien dienen. Akteur*innen des Case Managements agieren jedoch auch fallübergreifend. Soziale Arbeit hat ein politisches Mandat, welches in der Kinder- und Jugendhilfe im § 11 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII verankert ist und mit der Jugendarbeit in der außerschulischen Jugendbildung unter anderem politische Bildung beinhaltet.

Im Kontext des sozialräumlichen Ansatzes, der im Case Management vielfach Anwendung findet, beschreibt Lüttringhaus drei Eckpfeiler dieses Handelns. Erstens lassen sich Ressourcen nur dann aktivieren, wenn Wissen über den jeweiligen Sozialraum herrscht, die Fachkräfte den Sozialraum kennen, in dem sie tätig sind, um aus ihrer Fallarbeit heraus lebensweltnahe Angebote zu erarbeiten und um diese nutzbar machen zu können (Lüttringhaus 2010: 289). Zweitens können Tatsachen verändert werden. Die Akteur*innen müssen sich dafür einsetzen, dass fehlende Angebote entwickelt oder Mängel der Angebote überarbeitet werden. Dabei ist der Auftrag situationsabhängig im jeweiligen Fall anzusehen. Lüttringhaus bezieht sich dabei auf einen politischen Gestaltungsauftrag der Allgemeinen Sozialen Dienste (öffentlichen Träger). Hiermit ist gemeint, dass öffentliche Träger sich für jeweilige Projekte und Angebote einsetzen sollen, die primär durch die freie Trägerlandschaft entwickelt und etabliert werden (Lüttringhaus 2010: 290). Drittens soll das sozialräumliche Handeln im Kontinuum von Vernetzung und fallübergreifender Arbeit münden. Ein Ausbau des Wissens über sozialräumliche Ressourcen kann nur über Netzwerkarbeit in Zusammenarbeit mit Kooperationspartner*innen erfolgen (Lüttringhaus 2010: 290f).

Auf Basis der gesetzlichen Rahmenbedingungen und dem Konzept der Sozialraumorientierung möchte ich an dieser Stelle weitere Aspekte der Tätigkeit in diesem Arbeitsbereich hervorheben. Die Verortungen des Tätigkeitsfeldes gehen mit unterschiedlichen Aufträgen in der Zusammenarbeit mit Familien einher. Neben dem Instrument sozialräumlicher Angebote werden Hilfen zur Erziehung für Familien nach sozialpädagogischer Bedarfsermittlung genutzt. Darüber hinaus agiert das Case Management ebenso in familiengerichtlichen Verfahren und wird im Rahmen des § 50 SGB VIII mitwirkend tätig. Weitere Aufgaben ergeben sich aus der Schnittstelle des Sozialgesetzbuches VIII und den gesetzlichen Verortungen der Familiengerichte. So wirkt das Case Management bei Kindschaftssachen zur elterlichen Sorge und zu Umgangsverfahren mit, die von Seiten der sorgeberechtigten Kindeseltern und im Sinne des § 8a SGB VIII zum Kinderschutz auftrag beantragt werden. Im Bereich des Kinderschutzes und außerhalb dessen fordert der Aufgabenbereich von den Case Manager*innen verschiedene und komplexe Expertisen. Themenfelder sind in diesem Kontext zum Beispiel Entwicklungsphasen von Heranwachsenden, familiäre Dynamiken, Flucht und Migration, sozialpolitische und sozialgesetzliche Schnittstellen mit anderen Institutionen, Gesundheit, Gewalt, Sucht, Missbrauch und Strukturierung und Organisation des Alltages von Familien. Der Aufgabenbereich des Case Managements erfordert wiederkehrende Netzwerkarbeit mit unterschiedlichen Berufsgruppen und Professionen. Deutlich wird hier eine interdisziplinäre Auseinandersetzung mit den Familiensystemen, die verschiedene Akteur*innen zusammenbringt und deren Komplexität strukturiert und koordiniert werden muss (Neuffer 2013: 36f).

4 Case Management und Rechtspopulismus

Anhand der vorangestellten Erläuterungen des Arbeitsbereiches Case Management in der Kinder- und Jugendhilfe stellt sich nun die Frage, ob die Thematisierung von Rechtspopulismus eine spezifische Aufgabe des Case Managements sein kann und wo sie zu verorten ist. Kurt Möller stellt fest:

„Anders als die klassische politische Bildung (...) hat die Soziale Arbeit prinzipiell weitreichende Möglichkeiten, politische Thematisierungen alltagseingelagert aufzugreifen.“ (Möller 2017: 52)

Diese Implementierung politischer Themen kann „entweder anlassbezogen in situ [sic!] bzw. postsituativ oder proaktiv Angebote unterbreitend“ (Möller 2017: 52) erfolgen und im allgemeinen Kontakt mit Adressat*innen unter Einbeziehung der Beziehungsebene ausgebaut werden. Möller beschreibt weiter, dass eine politische Einflussnahme der Fachkräfte jedoch nicht

„die Einflussnahmen von Eltern und anderer erwachsener Sozialisationsagenten auf die Entwicklung des politischen Selbst- und Weltbilds der Heranwachsenden und deren professionelle Bearbeitungsnotwendigkeiten“ (Möller 2017: 52)

revidieren kann. Zusammenfassend sieht Möller die Möglichkeit der Fachkräfte der Sozialen Arbeit, eine politische Sensibilisierung der Adressat*innen als Mandat aufzunehmen und appelliert an sie, im Rahmen der Beziehungsarbeit Einfluss zu nehmen (Möller 2017: 52).

Verbindet man nun die Ausführungen des gesetzlichen Auftrages und des sozialräumlichen Agierens und Handelns des Case Managements mit den Ansichten Möllers, so zeigen sich Anknüpfungspunkte für ein politisches Mandat des Case Managements aus der fallspezifischen Arbeit heraus in eine fallübergreifende Arbeit. In der fallspezifischen Arbeit des Case Managements ist jedoch nicht außer Acht zu lassen, dass es eines professionellen Selbstverständnisses der Beziehungsarbeit bedarf. Die fachliche Verortung des Case Managements (Sozialraum- bzw. Lebensweltorientierung) stellt für die Beziehungsarbeit eine besondere Größe dar, da sie ausschlaggebend für eine gelingende Zusammenarbeit sein kann.

„Durchgehende Fallverantwortung erfordert Beziehungsarbeit, um das Vertrauen der Klient/innen zu erreichen, so dass sie von Beginn bis zum Ende einer Hilfestellung emotional und inhaltlich den Unterstützungsprozess reflektieren, Eigenkräfte entwickeln (Empowerment) und eine verantwortliche Ansprechperson ohne Hemmschwelle konsultieren können.“ (Neuffer 2013: 29)

Eine gelingende Beziehungsarbeit und das damit einhergehende Vertrauen „repräsentieren sich – als lebensnotwendige soziokulturelle Erfahrungen – bei den beteiligten Personen in tief verankerten und seit der frühen Kindheit geprägten emotionalen wie kognitiven Interaktionskripten“ (Gahleiter 2017: 80).

Ausgehend von diesen Beziehungsaspekten und der Relevanz einer gelingenden Beziehungsarbeit für eine professionelle Ausübung der im Case Management gelagerten Aufgaben zeigt sich, dass die Thematisierung politischer oder explizit rechtspopulistischer Haltungen im jeweiligen Kontext abzuwägen ist. Auch wenn beschrieben wurde, dass die Thematisierung des Rechtspopulismus alltagseingelagert erfolgen kann, ergibt sich aus den o.g. Aspekten des Case Managements in der konkreten Fallarbeit primär der Auftrag zur Verbesserung der selbstständigen Lebensführung von Familien, zur Stabilisierung einer dem Kindeswohl förderlichen und altersentsprechenden Entwicklung und der Fähigkeit verantwortungsvoller Erziehungsgestaltung durch Eltern. Dabei spielt jedoch die Partizipation der Adressat*innen im Hilfeverlauf eine tragende Rolle.

„Klient/innen in einen Unterstützungsprozess einzubeziehen, bedarf der Überlegung, wie das Geschehen transparent gemacht und wie die Motivation aufrechterhalten werden kann.“ (Neuffer 2013: 35)

Es ist hervorzuheben, dass Adressat*innen trotz Motivation und Partizipation den professionellen Machtvorsprung der Fachkräfte schwer ausgleichen können (Neuffer 2013: 35). Eine Implementierung politischer Themen kann einen zusätzlichen Machtcharakter haben und daraus resultierend eine ungewollte Deprofessionalisierung der Akteur*innen sowie eine Störung der Beziehungsarbeit hervorbringen. Die Thematisierung des Rechtspopulismus in Form einer machtvollen Einflussnahme auf die Adressat*innen in der Beziehungsarbeit des Case Managements scheint dem primären Arbeitsauftrag in der fallspezifischen Arbeit entgegen zu wirken. Darüber hinaus zeigt sich eine wenig reflexive Haltung der professionellen Akteur*innen, die in eine Moralisierung umschwenken kann. Matthias Möhring-Hesse greift diesen Aspekt auf:

„Durch Moralisieren bringt sich eine Akteurin gegenüber ihren Adressatinnen in einen Vorsprung. Sie macht sich zur Expertin, die andere über moralische Ansprüche aufklärt, für die diese selbst Laien sind.“ (Möhring-Hesse 2013: 157)

Er beschreibt, dass die Adressat*innen dadurch unter den Ansprüchen der moralisierenden Person bleiben und dass sich daraus eine Art Abhängigkeit der Adressat*innen ergibt (Möhring-Hesse 2013: 157). Darüber hinaus stellt Möhring-Hesse einen Machtaspekt heraus:

„Durch Moralisierung gewinnen Akteurinnen somit Macht über ihre Adressatinnen, wobei mit ‚Macht‘ im Sinne der klassischen Definition von Max Weber die Chance bezeichnet wird, dass moralisierende Akteurinnen ihren Willen gegen den Willen der Adressatinnen ihrer Moral durchsetzen können.“ (Möhring-Hesse 2013: 157)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich in der fallunspezifischen oder fallübergreifenden Arbeit des Case Managements eher politische Anknüpfungspunkte finden lassen. Dieser mögliche Raum für Anknüpfungspunkte kann in der Sensibilisierung von Adressat*innen des Case Managements zu allgemeinen politischen Themen liegen. Eine Überleitung an entsprechende Angebote im Sozialraum kann auf Basis der Freiwilligkeit der Adressat*innen erfolgen, ohne die Beziehungsarbeit zu gefährden, die sozialräumliche Perspektive außer Acht zu lassen und ohne moralisierende Machtverhältnisse zu forcieren. Die entstehenden Herausforderungen und Paradoxien sind in der Profession der Sozialen Arbeit reflektiert und adressat*innenorientiert zu betrachten.

Aus meiner Erfahrung im Case Management möchte ich an dieser Stelle hervorheben, dass Adressat*innen oftmals mit einer starken Unsicherheit und in Bezug auf die eigenen Kinder mit entsprechender Emotionalität in die Beratung des Jugendamtes kommen. Der institutionelle Machtcharakter wird von den Adressat*innen bei allgemeinen Beratungsanliegen, erzieherischen Hilfestellungen und besonders im Kinderschutz thematisiert. Als professionelle Sozialarbeiterin ist besonders abzuwägen, welche Themen vorrangig zu besprechen sind und welche Ziele der Familie im Vordergrund stehen. Im Case Management müssen sensible Themen und schwerwiegende private Aspekte, die die Familie betreffen formuliert und angesprochen werden. Ein hohes Maß an Beziehungs- und Vertrauensarbeit ist erforderlich. Eine Einflussnahme durch politische Themen und Ansichten in den Alltag der Zusammenarbeit zu integrieren ist aus meiner fachlichen Perspektive nur möglich, wenn das Arbeitsbündnis konstruktiv und gestärkt ist. Insbesondere im Kinderschutz sollte aufgrund des Zwangskontextes und ungeachtet etwaiger Nähe zur Familie auf die Thematisierung politischer Aspekte verzichtet werden.

5 Diskussion und Ausblick

Die Ausgangslage dieser Ausarbeitung ist der aktuelle Diskurs zum Rechtspopulismus. In der einleitenden Auseinandersetzung zum Thema wurde deutlich, dass das Phänomen unterschiedliche Ebenen aufweist, die ursächlich sowohl in der Politik, im Wandel der Gesellschaft und in der Komplexität der Ökonomisierung und Globalisierung einzuordnen sind (u.a. Koppetsch 2019). Hinsichtlich der jüngsten Forschungen zu Entwicklungen „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in Deutschland (Küpper et al. 2019) und den aktuellen Diskursen im medialen, gesellschaftlichen und politischen Bereich herrscht keine Einigkeit darüber, wie mit dem Phänomen umgegangen werden soll (Jörke/Selk 2015). Derzeit zeigt sich jedoch, dass Akteur*innen rechtspopulistischer Bewegungen über Mobilisierungsfähigkeiten verfügen, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen und bedrohlich für die Demokratie zu sein scheinen. Die von Koppetsch herausgearbeiteten Befunde zur strukturellen Deklassierung von Bevölkerungsgruppen, zur Legitimationskrise der bestehenden politischen Ordnung und zu strukturbedrohlichen Krisenereignissen (Koppetsch 2019: 42) sind auch in der Praxis der Sozialen Arbeit erkennbar.

Theoretisch lassen sich Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte für eine Thematisierung von Rechtspopulismus in der Sozialen Arbeit und spezifisch im Bereich des Case Managements finden. Gleichzeitig zeigt sich in der Praxis jedoch ein Balanceakt zwischen dem klassischen Auftrag von Hilfen zur Erziehung, der Beziehungsarbeit und einem Auftrag zur politischen Bildung im Kontext von Rechtspopulismus. Eine weitere Herausforderung in diesem Bereich ist das Machtgefälle zwischen Fachkräften und Adressat*innen. Eine Thematisierung von Rechtspopulismus kann die zentralen Aufgaben des Case Managements degradieren. Deshalb lässt sich ein expliziter Aufklärungs- und Sensibilisierungsauftrag zum Rechtspopulismus im Case Management nur bedingt herstellen. Vielmehr kann es im Kontext Rechtspopulismus um eine eigene Haltungsreflexion der Fachkräfte gehen, die die unbewusste Reproduktion populistischer Haltungen stets kritisch bearbeiten sollten. Eine Erweiterung der Beratungsarbeit im Kontext von Diskriminierungserfahrungen von Adressat*innen und Rassismuskritik kann nur dann erfolgen, wenn die jeweiligen Arbeitsstrukturen es zulassen.

Aus meiner Praxis im Case Management in einem benachteiligten Stadtteil Bremens zeigt sich, dass Familien oftmals am Existenzminimum leben und das Kinder und Jugendliche durch die Überforderungen und Problemlagen ihrer Eltern zunehmend belastet sind. Daraus resultierend ist es in meiner sozialarbeiterischen Praxis zentral, Eltern zunächst zu sensibilisieren, zu stärken und ihnen Transparenz und Wissen über das sozialpolitische bzw. das sozialstaatliche System zu geben. Damit können sie in ihrem jeweiligen Lebenskontext ihre Rechte gegenüber leistungsgewährenden Institutionen einfordern und im Alltag ihren Pflichten im Rahmen des Erziehungsauftrages nachkommen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwiefern die oben diskutierten Ausführungen Möllers – trotz des politischen Mandates der Sozialen Arbeit – an die Arbeits- und Professionswirklichkeit anzugliedern sind. Der rechtliche Rahmen und das professionelle Selbstverständnis der Beziehungsarbeit lassen sicherlich Raum, um über politische Themen zu sprechen und um eine Art Sensibilisierung für Politik zu erwirken, jedoch möchte ich hervorheben, dass Case Management im Kontext der Begegnung mit Rechtspopulismus durch ein Spannungsfeld ausgezeichnet ist. Die Aspekte der aufgeführten Multiproblemlagen der Familien nehmen in der Praxis einen enormen und umfangreichen Arbeitsauftrag ein, der zum Teil auch mit dem Wächteramt des Kinderschutzes einhergeht. Die Praxis sieht sich in diesem spezifischen Bereich mit diversen Herausforderungen konfrontiert, die sowohl Personalfluktuaton und -mangel (Fachkräftemangel) betreffen,

aber auch Resultat politischer Entscheidungen auf der Metaebene sind. Hier werden neoliberale und kapitalistische Gegebenheiten sowohl für die Soziale Arbeit als auch für die Adressat*innen sichtbar:

„Wenn wir auf die ökonomischen, politisch-sozialen und psychischen Ursachen von Populismus schauen, dann wird deutlich, dass die Überwindung von Populismus nicht allein durch Bildung und Soziale Arbeit geschehen kann. Vorrangig ist die Überwindung ökonomischer und politischer Exklusion.“ (Freise 2018: 156)

Ergänzend möchte ich aus meiner fachlichen Perspektive als Case Managerin noch anmerken, dass sich aus rechtspopulistischen Haltungen von Eltern nicht zwangsläufig ein Kinderschutzauftrag ergibt. Der Kinderschutzauftrag ist jedoch der Hauptaspekt für einen Zwangskontext zwischen Case Management und Familiensystemen. Deshalb stellt sich an dieser Stelle zusätzlich die Frage, inwiefern eine nachhaltige Sensibilisierung zum Phänomen Rechtspopulismus erwirkt werden kann, wenn die Adressat*innen nicht auf Basis von Freiwilligkeit in die Auseinandersetzung gehen wollen. Möller schildert, dass die Bearbeitung rechtspopulistischer Haltungen situativ und einzelfallbezogen erfolgen soll (Möller 2017: 52). Dies kann sicherlich je nach Fallkonstellation möglich sein, jedoch wäre für meinen Auftrag und meine Fallverantwortung abzuwägen, welche der Problemlagen in der Familie vorrangig zu bearbeiten sind.

Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Sozialer Arbeit bietet mit den in dieser Arbeit nur kurz dargestellten Aspekten der Meinungsfreiheit und Moralisierung zweifelsohne weitere Anknüpfungspunkte für kontroverse Diskussionen zum politischen Mandat der Sozialen Arbeit und des Professionsverständnisses.

Abschließend zeigt sich, dass der Auftrag zur Thematisierung von Rechtspopulismus in der Sozialen Arbeit, explizit im Case Management, schwer zu differenzieren, nicht genau einzuordnen und praktisch kaum anzuwenden ist. Im Case Management der Kinder- und Jugendhilfe ist die Arbeit mit den Adressat*innen von sensiblen und komplexen familiären Aspekten und Zusammenhängen gekennzeichnet. Eine Einflussnahme durch politische Themen würde grundsätzlich den Rahmen der Hilfen zur Erziehung, den Beratungsauftrag und die gesetzlichen Rahmenbedingungen erschweren. Nach Artikel 6 Grundgesetz (GG) stehen Familien unter besonderem Schutze der staatlichen Ordnung. So werden im Bereich des Case Managements Maßnahmen getroffen, um Familien bei ihren Anliegen, Problemen und Zielvorstellungen zu unterstützen. Die Basis für dieses Arbeitsbündnis lässt sich in der Beziehungsarbeit mit den Adressat*innen verorten. Besonders im Kinderschutz ist die Arbeit von Kontinuität und verbindlichen Absprachen zwischen den Professionellen und den sorgeberechtigten Kindeletern geprägt. Durch das damit einhergehende Wächteramt der Professionellen, das ebenfalls im Artikel 6 GG verankert ist, entsteht ein Machtvorsprung gegenüber den Adressat*innen. Die zusätzliche Auseinandersetzung mit politischen Themen würde einen zusätzlichen Machtvorsprung zur Folge haben, der eine Gefahr für die Beziehungsarbeit im Kinderschutz und bei Hilfen zur Erziehung zur Folge haben würde. Es entstünde eine Ambivalenz zwischen dem Auftrag des Case Managements in der fallspezifischen Arbeit und der politischen Bildung, die eher fallübergreifend zu verorten ist. Es wurden daher mögliche theoretische Anknüpfungspunkte für eine politische Einflussnahme aufgezeigt. Für meine Praxis sehe ich die Thematisierung von Rechtspopulismus eher in der fallübergreifenden Arbeit in Kooperation mit Akteur*innen der politischen Bildung. Die Voraussetzungen für die Thematisierung in der fallspezifischen Arbeit sind meiner Ansicht nach die Orientierung am Willen und an den Zielen der Adressat*innen.

Darüber hinaus wird Moralisierung als Strategie der Politik und der öffentlichen Medien in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus genutzt und ist bisher wenig erfolgreich. In einer Demokratie ist es Aufgabe der politischen Akteur*innen in den Diskurs zu gehen und Regierung und Opposition im Sinne einer Demokratie zu aktivieren. Auch die Soziale Arbeit ist als Menschenrechtsprofession in der Pflicht ein Miteinander in der Gesellschaft herbeizuführen, Ausgrenzungen zu vermindern und entsprechende Angebote und Maßnahmen zu schaffen, damit Adressat*innen zielorientiert ihren Alltag bestreiten können. Es wird dadurch deutlich, dass es sowohl in der Politik als auch in der Sozialen Arbeit beziehungsweise im Case Management der Kinder- und Jugendhilfe zu einer Moralisierung kommen würde, die den Aufgaben einer Demokratie, des Kinderschutzes und der Stärkung und Sensibilisierung von Eltern mit ihren Kindern nicht gerecht würde. Die Soziale Arbeit kann politisch aktiv werden, doch sehe ich die Verantwortung vorrangig im Aufgabenbereich der politischen Akteur*innen und weniger bei den Sozialarbeiter*innen, die im praktischen Kontakt mit den Menschen stehen und gezielten gesetzlichen Rahmenbedingungen unterlegen sind.

Literatur

BWL Bundeswahlleiter (2017): Bundeswahl 2017. Ergebnisse. Unter: https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html (zuletzt abgerufen am 06.07.2020).

BWL Bundeswahlleiter (2019): Europawahl 2019. Ergebnisse. Unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse.html> (zuletzt abgerufen am 06.01.2020).

Freise, Josef (2018): Der Rechtspopulismus und seine Feindbilder – Herausforderungen für die Soziale Arbeit. In: Migration und Soziale Arbeit 40. Jg., 3/2018, S. 151-158.

Gahleiter, Silke Birgitta (2017): Soziale Arbeit als Beziehungsprofession. Bindung, Beziehung und Einbettung professionell ermöglichen. Weinheim Basel: Beltz Juventa.

Jörke, Dirk/Selk, Veith (2015): Der hilflose Antipopulismus. In: Leviathan 43. Jg., 4/2015, S. 484-500.

Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transcript Verlag.

Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Rees, Jonas H. (2019): Aufputschen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: Schröter, Franziska (Hrsg.): Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz, S. 173-202.

LfS Landesamt für Statistik Thüringen (2019): Landtagswahl 2019 in Thüringen – endgültiges Ergebnis. Unter: <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2019&zeigeErg=Land> (zuletzt abgerufen am 07.01.2020).

Löcherbach, Peter/Mennemann, Hugo (2009): Theoretische Überlegungen: Case Management und Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII. Case Management-Theorie und Implementierung im Jugendamt. In: Löcherbach, Peter/Mennemann, Hugo/Hermsen, Thomas (Hrsg.): Case Management in der Jugendhilfe. München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 26-83.

Lüttringhaus, Maria (2010): Fachkonzept Sozialraumorientierung: Grundlagen und Methoden der fallunspezifischen und fallübergreifenden Arbeit. In: Lüttringhaus, Maria/Mecheril, Paul (Hrsg.): Handbuch. Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD). München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 286-296.

LWL Brandenburg (2019): Der Landeswahlleiter – Brandenburger Wahlergebnisse. Unter: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2019/tabelleLand.html> (zuletzt abgerufen am 07.01.2020).

Möhring-Hesse, Matthias (2013): ‚Moralisieren‘ und die Grenzen der Moral. In: Großmaß, Ruth/Anhorn, Roland (Hrsg.): Kritik der Moralisierung. Theoretische Grundlagen – Diskurskritik – Klärungsvorschläge für die berufliche Praxis. Wiesbaden: Springer VS, S. 151-165.

Möller, Kurt (2017): Rechtspopulismus jenseits von Argumenten begegnen. In: Sozialmagazin 42. Jg., 12/2017, S. 47-54.

Neuffer, Manfred (2013): Case Management. Soziale Arbeit mit Einzelnen und Familien. 5. überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Staub-Bernasconi, Silvia (2018): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Soziale Arbeit auf dem Weg zu kritischer Professionalität. 2. vollständig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe. Opladen und Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Wolf, Tanja (2017): Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis. Essentials. Wiesbaden: Springer VS.

Bremer Schriften zur Sozialen Arbeit

Herausgeberin

Annette Harth
Hochschule Bremen
Neustadtswall 30
D-28199 Bremen

Band 2

Rechtspopulismus – eine Herausforderung für Demokratie und Soziale Arbeit?

Herausgegeben von

Heinz Lynen von Berg
Hochschule Bremen
Neustadtswall 30
D-28199 Bremen

ISBN 978-3-00-068097-7

Gestaltung

Jule Schnakenberg
Hochschule Bremen
Neustadtswall 30
D-28199 Bremen

Maria Lütge
Hochschule Bremen
Neustadtswall 30
D-28199 Bremen

Copyright 2021:
Bremer Schriftenreihe zur Sozialen Arbeit

Fakultät Gesellschaftswissenschaften, Hochschule Bremen (HSB), Neustadtswall 30, 28199 Bremen
→ hs-bremen.de/fk3

Hochschule Bremen
City University of Applied Sciences

